WZB
Mitteilungen

www.wzb.eu

Juni 2016
152

Gesundheit(s)politik Globale, regionale, nationale Fragen

Themen: Globale Gesundheitspolitik, Glaube und Spiritualität, Gesundheitssysteme im Vergleich, Trauer und Gesundheit, Pflege und Autonomie

WZB
Mitteilungen
Heft 152
Juni 2016

Inhalt

Titelfoto:
Betreuende Studentinnen mit besuchenden Kindern in der Poliklinik für Kinder- und Jugendheilmedizin des Universitätsklinikums Carl Gustav Carus in Dresden, April 2016.
[Foto: dpa]

Editorial

5 **Gesundheit zählt**
Jutta Allmendinger

Titelthema

6 **Zwischen Chaos und Choreografie**
Wer bestimmt die Architektur der internationalen Gesundheitspolitik?
Anna Holzscheiter, Thurid Bahr und Laura Pantzerhielm

10 **Die Entdeckung der Religion**
Spiritualität und Glauben werden relevant für die globale Gesundheitspolitik
Tine Hanrieder

13 **Das Paradox des Reichtums**
Massive Gesundheitsprobleme bei Kindern in entwickelten Ländern
Jianghong Li

17 **Wenn der Markt regiert**
In der Debatte um genetisch veränderte Organismen bleibt die Ökonomie unterbelichtet
Alper H. Yağci

21 **Gesundheit als gesellschaftliche Aufgabe**
Kosten und Risiken werden in westlichen Demokratien sehr unterschiedlich verteilt
Susanne Marquardt

24 **Partnerverlust und seine Folgen**
Wie Trauer die Gesundheit und das Wohlbefinden beeinträchtigt
Maja Adena

28 **Pflegebedürftig, aber selbstbestimmt**
Wie Klienten ambulanter Pflegedienste ihre Autonomie bewahren
Lydia-Maria Ouart

31 **Barrieren des Habitus**
Ecuadorianische Ärzte auf dem chilenischen Gesundheits-Arbeitsmarkt
Ilana Nussbaum Bitran

Aus der aktuellen Forschung

34 **Der vermessene Nutzen der Forschung**
Impact als neuer Faktor im britischen Evaluationssystem
Martina Franzen, Judith Hartstein und Stefan Priester

38 **Konferenzberichte**

Aus dem WZB

40 **Personen**

43 **Nachgefragt: Data Scientist Markus Konrad**

44 **Vorgestellt: Publikationen aus dem WZB**

46 **Nachlese: Das WZB im Dialog**

48 **Veranstaltungen: Vorschau**

Zu guter Letzt

50 **Zündstoff Wissenschaft**
Migrationsforschung in der politischen Debatte
Gabriele Kammerer und Kerstin Schneider

Impressum

WZB-Mitteilungen
ISSN 0174-3120

Heft 152, Juni 2016

Herausgeberin
Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Jutta Allmendinger Ph.D.

10785 Berlin
Reichpietschufer 50

Telefon 030-25 491-0
Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember)
Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich

Redaktion
Dr. Paul Stoop (Leitung)
Gabriele Kammerer
Claudia Roth
Kerstin Schneider

Korrektorat
Martina Sander-Blanck

Übersetzungen
Carsten Bösel (S. 17-20)
Britt Maaß (S. 13-16, 31-33)

Dokumentation
Ingeborg Weik-Kornecki

Texte in Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck

Auflage
9.400

Abonnements: presse@wzb.eu

Foto S. 5: Inga Haar
Foto S. 46: David Ausserhofer

Gestaltung
Kognito Gestaltung, Berlin

Satz und Druck
Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

WZB Aufgaben und Arbeiten

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreiben rund 160 deutsche und ausländische Wissenschaftler problemorientierte Grundlagenforschung. Soziologen, Politologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Historiker erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen. Von besonderem Gewicht sind Fragen der Transnationalisierung und Globalisierung. Die Forschungsfelder des WZB sind:

– Arbeit und Arbeitsmarkt
– Bildung und Ausbildung
– Sozialstaat und soziale Ungleichheit
– Geschlecht und Familie
– Industrielle Beziehungen und Globalisierung
– Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
– Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
– Mobilität und Verkehr
– Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
– Demokratie
– Zivilgesellschaft
– Internationale Beziehungen
– Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Gesundheit zählt

Gesundheit ist ein hohes Gut. Für alle. Und so soll es bleiben. Gefragt, was man den kommenden Generationen mitgeben möchte, sagen fast alle Befragten: „Passt auf Eure Gesundheit auf. Meidet schlechtes Essen. Bewegt Euch." In der „Vermächtnisstudie" von WZB, infas und der ZEIT wurde kein anderer Lebensaspekt als wichtiger eingestuft.

Das überrascht nicht. Neu sind aber weitergehende Befunde. Als erste Untersuchung überhaupt erhebt die Studie drei Dimensionen eines Themas: Was ist Ihnen wichtig, hier und heute? Was möchten Sie vermachen, wie also wünschen Sie sich die Zukunft? Was erwarten Sie, wie wird die Zukunft aussehen? Viele der 3.100 Befragten achten zwar auf ihre Gesundheit, sehen aber noch viel Raum für Verbesserungen und empfehlen kommenden Generationen, mehr auf die eigene Gesundheit zu achten, als sie das selbst tun.

Die Unterschiede zwischen eigenem Verhalten und dem, was man anderen Generationen weitergeben möchte, sind vor allem bei Menschen mit niedrigem Einkommen groß. Man will, kann aber nicht, oder kaum. Hierzu passt die jüngste Einlassung meines Sohnes, Student und seit langem Vegetarier: „Mama, ich bin pleite." „Weniger Clubs, mein Lieber", antwortete ich. „Nö, das ist es nicht. Im Mai ernähre ich mich vegan. Das kostet richtig." Ich schaute ihn an, 1,97 groß, schlaksig. Und zahle.

So einfach ist das nur selten. Viele können sich gutes Essen nicht leisten, viele setzen gute Vorsätze nicht um und verweisen auf andere, die noch weniger auf gute Ernährung achten. Armut wie Trägheit haben ernste Folgen. Wir können etwas dagegen tun: das Thema Ernährung in Kindergarten und Schule behandeln, gutes Kantinenessen anbieten, Inhaltsstoffe von Nahrungsmitteln transparent ausweisen und eine Preispolitik belohnen, die gutes Essen nicht zu teurem Essen macht.

Jutta Allmendinger

Summary: Over the past few decades, policy-making for international health has undergone an unparalleled transformation: from intergovernmental cooperation within the World Health Organization framework towards a complex – some call it chaotic – landscape occupied by international organizations, public-private partnerships and powerful foundations. However, an historical approach reveals the picture of a dense web of interactions. Such an analysis of ordering processes shows an architecture that binds actors in international health together.

Kurz gefasst: Die internationale Gesundheitspolitik hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert: von zwischenstaatlicher Zusammenarbeit im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation zu einer komplexen – manche sagen: chaotischen – Landschaft internationaler Organisationen, öffentlich-privater Partnerschaften und einflussreicher Stiftungen. Die historische Rekonstruktion zeigt das Bild eines dichten Gewebes gewachsener Interaktionsweisen und legt eine Architektur der Akteure in der Gesundheitspolitik frei.

Zwischen Chaos und Choreografie Wer bestimmt die Architektur der internationalen Gesundheitspolitik?

Anna Holzscheiter, Thurid Bahr und Laura Pantzerhielm

Die internationale Krise, die durch den Ebola-Ausbruch in Westafrika 2014 und 2015 ausgelöst wurde, hat einmal mehr das Bewusstsein für den grenzüberschreitenden Charakter gesundheitspolitischer Herausforderungen geschärft. Globale Gesundheit ist ein drängendes Thema unserer Zeit: In diesem Fall war es die Fledermaus in einem hohlen Baum in Guinea, die menschliches Wohlergehen weltweit gefährdete. Schon immer haben große Epidemien die internationale Kooperation im Gesundheitsbereich auf außenpolitischen Agenden nach oben gebracht: Pest, Cholera, Gelbfieber, HIV, Vogelgrippe, Schweinegrippe, SARS, MERS – die Liste ist mittlerweile lang. Seit 1990, insbesondere aber seit der letzten Jahrtausendwende, hat das Feld der internationalen Gesundheitspolitik eine beispiellose Transformation erlebt, was seine Protagonisten, Institutionen und Gegenstandsbereiche betrifft.

Inzwischen sind es nicht mehr nur die Gesundheits- und Außenminister und -ministerinnen, die sich auf gemeinsame Strategien zur Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsbedrohungen einigen. Die internationale Gesundheitspolitik von heute ist geprägt von einer Vielzahl an Partnerschaften zwischen staatlichen und privaten Akteuren: Nicht mehr nur die Weltgesundheitsorganisation (WHO), sondern auch andere internationale Organisationen wie die Weltbank oder das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) kooperieren routiniert mit Wirtschaftsunternehmen, Forschungsinstituten, glaubensbasierten Organisationen, Betroffenenverbänden und Unternehmensberatungen, wenn es um Fragen der Gesundheit geht.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1948 hat die WHO jahrzehntelang ein recht überschaubares Mandat wahrgenommen: Sie war geschaffen worden, um internationale Koordination im Gesundheitsbereich möglich zu machen, vor allem durch die Bereitstellung fachlicher Expertise für ihre Mitgliedsstaaten und die Entwicklung und Überwachung von Normen und Standards. Ihr Hauptaugenmerk galt der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und der Prävention durch globale Impfprogramme. Ihr bislang größter Erfolg – darin sind sich viele Beobachter einig – war die weltweite Ausrottung der Pocken im Jahr 1979.

Im Jahr 1988 machte sich die Weltgemeinschaft daran, einen zweiten Virus vom Erdball zu tilgen: den Polio-Virus (Kinderlähmung), an dem zu diesem Zeitpunkt jährlich geschätzt 350.000 Menschen erkrankten. In einem von 200 Fäl-

len löst dieser Virus lebenslange Lähmung vor allem in den Beinen aus, in manchen Fällen mit tödlichen Folgen. Seit der Schaffung der Global Polio Eradication Initiative (GPEI) im Jahr 1988 – einer Partnerschaft zwischen der WHO, den amerikanischen Center for Disease Control and Prevention, Rotary International und UNICEF – ist die Zahl der Neuinfektionen auf beinahe null zurückgegangen. Aber eben nur beinahe. Bis heute ist Polio ein gravierendes Gesundheitsproblem in Pakistan und Afghanistan. Der zweifellos historische Erfolg bei der Eindämmung von Polio steht auf wackeligen Beinen. 2014 rief die WHO einen internationalen Gesundheitsnotstand aus, als sich insbesondere in Pakistan, Kamerun und Syrien, aber auch in anderen Ländern der Polio-Virus wieder rasant ausbreitete. Die gewalttätigen Konflikte der Gegenwart und die damit verbundenen historischen Fluchtbewegungen haben gezeigt, wie schnell Polio sich wieder zu einem Problem der öffentlichen Gesundheit entwickeln kann und wie schwierig Impfkampagnen in Konfliktzonen sind. Obwohl die Zahl der Neuinfektionen im Jahr 2014 auf relativ niedrigem Niveau lag (356 registrierte Fälle), ist der finanzielle und logistische Aufwand zur endgültigen Bekämpfung des Erregers immens.

Die globale Strategie gegen Polio ist das bislang umfangreichste weltumfassende Gesundheitsprogramm. Sie zeigt anschaulich, wie sich die Kooperation in diesem Bereich in den vergangenen 25 Jahren verändert hat – von der Gesundheitsdiplomatie zwischen Staaten hin zur globalen Gesundheits-Governance durch staatliche und nichtstaatliche Akteure. Im Zuge einer beispiellosen Privatisierung der Weltpolitik nach 1990, gepaart mit einer Legitimitätskrise fast aller internationaler Organisationen, vollzogen sich in der globalen Gesundheitspolitik tektonische Verschiebungen, die das gesamte Politikfeld bis heute prägen. Internationale Organisationen (IOs) öffneten sich in nie gekanntem Ausmaß für private Akteure, private Akteure drängten in die IOs, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure organisierten sich jenseits von (zwischen-)staatlichen Foren und Institutionen. Allein zwischen 1990 und 2000 stieg die Zahl privater Akteure in der globalen Gesundheitspolitik um ein Vielfaches an. Einen sprunghaften Anstieg verzeichneten zum Beispiel öffentlich-private Partnerschaften rund um einzelne Krankheiten, in denen vor allem Unternehmen und private Stiftungen prominent repräsentiert sind. Rotary International hat zwischen 1988 und 2013 1,2 Milliarden US-Dollar in die globale Polio-Strategie investiert. 2007 schaltete sich auch die Gates-Stiftung in die globale Partnerschaft ein und hat seither weitere 1,9 Milliarden US-Dollar für das Programm ausgegeben. Polio spiegelt dabei den generellen Zuwachs an finanziellen Ressourcen für globale Gesundheit wider: Zwischen 1990 und 2010 vervierfachten sich die weltweiten Entwicklungsgelder in diesem Bereich.

Die meisten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die sich mit dieser Verschiebung im Gesundheitssektor befassen, beklagen eine Zunahme an Komplexität: fragmentiert, chaotisch, unübersichtlich, unlenkbar – diese Adjektive prägen den gegenwärtigen Diskurs über globale Gesundheitspolitik. Die Forschung über *global health governance* hat sich festgelegt: Underperformance bei Ressourcenüberfluss, institutionelle Zersplitterung, Kollisionen von Regelsystemen. Auch der Diskurs über Polio hat sich über die Jahre grundlegend verändert. Im Vergleich zu HIV, beispielsweise, ist Polio zwar eine lang bekannte und gut behandelbare Infektionskrankheit – und die Landschaft der internationalen Akteure ist hier überschaubar. Dennoch gelten mittlerweile die schier unüberwindbaren Hürden auf dem Weg zur Auslöschung des Virus als Beleg dafür, wie komplex auch das Problem Polio ist: Polio zeigt die Probleme begrenzter Staatlichkeit; der Kampf gegen Polio leidet an unzureichender Koordination und Harmonisierung; Polio steht stellvertretend für eine fragmentierte globale Gesundheitspolitik.

Die Achillesferse des gesamten Politikfelds Gesundheit ist für viele Wissenschaftler und Praktikerinnen die mangelnde Koordination und Kooperation unter den Protagonisten der internationalen Gesundheitspolitik. Ebola hat zum wiederholten Male Regierungen auf der ganzen Welt aufgerüttelt und eine Flut an Initiativen in Gang gesetzt, die darauf abzielen, der Gesundheitspolitik Kohärenz zu verleihen und sie in eine Architektur einzubetten. Die fieberhafte Suche nach dem, was die globale Gesundheitspolitik im Innersten

Anna Holzscheiter ist Juniorprofessorin für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der FU Berlin und Leiterin der WZB-FU-Nachwuchsgruppe Governance for Global Health. Sie analysiert, wie sich die Beziehungen zwischen unterschiedlichen internationalen Organisationen im Gesundheitsbereich entwickeln. *[Foto: David Ausserhofer]*

anna.holzscheiter@wzb.eu

Thurid Bahr ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der WZB-FU-Nachwuchsgruppe Governance for Global Health und in der Arbeitsstelle Transnationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik der FU Berlin. Sie befasst sich hier mit theoretischen Ansätzen zu internationalen Institutionen und mit dem Feld Wirtschaft und Menschenrechte. *[Foto: David Ausserhofer]*

thurid.bahr@wzb.eu

zusammenhält, nach Choreografie und Überblick, bestimmt die Debatte der Gegenwart.

Nähert man sich dem Forschungsgegenstand der *global health governance* mittels einer historischen Rekonstruktion der Beziehungen zwischen internationalen Organisationen in diesem Politikfeld, dann zeigt sich jedoch, dass es in diesen Beziehungen vielfältige, erkennbare und sich über die Zeit wandelnde Interaktionstypen gibt: von Wissenstransfer und gemeinsamer Wissensproduktion, beispielsweise in Expertengremien, über bilaterale strategische Beratungen oder gemeinsame Monitoring- und Evaluations-Systeme bis hin zu rechtlichen Verflechtungen etwa in der Form von formalen Kooperationsabkommen oder Vorstandsmitgliedschaften traditioneller zwischenstaatlicher Organisationen in neueren öffentlich-privaten Partnerschaften wie der globalen Impfallianz GAVI oder dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria.

Eine Untersuchung der Beziehungen zwischen diesen Organisationen zeichnet das Bild eines dichten Gewebes von Verbindungen, das neben rechtlichen Aspekten und Wissen auch gemeinsame Policy-Formulierung und vereinheitlichte Verwaltungsabläufe umfasst. Dieses Gewebe wächst, schrumpft und wandelt sich über die Zeit, aber es stellt eine erkennbare Ordnung zwischen Organisationen dar. Diese Feststellung widerspricht dem Pauschalurteil, die Beziehungen zwischen Organisationen in der Gesundheitspolitik seien hoffnungslos komplex, unübersichtlich und fragmentiert.

Die historische Betrachtung zeigt, dass die Art der Zusammenarbeit sich stetig ändert: Neue Interaktionstypen tauchen auf, andere werden dadurch in den Hintergrund gedrängt, verschwinden jedoch nicht gänzlich. So bestand die Interaktion zwischen WHO und UNICEF im Bereich der Grundimmunisierung bis in die späten 1980er Jahre hinein vorwiegend im Austausch und in der Weiterentwicklung technischer Expertise sowie in der bilateralen Koordination bereits bestehender Entwicklungsprojekte wie etwa nationaler Impfkampagnen zur Auslöschung von Polio. Später sollte die Zusammenarbeit verstärkt die Form von netzwerkähnlichen Interaktionen annehmen – etwa durch die Schaffung krankheitsspezifischer öffentlich-privater Partnerschaften wie der globalen Polio-Initiative, die erst durch die massive Ressourcenmobilisierung von Rotary International ermöglich wurde. Beobachtet man schließlich die vielfältigen Interaktionen zwischen internationalen Gesundheitsorganisationen seit ungefähr 2010, dann zeigt sich, dass die Ausgestaltung der Kooperationsformen und die institutionelle Landschaft selbst verstärkt thematisiert und ihre (Um-)Gestaltung zum Ziel einer Vielfalt institutioneller Reformen erklärt wurde. Mit anderen Worten: Es kann ein zunehmendes Bewusstsein der Organisationen dafür beobachtet werden, wie sie über ihre Kooperation Ordnung zu schaffen versuchen und welchen Platz und welche Autorität die eigene Organisation innerhalb solcher Ordnungen hat. Sowohl in der Polio-Initiative als auch in der globalen Impfallianz wurde heftig darüber gestritten, inwiefern diese beiden öffentlich-privaten Partnerschaften ihre Kräfte im Kampf gegen Polio vereinen sollten.

Eine historische Betrachtung des Politikfelds der globalen Gesundheit ist in unseren Augen unerlässlich, um den Blick dafür zu schärfen, wie diskursiv verankerte Normen und Wissensbestände „gutes Regieren" bestimmen und wie diese Normen zwischen Organisationen ausgehandelt und institutionalisiert werden. Im Lichte der aktuellen Diskussion über die Reform der globalen Gesundheitsarchitektur erscheint es uns geboten zu fragen, welche Vorstellungen von guter internationaler und globaler Organisation das Politikfeld Gesundheit geprägt haben und prägen. Gefragt werden sollte, wie sich Diskurse über gute globale Gesundheitspolitik auf das Handeln und die Beziehungen der Akteure auswirken.

Gefragt werden könnte auch, nach welchen Prinzipien das Politikfeld globale Gesundheit geordnet werden soll – und wer überhaupt bestimmt, dass es mehr Ordnung braucht. Wir sehen Anzeichen dafür, dass in aktuellen Debatten über eine bessere Choreografie der internationalen Gesundheitspolitik Koordination

zum Selbstzweck wird. Harmonisierung und Effektivität werden zum Allheilmittel erhoben, wenn internationale Organisationen und globale öffentlich-private Programme hinter ihren oftmals sehr ambitionierten Zielen (wie der gänzlichen Auslöschung von Polio) zurückbleiben. Aber: Sind die übergeordneten Ziele, die erreicht werden sollen, die richtigen? Sind die Akteure, die die globale Gesundheitspolitik dominieren, und deren Programme die angebrachten? Haben vielleicht andere Akteure, beispielsweise aus dem globalen Süden, ganz andere Vorstellungen davon, was gute globale Gesundheitspolitik ist? Diese substanziellen Fragen bleiben von Wissenschaftlerinnen wie von Praktikern derzeit unbeantwortet.

Laura Pantzerhielm ist Doktorandin an der FU Berlin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der WZB-FU-Nachwuchsgruppe Governance for Global Health. Sie forscht zu diskursiven Praktiken und Bedeutungskämpfen über Meta-Governance-Normen und ihren Auswirkungen auf institutionelle Ordnung und über internationale Gesundheitspolitik.
(Foto: David Ausserhofer)

laura.pantzerhielm@wzb.eu

Literatur

Holzscheiter, Anna: „Interorganisationale Harmonisierung als sine qua non für die Effektivität von Global Governance? Eine soziologisch–institutionalistische Analyse interorganisationaler Strukturen in der globalen Gesundheitspolitik". In: Eugénia da Conceição–Heldt/Martin Koch/Andrea Liese (Hg.): Internationale Organisationen. Politische Vierteljahresschrift, 2015, Sonderheft 49, S. 322–348.

Holzscheiter, Anna: Restoring Order in Global Health Governance. CES Open Forum Series. Cambridge, MA: Center for European Studies, Harvard University 2015.

Jessop, Bob: „Metagovernance". In: Mark Bevir (Hg.): The SAGE Handbook of Governance 2014, pp. 106–123.

Lidén, Jon: The Grand Decade for Global Health: 1998 – 2008. Centre on Global Health Security Working Group Papers. Working Group on Global Governance, Paper 2. London: Chatham House 2013.

Die Entdeckung der Religion Spiritualität und Glauben werden relevant für die globale Gesundheitspolitik

Tine Hanrieder

Summary: Since the 1980s, several efforts have been made to establish religious values on the global health agenda. A comparison of the 1980s campaign for spiritual health with the recent promotion of the so-called faith factor generates two main insights. First, a specific conception of religion as „compassion" has gained ground in the global health discourse. Second, its acceptance is closely tied to a worldly repertoire of evaluation and organizational practices which implement but also reconfigure religious values for health politics.

Kurz gefasst: Seit den 1980er Jahren gab es mehrere Versuche, religiöse Werte auf der globalen Gesundheitsagenda zu verankern. Ein Vergleich zwischen der erfolglosen Kampagne für spirituelle Gesundheit in den 1980er Jahren und der neuerlichen Akzeptanz des sogenannten Glaubensfaktors in multilateralen Organisationen zeigt zweierlei. Erstens hat sich eine spezifische Bedeutung von Religiosität als gesundheitsförderliches „Mitgefühl" etabliert. Zweitens ist deren Akzeptanz an Praktiken der Evaluation und Sichtbarmachung und damit letztlich an die Bürokratisierung von Religion geknüpft.

Religion und Weltgesundheitspolitik, das schien lange ein unüberwindbarer Antagonismus zu sein. In der Hochzeit der Bevölkerungskontrollbewegung, in den 1960er und 1970er Jahren, leisteten katholisch dominierte Länder in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erbitterten Widerstand gegen jegliche Form der Geburtenkontrolle – die daher primär von nicht staatlichen Akteuren wie der Rockefeller-Stiftung propagiert und umgesetzt wurde. Auch die in den 1980er Jahren einsetzende AIDS-Krise ließ die Kluft zwischen kirchlichen und multilateralen Organisationen im Rahmen von Präventionsdebatten wieder aufbrechen. Die religiös motivierte Förderung von Abstinenz als Verhütung, etwa durch das von George W. Bush 2003 begründete US-Programm zur globalen AIDS-Bekämpfung, befeuerte erneut das Misstrauen multilateraler Organisationen wie der WHO, UNAIDS, des Kinderhilfswerks UNICEF oder der Weltbank gegenüber kirchlichen Akteuren. Zuletzt hat in der westafrikanischen Ebola-Krise von 2014 der Problemfaktor Religion in Zusammenhang mit gefährlichen ansteckenden Begräbnisritualen globale Gesundheitsorganisationen alarmiert.

Das säkular und modernistisch ausgerichtete System multilateraler Gesundheitsorganisationen hat also lange versucht, sich die Religion vom Leib zu halten. Jedoch findet in den letzten Jahren zunehmend eine Neubewertung des Religiösen für den Bereich *global health* statt, die das „Andere" der Religion als Ressource begreift. Diese Neubewertung des Religiösen habe ich kürzlich durch einen Vergleich von WHO-Debatten zu „spiritueller Gesundheit" Ende des 20. Jahrhunderts mit jüngeren, in der WHO und Weltbank entwickelten Ansätzen zur Kooperation mit kirchlichen Akteuren rekonstruiert. Ein wissenssoziologischer Blick auf die kulturellen Bewertungsmuster in den entsprechenden Debatten zeigt, dass Religion aus dem privaten und konfessionellen Bereich in einen öffentlichen und überkonfessionellen Bereich des Religiösen an sich überführt wurde – in einen Bereich, der potenziell für weltgesundheitspolitische Anliegen nutzbar ist.

Denn seit den 1980er Jahren gab es auch immer wieder Bestrebungen, die gesundheitsförderlichen Aspekte von Religion in internationale Foren einzubringen und deren politische Anerkennung zu fordern. Ein Vergleich zwischen Debatten um spirituelle Gesundheit in den 1980er und 1990er Jahren und Debatten über den Glaubensfaktor seit der Jahrtausendwende zeigt, dass der private Wert „des Religiösen" zunehmend in öffentliche und messbare Indikatoren umgedeutet wird. Hieran sind sowohl multilaterale Organisationen wie WHO und Weltbank als auch private Stiftungen wie die Tony Blair Faith Foundation maßgeblich beteiligt.

Ein erster Anlauf, Religion in der globalen Gesundheitsagenda zu verankern, scheiterte in den 1980er und 1990er Jahren noch deutlich in den Entscheidungsgremien der Weltgesundheitsorganisation. Angestoßen durch einen indischen Delegierten, brachte eine interkonfessionelle (mehrheitlich islamische) Koalition aus 22 Staaten eine Resolution zugunsten spiritueller Gesundheit in die Weltgesundheitsversammlung, die jährliche Mitgliedstaatenversammlung und das höchste Entscheidungsgremium der WHO, ein. So sollte zum einen „spirituelle Gesundheit" in der WHO-Definition von Gesundheit verankert werden. Diese Definition lautet seit der Verabschiedung der WHO-Verfassung im Jahr 1946, Gesundheit sei „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und

sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen". Zum anderen forderten die Antragsteller, laufende WHO-Projekte, die damals unter dem Dachbegriff der *Primary Health Care* geführt wurden, sollten die Förderung spiritueller Gesundheit zu einem integralen Bestandteil machen. Der Antrag löste kontroverse Debatten in der Weltgesundheitsversammlung, dem Exekutivrat, dem Sekretariat und den Regionalorganisationen der WHO aus. Seinerzeit überwog das Misstrauen gegenüber dem, was Sponsoren der Resolution vage als „Faktor X" bezeichneten. Ein Kompromisspapier des Generaldirektors Halfdan Mahler stellte zwar heraus, dass auch immaterielle Faktoren und „erhebende Ideen" wichtig für die Gesundheit der Menschen seien. Doch die Förderung spiritueller Gesundheit wurde in den WHO-Entscheidungsgremien dezidiert an die Mitgliedstaaten zurückverwiesen und nicht zur Aufgabe der WHO gemacht. Einige Staaten und insbesondere die Regionalorganisationen der WHO für den östlichen Mittelmeerraum verfolgten das Thema Religion (hier besonders: Islam) und Gesundheit zwar noch eine Weile weiter und regten in den 1990er Jahren erneut eine Hinwendung der WHO zur spirituellen Gesundheit an. Doch auch diese Initiativen blieben erfolglos.

Nach der Jahrtausendwende tauchte das Religionsthema jedoch in neuem Gewand wieder in der internationalen Agenda auf. Hieran hatte die Ausweitung globaler Gesundheitsaktivitäten keinen geringen Anteil, denn seit den 1990er Jahren stieg die gesundheitsbezogene Entwicklungshilfe dramatisch an, finanziell und was die Anzahl der beteiligten Akteure angeht. Dabei wurde sichtbar, dass in vielen (insbesondere afrikanischen) Entwicklungsländern religiöse Organisationen die wichtigsten Leistungserbringer im Gesundheitssektor waren. Um deren Wert für die globale Gesundheitspolitik zu untermauern und sie dadurch als eigene Empfängerkategorie für globale Geldgeber zu etablieren, setzen sich religiöse Organisationen in der Folge für eine Anerkennung des „religiösen Gesundheitskapitals" (*religious health assets*) in Entwicklungsländern ein. Organisationen wie der World Faith Development Dialogue (gegründet 1998), das African Religious Health Assets Programme (gegründet 2002) und die Tony Blair Faith Foundation (gegründet 2008) begannen, den Wert kirchlicher Gesundheitsarbeit sichtbar zu machen und zu dokumentieren.

Es blieb jedoch keineswegs beim Zählen der Krankenstationen oder behandelten Patienten. Vielmehr hat in den letzten Jahren eine Neukonzipierung des Religiösen spezifisch für die Belange der Gesundheitspolitik begonnen. Allen voran haben Forscher der Weltbank, der wohl einflussreichsten Denkfabrik und Geldgeberin der globalen Entwicklungspolitik, Konzepte und Messinstrumente entwickelt, um den Effekt des Glaubensfaktors auf die Gesundheitsversorgung zu belegen. Dadurch bekam auch Religion eine neue und spezifische Bedeutung. Angelehnt auch an neuere Diskussionen in der WHO wird nunmehr der Faktor des „Mitgefühls" (*compassion*) als universal-religiöse und konfessionsübergreifende Tugend für die globale Gesundheit aufgefasst. Die Vertreter der Weltbank argumentieren, dass dieses Mitgefühl sich auf zweierlei Weise niederschlage: Erstens in einer höheren Aufopferungsbereitschaft des Gesundheitspersonals in religiösen Einrichtungen, welches auch Lohneinbußen und Mehrarbeit bereitwilliger in Kauf nehme als das Personal anderer Einrichtungen. Zweitens in einer besseren Versorgung armer Bevölkerungsschichten durch kirchliche Akteure, die also eher von Mitgefühl als von Profitmotiven geleitet seien.

Die Bemühungen, die gesundheitsförderlichen Effekte dieses Glaubensfaktors empirisch noch umfassender zu belegen, dauern noch an. Doch bereits jetzt lassen sich aus dieser Neubewertung des Religiösen in der Weltgesundheitspolitik einige Schlüsse ziehen.

Ein erster Schluss ist theoretischer Natur und bezieht sich auf Forschungen zum interreligiösen Dialog in sogenannten postsäkularen Gesellschaften. Angelehnt an Jürgen Habermas' Überlegungen zur Übersetzung religiöser Inhalte für säkulare Gesellschaften haben einige Forscher der Internationalen Beziehungen jüngst argumentiert, Religion lasse sich nur durch Abstraktion für multilaterale Institutionen anschlussfähig machen: Alle nicht verallgemeinerbaren und nicht liberalen Inhalte müssten aus religiösen Behauptungen entfernt werden, um sie weithin akzeptabel zu machen. Teils trifft dies natürlich auf das abstrakte Kon-

Tine Hanrieder ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Global Governance. Sie forscht zu internationalen Organisationen, Expertenmacht und normativem Wandel in der Weltgesundheitspolitik.
[Foto: David Ausserhofer]

tine.hanrieder@wzb.eu

zept des Mitgefühls zu. Doch zugleich zeigt gerade der Vergleich zwischen dem abstrakten, aber vagen Faktor X und den mittlerweile konkret messbaren Indikatoren von Mitgefühl, dass auch die Konkretion und damit die diesseitige Verankerung religiöser Begriffe für ihre soziale Akzeptanz vonnöten ist. Jede Übersetzung bedeutet auch eine Neuerschaffung und erfordert ein konkretes, praktisch einsetzbares Repertoire für intersubjektive Bewertungen.

Zweitens hat die Entdeckung des Glaubensfaktors auch politische Implikationen. Sie schafft, jenseits konfessioneller Unterschiede, eine universelle Kategorie der „guten" religiösen Gesundheitsorganisation, der sich kirchliche Akteure anzupassen haben, wenn sie internationale Fördergelder erhalten möchten. Das führt zum einen dazu, dass sich kirchliche Organisationen in Entwicklungsländern immer mehr ähneln und bürokratisieren, und es führt zu neuen Machtverhältnissen, etwa zwischen jenen, die Zugang zu globalen Förderern haben, und den lokalen Gesundheitsarbeitern. Zum anderen, und allgemeiner betrachtet, steht der Diskurs des karitativen Mitgefühls, für den der Wert der Religion gerade entdeckt wird, in der Tradition der Privatisierungspolitik der 1980er und 1990er Jahre, die staatliche Gesundheitsleistungen in Entwicklungsländern zurückdrängte. Er überdeckt damit die Idee eines Anspruchs auf Gesundheitsversorgung durch eine Ethik der Freiwilligkeit, die durch neue Formen der Messung und Bewertung gemeinsam mit der Religion moralisch aufgewertet wird.

Literatur

Burchardt, Marian: „Faith–Based Humanitarianism: Organizational Change and Everyday Meanings in South Africa". In: Sociology of Religion, 2013, Vol. 74, No. 1, pp. 30–55.

Grills, Nathan: „The Paradox of Multilateral Organizations Engaging with Faith–based Organizations". In: Global Governance, 2009, Vol. 15, No. 4, pp. 505–520.

Hanrieder, Tine: „The Public Valuation of Religion in Global Health Governance: Spiritual Health and the Faith Factor". In: Contemporary Politics, 2016 (im Erscheinen).

Das Paradox des Reichtums Massive Gesundheitsprobleme bei Kindern in entwickelten Ländern

Jianghong Li

Summary: Despite success in material wealth and advancements in social, medical and technological spheres, we witness increases in physical and mental health problems in children, and high rates of violence against children in today's society. These paradoxical trends beg for an inquiry into plausible causal factors that operate at both national, global, community, and familial levels. The trends in developed economies are alarming.

Kurz gefasst: Trotz wirtschaftlichen Wohlstands und Fortschritten in Medizin und Technik geht es Kindern in entwickelten Gesellschaften heute nicht besser, sondern schlechter. Körperliche und seelische Probleme nehmen in den Industrieländern zu: Übergewicht, Gewalt und psychische Probleme sind weit verbreitete Phänomene, deren Ursachen in der Dynamik der globalisierten Wirtschaft sowie in den Entwicklungen in der Gesellschaft und den Familien zu suchen sind.

Als „Paradox der Moderne" bezeichneten die Sozialwissenschaftler Daniel Keating und Clyde Hertzman die sinkende Lebensqualität und die wachsende soziale Ungleichheit – trotz eines ungekannten wirtschaftlichen Wohlstands. 1999 warnten sie uns vor den Gefahren für die Gesundheit und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in postmodernen Marktwirtschaften, die enorme Möglichkeiten haben, Wohlstand zu schaffen. Heute sind ihre Befürchtungen Realität geworden. Das Paradox ungünstiger Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen zeigt sich weltweit in wachsenden sozialen, emotionalen und Verhaltensproblemen, in zunehmender Adipositas und in vermehrter Gewalt gegen Kinder.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, UNICEF, definiert das Kindeswohl in sechs Dimensionen: Materielles Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Beziehungen zu Familie und Gleichaltrigen, Verhaltensrisiken sowie subjektives Wohlbefinden. In einer UNICEF-Vergleichsstudie zur Lage der Kinder in 21 Ländern schnitten 2007 alle Länder in mindestens einer dieser Dimensionen (UNICEF Innocenti Report Card 7) schlecht ab. Die USA und Großbritannien, zwei stark neoliberal geprägte Länder, befinden sich bei fünf von sechs Kriterien für das Kindeswohl im untersten Drittel des Rankings. Es gibt keine Korrelation zwischen dem Kindeswohl und dem Pro-Kopf-Einkommen: Die Tschechische Republik schneidet zum Beispiel in allen sechs Dimensionen des Kindeswohls besser ab als Länder wie die USA, Großbritannien, Österreich oder Frankreich.

2015 werteten Guilherme V. Polanczyk und sein Forschungsteam in einer Meta-Studie 41 Analysen aus, die zwischen 1985 und 2012 erschienen waren und 27 Länder in allen Regionen der Welt umfassten. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass im Durchschnitt 13,4 Prozent aller Kinder und Jugendlichen (insgesamt 241 Mio. Menschen) in den 27 Ländern unter einer oder mehreren psychischen Störungen litten, die funktionelle Beeinträchtigungen umfassten und Behandlung erfordern. Die häufigsten psychischen Störungen sind Angststörungen, unter denen 117 Mio. Kinder und Jugendliche leiden, gefolgt von disruptiven Verhaltensstörungen mit 113 Mio. betroffenen Kindern und Jugendlichen. Wenn man Kinder und Jugendliche mit weniger schwerwiegenden psychischen Problemen (ohne funktionelle Beeinträchtigungen) hinzunimmt, steigt die Verbreitungsrate psychischer Probleme auf 30 Prozent. Viele Ergebnisse zeigen, dass Angststörungen und Depressionen in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten weltweit gestiegen sind.

Der Anteil der Kinder mit Übergewicht oder Adipositas ist in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten in den meisten Ländern mit hohem Einkommen erheblich gestiegen und nimmt auch in den Entwicklungsländern rasant zu. Nach einer Meta-Analyse von de Onis und anderen (2010) waren 2010 schätzungsweise 43 Mio. Kinder (davon 35 Mio. in den Entwicklungsländern) übergewichtig oder fettleibig, 92 Mio. hatten ein Übergewichtsrisiko. Die weltweite Verbreitung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern stieg von circa 4 Prozent im Jahr 1990 auf etwa 7 Prozent im Jahr 2010. Dieser Trend hält an; man schätzt, dass 2020 schon 9 Prozent (60 Mio. Kinder) betroffen sein werden. In den entwickelten Ländern stieg der Anteil der Kinder, die übergewichtig oder fettleibig sind, von 7,9 Prozent (6,2 Mio.) im Jahr 1990 auf etwa 12 Prozent (8,1 Mio.), im Jahr

2010 rechnet man damit, dass er bis 2020 weiter auf 14,1 Prozent (9,5 Mio.) ansteigt. In den USA wuchs der Anteil von Kindern mit Übergewicht von 15 Prozent im Jahr 1972 auf 35 Prozent im Jahr 2010. Eine wichtige Folge der Zunahme von Fettleibigkeit bei Kindern ist der beträchtliche Anstieg von Typ-2-Diabetes bei Kindern in den vergangenen 20 Jahren. Wenn der gegenwärtige Trend bei der Fettleibigkeit nicht gestoppt wird, könnten ein Drittel aller heute geborenen Kinder im Lauf ihres Lebens Typ-2-Diabetes bekommen, was eine Verkürzung ihrer Lebenserwartung bedeutet.

Kindesmisshandlung bezieht sich auf die körperliche, sexuelle und emotionale Misshandlung, die Ausbeutung und die Vernachlässigung von Kindern. Dem UNICEF ISPCAN Report von 2012 zufolge hat weltweit mehr als jedes vierte Kind angegeben, schwerwiegende und häufige physische Misshandlung erlitten zu haben, und fast jedes fünfte Mädchen und jeder elfte Junge erlebten sexuellen Missbrauch. Kindesmisshandlung führt zu vielen negativen Spätfolgen im weiteren Leben. In Großbritannien und in den USA ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, für Kinder zwei- bis dreimal so hoch wie für Erwachsene. Bei den Kinder-Hotlines gingen 2008 14,5 Mio. Anrufe ein, und die meisten dieser Anrufe bezogen sich auf Gewalt gegen Kinder oder Kindesmissbrauch.

Der Anteil der Kinder, die Gewalt erleben, ist nicht nur erschreckend hoch, schlimmer noch: In einigen Länderberichten nehmen die Berichte über häusliche Gewalt gegen Kinder zu. 2010/2011 meldete die National Society for the Prevention of Cruelty to Children (Nationale Gesellschaft zur Verhinderung von Grausamkeiten an Kindern) in Großbritannien 16.385 schwere Fälle. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von 37 Prozent und damit der stärkste Anstieg, der je verzeichnet wurde. In Australien wurden 2008/2009 mehr als 300.000 Fälle des Verdachts auf Kindesmisshandlung und -vernachlässigung gemeldet, eine Zunahme um 27 Prozent verglichen mit 2005. Die Zahl der Fälle von Kindesmissbrauch, die den Einrichtungen des Kinderschutzes gemeldet wurde, liegt wahrscheinlich unter der tatsächlichen Zahl aller Missbrauchsfälle.

Diese Entwicklungsprobleme von Kindern betreffen zwar Familien und Kinder aus allen sozialen Schichten, doch Kinder aus Familien mit geringeren sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Ressourcen sind überproportional häufig betroffen. Psychische Probleme kommen bei Kindern und Jugendlichen aus Alleinerziehenden-Haushalten sowie bei solchen, die in sozioökonomisch benachteiligten Gegenden wohnen, überdurchschnittlich oft vor. Andere Faktoren, die eine Zunahme psychischer Probleme bei Kindern und Jugendlichen begünstigen, sind psychische Probleme der Eltern sowie Missbrauch von Suchtmitteln und schlechte Behandlung der Kinder. Diese Risikofaktoren, von denen viele ansteigen, tragen bei zu Übergewicht und Adipositas bei Kindern und auch zur Kindesmisshandlung.

Die Zunahme von Entwicklungsproblemen bei Kindern kann teilweise auf das bessere Monitoring und die genauere Erfassung von Problemen zurückgeführt werden. Auch stehen in den letzten Jahren umfassendere Daten zur Verfügung. Genau belegt ist jedoch in den vergangenen Jahrzehnten auch eine Verschlechterung des sozialen Umfelds, in dem Kinder aufwachsen. Selbst wenn die Häufigkeit dieser Probleme in den vergangenen Jahrzehnten nicht zugenommen hätte, ist sie alarmierend hoch, paradox und inakzeptabel.

Meine frühere Forschung mit Fiona Stanley und Anne McMurray hat gezeigt, dass Neoliberalismus und Globalisierung seit ihrem Einsetzen in den späten 1960er Jahren weltweit einen starken negativen Einfluss auf Gesundheit und Wohlergehen hatten. In den entwickelten Ländern zeigt sich dies im Verlust von Arbeitsplätzen und Einkommen für angelernte und ungelernte Arbeitskräfte – eine Folge der Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer und in Staaten, die keine Umweltschutzregulierung und nur einen geringen Sozialschutz haben. Die Auswirkungen von Neoliberalismus und Globalisierung spiegeln sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider, wo Arbeitgeber stabile, unbefristete Arbeitsverhältnisse in Teilzeitstellen, befristete und Gelegenheitsjobs umwandeln, und im Rückgang der Staatsausgaben für Gesundheit, Bildung und Sozialfürsorge. Die

Folgen dieses Prozesses wirken sich auch auf die Gesundheit und das Wohlergehen von Kindern aus, denn durch Jobverlust, Unsicherheit und den damit verbundenen Stress schwächen sie die ökonomischen, psychologischen und sozialen Ressourcen der Eltern, die erforderlich sind, um gesunde und glückliche Kinder großzuziehen. Durch die Senkung der Sozialausgaben gefährdet die neoliberale Politik den universellen Zugang zu einigen grundlegenden sozialen und Gesundheitsdiensten, was besonders schwere Auswirkungen auf die am stärksten gefährdeten Kinder und Familien hat.

In der gegenwärtigen globalisierten Wirtschaft können multinationale Unternehmen ungehindert Kinder und Jugendliche anvisieren, um Softdrinks mit hohem Zuckeranteil, Fast Food, Lebensmittel mit schädlichen Zusätzen und künstliche Milch zu vermarkten. In der Nahrungsindustrie hat sich der Wettbewerb, angeheizt von den hohen Profiterwartungen in Bezug auf das Unternehmenswachstum, intensiviert, und sie verkauft ihre Kalorien über schnell wachsende Fast-Food-Ketten, die sich besonders an Kinder richten. Zudem hat auch die Digitalisierung des postmodernen Lebens einen negativen Einfluss auf die Entwicklung von Kindern. Unternehmen, die elektronische Geräte und Internetspiele produzieren, machen ihren Profit auf Kosten der Gesundheit und Entwicklung der Kinder. Kinder werden in immer jüngerem Alter nach digitalen Medien süchtig. Diese Veränderungen stellen in der ganzen Welt einen fruchtbaren Boden für Adipositas und Diabetes dar und haben auch zum Anstieg von Verhaltensproblemen bei Kindern und Jugendlichen beigetragen.

Unsere globalisierte, wettbewerbsintensive Wirtschaft ist von einer Polarisierung des Arbeitsmarkts gekennzeichnet. An einem Ende der Skala befindet sich eine beträchtliche Gruppe von hoch qualifizierten Arbeitskräften, deren Leben durch lange Arbeitszeiten, hohe Arbeitsintensität und familienunfreundliche Arbeitszeiten gekennzeichnet ist. Am anderen Ende der Skala kämpfen ungelernte oder angelernte Arbeiter darum, eine angemessene Beschäftigung oder gute Jobs zu finden und zu behalten, und auch viele von ihnen arbeiten abends und nachts oder kombinieren mehrere Jobs, um über die Runden zu kommen.

Diese Polarisierung führt zu einem Dilemma für Eltern. Eltern (besonders Väter) mit sicheren und gutbezahlten Jobs bleiben im Rennen, indem sie lange arbeiten, manchmal familienfeindliche Arbeitszeiten akzeptieren und mit hoher Intensität arbeiten, um wettbewerbsfähig zu bleiben und so einen sicheren Arbeitsplatz zu behalten. Diese Arbeitskräfte haben zu wenig Zeit für ihr eigenes Wohlbefinden und für ihre Familien und Kinder. Sie leiden stark unter dem Konflikt zwischen Arbeit und Familie sowie unter Stress, was die Qualität der begrenzten Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen, beeinträchtigt. Diejenigen, die in schlechtbezahlten Jobs arbeiten, haben wenig Zeit für die Familie und eine geringere Arbeitszufriedenheit, was ihre Qualität als Eltern beeinträchtigen kann. Eine umfassende Auswertung von Studien aus den letzten drei Jahrzehnten, die ich gemeinsam mit anderen Forschern vorgenommen habe, hat gezeigt, dass die Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit negative Auswirkungen auf Kinder hat. Wenn Eltern abends, nachts oder am Wochenende arbeiten, steigen die sozialen und emotionalen Probleme sowie Übergewicht und Fettleibigkeit, und zugleich leiden die kognitive Entwicklung und die schulischen Leistungen der Kinder. Dieser Effekt ist bei alleinerziehenden Eltern und einkommensschwachen Familien sowie bei Eltern, die zu solchen Zeiten im Rahmen einer Vollzeittätigkeit arbeiten, besonders ausgeprägt.

Heute leben viel mehr Kinder in Einelternfamilien, in Patchworkfamilien, bei Pflegeeltern oder in anderen nicht traditionellen Familienstrukturen als vor drei Jahrzehnten. Häufige Störungen durch Veränderungen der Familienstruktur schaffen ein chaotisches familiäres Umfeld, das verschiedene Entwicklungsstörungen verursachen kann, darunter soziale, emotionale und Verhaltensprobleme. In meiner früheren Forschung habe ich gezeigt, dass eine andere, weniger bekannte demografische Veränderung der sogenannte Großeltern-Enkel-Haushalt ist, in dem ein Kind bei seinen Großeltern lebt, aber kein Elternteil anwesend ist. Die Zahl der Großeltern, die die einzigen Betreuer ihrer Enkelkinder sind, weil die Eltern aufgrund von Drogenmissbrauch, Scheidung, AIDS oder Gefängnisaufenthalt nicht für ihre Kinder sorgen können, nimmt zu. Im Jahr

Jianghong Li ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Projektgruppe der Präsidentin. Sie erforscht soziale, wirtschaftliche und kulturelle Determinanten der Gesundheit und Entwicklung von Kindern. *[Foto: David Ausserhofer]*

jianghong.li@wzb.eu

2008 waren 2,9 Mio. Großeltern mit Enkelkindern unter 18 Jahren die hauptsächlichen Betreuer der Kinder. In höherem Alter Kinder großzuziehen, vermindert die Lebensqualität und erhöht das Armutsrisiko der Großeltern und der Kinder.

Das Paradox der zunehmenden Trends der schlechten Entwicklung von Kindern und der wachsenden sozialen Ungleichheit sollte in der Gesellschaft, bei politischen Entscheidungsträgern und bei den Bürgern tiefe Besorgnis auslösen. Jüngere Entwicklungen in Politik und Gesellschaft sowie sozialer, demografischer und technologischer Wandel hatten wahrscheinlich einen negativen Einfluss auf Kinder und Jugendliche, weil sie die sozialen Prozesse im direkten Umfeld stören, in dem sich die Entwicklung der Kinder vollzieht, und weil sie die Ressourcen der Eltern verringern, die notwendig sind, um gut entwickelte Kinder großzuziehen. Diese Ressourcen umfassen nicht nur Einkommen und finanzielle Sicherheit, sondern auch die physische und seelische Gesundheit der Eltern, Qualitätszeit, die den Kindern gewidmet ist, und ein warmes, fürsorgliches heimisches Umfeld. Die politischen Entscheidungsträger und die Gesetzgeber können eine entscheidende Rolle dabei spielen, diese besorgniserregenden Trends umzukehren, indem sie die wachsende soziale Ungleichheit zügeln, die Wohlfahrt von Kindern sichern und Familien und Gemeinden mit den notwendigen Ressourcen ausstatten, die für das Großziehen gesunder und glücklicher Kinder notwendig sind.

Literatur

Bor, William/Dean, Angela J./Najman, Jacob/Hayatbakhsh Reza: „Are Child and Adolescent Mental Health Problems Increasing in the 21st Century? A Systematic Review". In: Australian & New Zealand Journal of Psychiatry, 2014, Vol. 48, No. 7, pp 606–616. DOI: 10.1177/0004867414533834.

De Onis, Mercedes/Blössner, Monika/Borghi, Elaine: „Global Prevalence and Trends of Overweight and Obesity among Preschool Children". In: The American Journal of Clinical Nutrion, 2010, Vol. 92, No. 5, pp. 1257–1264.

Keating, Daniel P./Hertzman, Clyde (Eds.): Developmental Health and the Wealth of Nations: Social, Biological, and Educational Dynamics. New York: Guildford Press 1999.

Li, Jianghong/McMurray, Anne/Stanley Fiona: „Modernity's Paradox and the Structural Determinants of Child Health and Wellbeing". In: Health Sociology Review, 2008, Vol. 17, No. 1, pp. 64–77.

Li, Jianghong/Johnson, Sarah E./Han, Wen–Jui/Andrews, Sonia/Dockery, Alfred/Kendall, Garth/Strazdins, Lyndall: „Parents' Nonstandard Work Schedules and Child Wellbeing: A Critical Review of the Literature". In: Journal of Primary Prevention, 2014, Vol. 35, No. 1, pp 53–73. DOI: 10.1007/s10935–013–0318–z.

Polanczyk, Guilherme V./Salum, Giovanni A./Sugaya, Luisa S./Caye, Arthur/Rohde, Luis A.: „Annual Research Review: A Meta–analysis of the Worldwide Prevalence of Mental Disorders in Children and Adolescents". In: Journal of Child Psychology and Psychiatry, 2015, Vol. 56, No. 3, pp 345–365. DOI:10.1111/jcpp.12381.

Summary: Genetically modified organisms (GMOs) are debated much in Europe, but attention is focused on a possible food scare, and commercial issues around intellectual property ownership relating to the genetically modified (GM) crop seeds remain as a decorative motif at most. Those issues are at the center of the policy challenges faced by developing countries with large farming populations who stand to be affected most by intellectual property claims. Furthermore, such commercial claims actually have important public health-related consequences. This article highlights the linkages and elaborates on policy implications.

Kurz gefasst: Bei der Diskussion um genetisch veränderte Organismen (GVO) stehen allzu oft mögliche Lebensmittelskandale im Mittelpunkt. Wirtschaftliche Aspekte in Bezug auf geistiges Eigentum an genetisch verändertem Saatgut dienen bestenfalls zur Ausschmückung der Argumentation. Dabei sind genau diese ökonomischen Aspekte die zentralen politischen Herausforderungen für agrarisch ausgerichtete Entwicklungsländer, deren Bevölkerung am stärksten betroffen ist.

Wenn der Markt regiert In der Debatte um genetisch veränderte Organismen bleibt die Ökonomie unterbelichtet

Alper H. Yağci

Aus vielerlei Gründen scheint die Öffentlichkeit gerne über genetisch veränderte Organismen (GVO) zu diskutieren. Allerdings sind die meisten Menschen von der Komplexität des Themas überfordert und bilden sich ihre Meinung auf Grundlage einer der beiden stark vereinfachenden Argumentationsmuster – für oder gegen die neue Technologie. Demnach handelt es sich bei GVO entweder um eine Wunderwaffe zur Lösung aller globalen Ernährungsprobleme oder um ein ganz besonderes Übel, das gleich mehrere Gefahren für die Menschheit birgt: gesundheitliche, ökologische und sozioökonomische.

In Wirklichkeit ist die grüne Gentechnik eine Plattformtechnologie mit sehr unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten – unterschiedliche Eigenschaften für unterschiedliche Pflanzen und für unterschiedliche Zwecke. Daher ist es schwer, ein Pauschalurteil über ihre Wirkungen zu fällen. Außerdem sind die Auswirkungen der Gentechnik auch ein Ergebnis von Marktinstitutionen und deren staatlicher Regulierung. Diese Institutionen und Regulierungen definieren die Eigentums- und Nutzungsrechte und bestimmen, wer den größten wirtschaftlichen Profit aus dem Anbau verbesserter Pflanzen zieht. Institutionen und Regulierungen, die dazu gedacht sind, marktbedingte Probleme in den Griff zu bekommen, können auch (größtenteils unbeabsichtigte) Konsequenzen für die allgemeine Gesundheit haben. Diese Verbindungen zu erkennen, kann uns dabei helfen, die Folgen zu beherrschen.

Entgegen einer weit verbreiteten Annahme gibt es bei der Verwendung von GVO-Saatgut keine biologischen Barrieren, die Bauern daran hindern, das geerntete Saatgut wieder neu auszusäen. Genau deshalb versuchen Biotech-Firmen, die das Saatgut vertreiben, rechtliche Barrieren zu errichten, zum Beispiel in Form von Patenten und anderen Instrumenten zum Schutz geistigen Eigentums. So können die Bauern das Saatgut nicht noch einmal verwenden, ohne Lizenzgebühren an die Firmen zu zahlen, denen die Patente gehören. Außerdem gibt es bei den Patenten auf GVO-Pflanzen eine hohe Konzentration: Einem UN-Bericht zufolge hält der US-Konzern Monsanto mehr als die Hälfte aller Patente, die zwischen 1992 und 2005 für den kommerziellen Anbau genehmigt wurden. Folglich ist der Schutz des geistigen Eigentums an GVO-Saatgut ein Thema, das Bauern und Biotech-Firmen wie Monsanto gegeneinander aufbringt,

auch wenn die beiden Interessengruppen sich gelegentlich gegen eine GVO-kritische Öffentlichkeit zusammentun, um für eine höhere Akzeptanz der Technologie zu werben. Die Biotech-Firmen wollen, dass die Bauern für das Saatgut bezahlen. Die Bauern wollen nicht zahlen oder sie argumentieren, dass die verlangten Gebühren maßlos überhöht sind – und wenn an der ökonomischen Monopoltheorie irgendetwas dran ist, könnten sie sogar Recht haben.

Diese Marktdynamik hat mehrere Folgen für die allgemeine Gesundheit. Erstens können die etablierten Biotech-Firmen ihre Forschung mangels Konkurrenz auf genetische Merkmale konzentrieren, die für sie selbst von besonderem kommerziellem Interesse sind, anstatt auf jene, die den größten gesellschaftlichen Nutzen hätten. Momentan besteht der größte Anteil des weltweiten GVO-Saatguts nicht aus Pflanzen, deren Gene ihren Nährwert erhöhen oder die sich den Anforderungen des Klimawandels anpassen, sondern aus solchen, die gegen das chemische Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat resistent sind. Dieses hat sich einst Monsanto patentieren lassen – dasselbe Unternehmen, das auch das Saatgut entwickelt hat. Mit Glyphosat-resistentem Saatgut können Bauern große Mengen an Glyphosat zur Unkrautbekämpfung einsetzen, ohne dabei ihre Pflanzen zu schädigen. Das macht die Bewirtschaftung einfacher und steigert gleichzeitig den Absatz der Chemikalie enorm.

Dank der Lobbyanstrengungen der Biotech-Industrie geht die staatliche Genehmigung für den Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen oft mit einer Anhebung des zulässigen Grenzwerts für Glyphosat-Rückstände in Lebensmitteln einher. In Brasilien etwa wurde der Grenzwert mit einer einzigen Entscheidung um das 50-fache erhöht. Das bedeutet eine Erhöhung des Risikos, selbst wenn der neue Grenzwert immer noch unter dem liegt, was die Wissenschaft als bedenklich einstuft. In Argentinien scheinen tödliche Krebserkrankungen in stadtnahen Gebieten, die der Besprühung mit Glyphosat durch nahe gelegene landwirtschaftliche Betriebe ausgesetzt sind, sprunghaft angestiegen zu sein.

Der weltweit agierende Saatguthersteller Monsanto, der sowohl gentechnisch verändertes Saatgut wie auch Herbizide mit dem umstrittenen Wirkstoff Glyphosat herstellt, betreibt in der Nähe der indischen Stadt Bangalore ein Forschungszentrum. An verschiedenen Erzeugnissen, wie Kohl, werden Wirkstoffe erprobt. *(Foto: picture alliance / dpa)*

Wissenschaftliche Befunde deuten darauf hin, dass es wahrscheinlich weniger der Konsum genetisch veränderter Lebensmittel an sich ist, der zu nachweisbaren Gesundheitsproblemen führt, als vor allem der reichliche Einsatz von Glyphosat.

Dieses Problem ist ein anschauliches Beispiel für die Komplexität der GVO-Debatte: Glyphosat wird beim Anbau nicht genetisch veränderter Nutzpflanzen ebenso verwendet wie bei GVO-Saatgut. Aber durch die geschilderten Marktmechanismen hängen Glyphosat und GVO-Saatgut eng miteinander zusammen. Gebraucht wird also eine staatliche Regulierung dieser Mechanismen. Mit einem Verbot von GVO-Pflanzen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Leider finden solche Nuancen kaum Gehör im hitzigen zivilgesellschaftlichen Aktivismus um die grüne Gentechnik, dem es typischerweise darum geht, die öffentliche Meinung mit pauschalen Pro- und Contra-Positionen für sich zu gewinnen.

Eine zweite Konsequenz der stark konzentrierten Marktstruktur und der damit verbundenen Urheberrechtsforderungen für die Gesundheit ist das Aufkommen informeller Marktpraktiken zur Abwehr dieser Forderungen. Besonders in Entwicklungsländern versuchen die Bauern, auch ohne rechtmäßige Verträge mit den transnationalen Patentinhabern, an das agronomisch höherwertige GVO-Saatgut zu gelangen, und die jeweiligen Regierungen ermuntern sogar zu diesem Verhalten oder tolerieren es zumindest. Dubiose lokale Firmen kreuzen offizielles GVO-Saatgut mit anderen Varietäten, um neue, illegale Varietäten von GVO-Saatgut zu entwickeln. Das so erzeugte Saatgut ist billiger, birgt aber unkontrollierte Risiken für die Umwelt; die Regelungen zur biologischen Sicherheit werden bedeutungslos. Ein Verbot von GVO-Pflanzen würde nichts zur Lösung dieses Problems beitragen; vielmehr sollte über Maßnahmen zur Marktregulierung nachgedacht werden. In Indien beispielsweise hat die Einführung einer verbindlichen Obergrenze für den Preis, den Biotech-Firmen offiziell für ihr GVO-Saatgut verlangen dürfen, dazu geführt, dass Bauern weniger illegale Varietäten verwenden.

Die Verwechslung von Problemen der Marktstruktur mit Problemen in der Biosicherheit dürfte etliche Gegner der grünen Gentechnik in ihrer ablehnenden Haltung weiter bestärken. Aber es ist auch noch eine andere Schlussfolgerung denkbar: Wenn die monopolistische beziehungsweise oligopolistische Kontrolle über GVO deren Potenzial zur Erzeugung gesellschaftlich wünschenswerter Ergebnisse entgegensteht, könnten höhere staatliche und private Investitionen in Forschung und Entwicklung für diese Technologien ein Weg zum Aufbrechen der problematischen Marktstrukturen sein. Zugespitzt formuliert: Auch wenn Biotech-Firmen wie Monsanto heftig kritisiert werden, könnte die Lösung sein, mehr Biotech-Firmen zu gründen. Momentan bilden die für die Genehmigung neuer genveränderter Pflanzen obligatorischen Tests zum Ressourcenverbrauch eine Markteintritts-Barriere, die die monopolistisch-oligopolistische Avantgarde vor Konkurrenz schützt. Da die großen Konzerne überall auf der Welt Wissenschaftler und Juristen beschäftigen können, um in allen wichtigen Märkten die Einhaltung der Vorschriften zur biologischen Sicherheit zu überwachen, können ihre Produkte diese Tests überstehen und immer noch Profit abwerfen. Kleineren Unternehmen ist dies nicht möglich – der ungewisse Ausgang der Genehmigungsverfahren lässt viele schon vor dem Versuch zurückschrecken. Das soll nicht heißen, dass die Tests zur biologischen Sicherheit weniger rigoros sein sollten, aber die Regierungen in den Entwicklungsländern könnten im Gegenzug deutlich höhere Subventionen für die einheimische Forschung und Entwicklung in der Biotechnologie zur Verfügung stellen.

Weltpolitisch ergibt sich aus der Anerkennung der Komplexität auf diesem Politikfeld kein konkreter Maßnahmenkatalog, aber sie kann dazu führen, dass wir besser darüber informiert sind, was zu unterlassen ist. So sind die Bemühungen, öffentlichkeitswirksame internationale Regime zur biologischen Sicherheit zu schaffen, wie es die GVO-kritischen Länder mit dem Cartagena-Protokoll über die biologische Sicherheit und die GVO-freundlichen Länder durch ihre Abkommen mit der WHO versucht haben, möglicherweise nicht der produktivste Weg, mit den politischen Herausforderungen umzugehen. Vielmehr deutet das hier Gesagte darauf hin, dass einige der am dringendsten benötigten Interventionen

Alper H. Yağci ist Assistenzprofessor für Internationale Beziehungen an der Ozyegin Universität, Istanbul. Im Herbst 2015 war er Gastwissenschaftler der Abteilung Global Governance am WZB. *(Foto: privat)*

yagci.alper@gmail.com

innenpolitischer Natur sind. Diese betreffen weniger die gesetzlichen Vorschriften zur biologischen Sicherheit als vielmehr die bestehende Urheberrechts- und Wirtschaftspraxis. Dies gilt insbesondere für Entwicklungsländer mit einem hohen Anteil an schutzbedürftigen Bauern. Das seit 1995 gültige Abkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS) und der internationale Patentschutzvertrag (Substantive Patent Law Treaty), der in Vorbereitung ist, sind nicht nur für pharmazeutische Produkte, sondern auch für genetisch veränderte Organismen relevant. Gesundheitsaktivisten sollten diesen Aspekt bedenken, wenn sie sich mit der Aushandlung solcher Verträge beschäftigen.

Literatur

Sadashivappa, Prakash/Qaim, Matin: „Bt Cotton in India: Development of Benefits and the Role of Government Seed Price Interventions". In: AgBioForum, 2009, Vol. 12, No. 2, pp. 172–183.

United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) Secretariat: Tracking the Trend towards Market Concentration: The Case of the Agricultural Input Industry. April, 2006.

Yağci, Alper H.: Managing the Agricultural Biotechnology Revolution: Responses to Transgenic Seeds in Developing Countries. Dissertation, eingereicht an der University of Massachusetts Amherst 2016.

Gesundheit als gesellschaftliche Aufgabe
Kosten und Risiken werden in westlichen Demokratien sehr unterschiedlich verteilt

Susanne Marquardt

Summary: Rich democracies exhibit vast cross-national and historical variation in the socialization of healthcare. Studying the public share of total health spending for 18 rich democracies from 1960 to 2010, we demonstrate that most of the variation in the public share can be explained by a country's initial value in 1960. The analysis also confirms that the 1960 values predict individual preferences for government spending on health. This study illustrates how historical legacies of social policy exert substantial influence on the subsequent politics of social policy.

Kurz gefasst: Der Anteil der öffentlichen Ausgaben an den Gesamtgesundheitsausgaben ist in den westlichen Industrieländern sehr unterschiedlich hoch. In unserer Studie untersuchen wir diesen öffentlichen Anteil in 18 Ländern zwischen 1960 und 2010 und zeigen, dass für die Entwicklung der Gesundheitsausgaben nicht in erster Linie politische Machtverhältnisse entscheidend sind, sondern frühere Entwicklungen. Wir finden auch, dass die individuelle Zustimmung zu staatlichen Gesundheitsausgaben dort besonders hoch ist, wo der staatliche Anteil im Jahr 1960 hoch war. Bestimmte wohlfahrtsstaatliche Politiken lassen sich also nur im Kontext der Vergangenheit erklären.

Die öffentliche Gesundheitsversorgung ist ein fundamentaler Bestandteil moderner Wohlfahrtsstaaten. In der Regel stellt sie das größte oder (nach den Ausgaben fürs Alter) zweitgrößte Sozialprogramm dar. Selbst Länder, die ansonsten vieles dem Markt überlassen, haben überraschend hohe öffentliche Anteile an der Gesundheitsversorgung. Als Beispiel seien hier Großbritannien oder Neuseeland genannt, deren Gesundheitssysteme nur zu sehr geringen Teilen auf privater Versorgung beruhen.

Umso erstaunlicher ist es, dass bislang in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung kaum länderübergreifende quantitative Studien zur öffentlichen Gesundheitsversorgung vorliegen. Zwar gibt es zahlreiche detaillierte Fallstudien, die die Entstehung und Entwicklung einzelner Gesundheitssysteme analysieren, aber in der Makroperspektive findet dieses Thema wenig Beachtung. Um diese Lücke zu füllen, haben wir die Entwicklung des Anteils der öffentlichen Gesundheitsausgaben an den gesamten Gesundheitsausgaben in 13 europäischen Ländern sowie den USA, Australien, Neuseeland, Kanada und Japan in den Jahren 1960 bis 2010 untersucht. Wir wollten Erklärungen dafür finden, warum diese Anteile von Land zu Land sehr verschieden sind.

Man mag einwenden, der Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben an den Gesamtausgaben sei ein relativ grobes Maß. Denn jedes einzelne Gesundheitssystem ist anders und kann auch bei ähnlichen Staatsquoten ganz unterschiedlich organisiert sein. Trotzdem liefert uns der öffentliche Anteil wichtige Informationen darüber, wie gesundheitliche Kosten und Risiken in der Bevölkerung verteilt werden. Das definierende Merkmal von öffentlicher Gesundheitsversorgung – im Gegensatz zur privaten – ist, dass Kosten und Risiken über die gesamte Bevölkerung verteilt werden: Arm und Reich, Jung und Alt, Krank und Gesund. Für private Versicherungssysteme muss dieses Prinzip nicht gelten. In der Regel entstehen dort deshalb höhere Kosten und Zugangsschwierigkeiten für Menschen mit höherem Gesundheitsrisiken. Der Anteil der öffentlichen Versorgung spiegelt also das Maß an Einkommens- und Risikosolidarität im Gesundheitssystem eines Landes wider.

Anders als andere sozialstaatliche Programme umfassen Gesundheitsversicherungen die gesamte Bevölkerung. Gesundheitsrisiken mögen einkommens- und schichtabhängig sein – dennoch kann es sich eigentlich niemand leisten, auf diese Form der Versicherung gänzlich zu verzichten. Damit ist die Gesundheitsversorgung ein umfassendes Programm, dessen Leistungsempfänger über alle Partei- und Einkommensgrenzen hinweg verteilt sind. Bei anderen Programmen wie zum Beispiel der Arbeitslosenversicherung gilt tendenziell, dass konservative Parteien grundsätzlich eine Kürzung der öffentlichen Gesundheitsausgaben fordern, während Sozialdemokraten die Erhöhung der Ausgaben favorisieren. Im Bereich der Gesundheit gilt diese einfache Zuordnung nicht.

Ein anderer wichtiger Aspekt beim Vergleich von Gesundheitssystemen ist der hohe Einfluss von Pfadabhängigkeiten. Politische Entscheidungen der Vergangenheit bestimmen, was in der Gegenwart politisch möglich ist. Es gibt verschiedene Gründe, warum gerade der Gesundheitssektor besonders häufig durch solche Pfadabhängigkeiten geprägt ist: Erstens entwickeln sich durch ein funktionierendes Gesundheitssystem positive Feedback-Effekte. Auch wenn ein

Gesundheitssystem nicht hundertprozentig optimal funktioniert, erfüllt es doch seine Versicherungsfunktion für den größten Teil der Bevölkerung. Die tatsächlichen oder potenziellen Leistungsempfänger stehen deshalb hinter dem System und lehnen jegliche Art von Kürzungen oder Änderungen mit ungewissem Ergebnis ab. Zweitens sind Gesundheitssysteme eng verflochtene und komplexe Systeme verschiedener Akteursgruppen. Das Verhältnis von Ärzteschaft, Pflegekräften, der pharmazeutischen Industrie, Patienten, Krankenhausbetreibern etc. unterliegt einer Vielzahl von Regulierungen, die im Laufe der Zeit sogenannte Lock-in-Effekte entwickeln: Jede Abkehr vom bestehenden System würde immer kostspieliger, was das einmal vorhandene System festigt. Dazu kommt drittens, dass die meisten Akteure innerhalb des Gesundheitssystems oft sehr gut in Interessengruppen organisiert sind und die eigene Position verteidigen. All diese Gründe tragen dazu bei, dass es einfacher ist, den Status quo zu erhalten oder nur marginale Reformen durchzusetzen, statt fundamentale Veränderungen zu vereinbaren. Für unsere Untersuchung vermuten wir daher, dass ein hoher öffentlicher Anteil in der Vergangenheit Grund für einen hohen öffentlichen Anteil in der Gegenwart sein könnte.

Neben den positiven Feedback-Effekten und den Lock-in-Effekten, die den Status quo unterstützen, vermuten wir auch gegenläufige Tendenzen: Zum einen bewegen sich einige Länder bereits auf einem sehr hohen Niveau. Zum anderen verursachen die Alterung der Bevölkerung und die stetig steigenden Behandlungskosten einen anhaltenden Kostendruck. Hier würde man vermuten, dass vor allem Länder mit einem bereits hohen Anteil unter Druck stehen, ihre öffentlichen Anteile zurückzufahren.

Bei der Untersuchung der historischen Variation der öffentlichen Gesundheitsversorgung zwischen 1960 und 2010 testeten wir klassische Erklärungsansätze zur Entwicklung von wohlfahrtstaatlichen Programmen: Wir untersuchten, inwiefern sich die Entwicklung der öffentlichen Gesundheitsversorgung durch politische Ressourcen – also etwa die Stärke der konservativen und sozialdemokratischen Parteien oder der Gewerkschaften – erklären lässt. Darüber hinaus testeten wir Theorien, die die Entwicklung solcher Programme erklären können: politische Rahmenbedingungen (staatliche Strukturen, Wahlbeteiligung), ökonomische Faktoren (Bruttoinlandsprodukt, Inflation, Handelsoffenheit, Grad der Deindustrialisierung, Arbeitslosenquote) und demografische Faktoren (Anteil der Bevölkerung älter als 64 Jahre, Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen, Wanderungssaldo). Um eventuelle Pfadabhängigkeiten zu berücksichtigen, nehmen wir eine weitere Variable in den Blick: den Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben an den Gesamtgesundheitsausgaben im Jahr 1960.

Unsere Untersuchungen zeigen, dass dieser Wert die stärkste Erklärungsleistung bietet. Je höher der Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben an den Gesundheitsausgaben eines Landes im Jahr 1960 war, desto höher bleibt der öffentliche Anteil auch in den folgenden Jahren. Den zweitstärksten Einfluss hat die Anzahl der Vetopunkte in einem politischen System. Vetopunkte sind Institutionen im politischen Prozess, die es der Opposition erlauben, ein Veto gegen Gesetzesänderungen einzulegen. Vetopunkte beschreiben also, wie einfach oder wie schwer es ist, bestehende politische Verhältnisse zu verändern: je mehr Vetopunkte, desto weniger politische Veränderungen. Länder mit vielen Vetopunkten sind beispielsweise die Schweiz oder die USA, Länder mit wenigen Vetopunkten Großbritannien oder Norwegen. In unserer Untersuchung zeigt sich, dass der öffentliche Anteil an den Gesundheitsausgaben umso geringer ist, je mehr Vetopunkte die politische Struktur eines Landes aufweist. Andere signifikante Erklärungsvariablen sind der Anteil der älteren Bevölkerung und die Wahlbeteiligung.

Länder mit einem hohen Bevölkerungsanteil über 64 weisen auch eine anteilig höhere öffentliche Gesundheitsversorgung auf, ebenso Länder mit einer höheren Wahlbeteiligung. Bei parteipolitischen Variablen hingegen lässt sich kein eindeutiges Bild erkennen: Sowohl sozialdemokratische als auch konservative Parteien haben einen negativen Einfluss (wobei die Variable für die Stärke der sozialdemokratischen Parteien nicht signifikant ist). Damit bestätigt unser quantitatives Modell vorangegangene Einzelstudien, die finden, dass sich die

Ausgestaltung von Gesundheitssystemen nicht durch parteipolitische Konflikte erklären lässt. Stattdessen sind es vor allem Pfadabhängigkeiten, die die Entwicklung von Gesundheitssystemen bestimmen.

Wir haben auch untersucht, was der Mechanismus sein könnte, durch den Pfadabhängigkeit wirkt. Dazu benutzten wir Daten des International Social Survey Programme (ISSP) und nahmen individuelle Einstellungen zu öffentlichen Gesundheitsausgaben des eigenen Landes unter die Lupe. Wir können zeigen, dass der 1960er-Anteil eine größere Erklärungsleistung für die persönliche Einstellung zu öffentlichen Gesundheitsausgaben hat als individuelle Eigenschaften. Während üblicherweise das Geschlecht (weiblich) und die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst die Merkmale sind, die mit der höchsten Wahrscheinlichkeit vorhersagen, ob eine Person gegen Ausgabenkürzungen stimmt, zeigt unsere Untersuchung, dass der 1960er-Anteil eines Landes einen noch stärkeren positiven Einfluss hat: Ein größerer Anteil im Jahr 1960 geht mit einer größeren Ablehnung von Kürzungen der öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen einher.

Was bedeutet es, dass der jeweilige Stand des Jahres 1960 eine solch starke prägende Wirkung hat? Offensichtlich haben im Bereich der Gesundheit einmal getroffene Entscheidungen einen erheblichen Einfluss auf nachfolgende Prozesse. Bestimmte wohlfahrtsstaatliche Politiken lassen sich also nur im Kontext der Vergangenheit erklären. Das bedeutet auch, dass aktuelle Herausforderungen wie die Alterung der Bevölkerung oder steigende Kosten sich nur innerhalb eines bestimmten Spielraums lösen lassen – eines Spielraums, der durch Politiken der Vergangenheit entstanden ist. Diese früheren Festlegungen bestimmen den Rahmen für politische Ideen, Strategien von Interessengruppen und die öffentliche Meinung – und damit auch die zukünftige Entwicklung. Als zentraler Bestandteil moderner Gesellschaften unterliegen Gesundheitssysteme zu großen Teilen ähnlichen Kräften wie die Gesellschaft als ganze. Darüber hinaus aber haben Gesundheitssysteme eigene Dynamiken. Ihre Entwicklung wird in besonderem Maß von Pfadabhängigkeit bestimmt, also von der Politik vorangegangener Generationen.

Literatur

Brady, David/Marquardt, Susanne/Gauchat, Gordon/Reynolds, Megan M.: „Path Dependency and the Politics of Socialized Healthcare". In: Journal of Health Politics, Policy and Law, 2016, Vol. 41, pp. 355–392.

Susanne Marquardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik. Sie beschäftigt sich unter anderem mit dem Verhältnis von privater und öffentlicher Krankenversicherung in OECD-Ländern und den langfristigen Auswirkungen steigender Wohneigentumsquoten auf den Wohlfahrtsstaat.

susanne.marquardt@wzb.eu

Summary: Which health-related, social and material consequences follow from the loss of a partner? The panel data for the current study is based on the "Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe." Those who lose their partner more frequently show symptoms of depression and a decrease in life quality. In particulars, women see a reduction in their material wellbeing.

Kurz gefasst: Welche gesundheitlichen, sozialen und materiellen Folgen hat ein Partnerverlust? Die Grundlage der Studie bildet eine repräsentative europaweite Längsschnittstudie: „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe". Wer den Partner verloren hat, zeigt vermehrte Depressionssymptome und einen Rückgang in der Lebensqualität. Insbesondere Frauen erleben eine Verschlechterung ihrer materiellen Situation.

Partnerverlust und seine Folgen
Wie Trauer die Gesundheit und das Wohlbefinden beeinträchtigt

Maja Adena

Der Verlust des Ehe- oder Lebenspartners gehört zu den einschneidenden Krisen des menschlichen Lebens. Die vielfältigen Folgen für die Zugehörigen können von individueller Trauerverarbeitung über gesundheitliche und ökonomische bis hin zu sozialen Problemen reichen. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen stets einen deutlichen negativen Zusammenhang zwischen Partnerverlust und der psychischen sowie physischen Gesundheit und nicht zuletzt der Sterblichkeit.

Warum gibt es diesen negativen Einfluss? Die potenziellen Gründe sind eine Kombination unterschiedlicher Aspekte.

Zunächst die Trauer. Die negativen Emotionen können sehr beherrschend sein. Je nach persönlicher Situation und Kultur dauert die Trauerphase länger oder kürzer. Trauer ist intensiver Stress, und der Link zwischen Stress und Gesundheit ist schon lange belegt. Ein anderer Faktor ist die Notwendigkeit, sich an eine neue Situation anzupassen, in der auf einmal der Partner oder die Partnerin fehlt. Da wir immer im sozialen Kontext existieren, müssen wir uns neu definieren, wenn sich der Kontext ändert. Das braucht Zeit.

Wer den Partner verliert, erfährt häufig eine Veränderung im verfügbaren Einkommen und Vermögen. Das Einkommen des Verstorbenen entfällt, es wird gegebenenfalls durch entsprechende staatliche oder private Zahlungen in Teilen ersetzt, und Teile des Vermögens werden möglicherweise vererbt. Darüber hinaus entfallen gewisse Kosten- und Zeitersparnisse eines größeren Haushalts, etwa bei Ernährung, Raumnutzung oder Heizung.

Es sind weitere Vorteile der Partnerschaft, die wegfallen. Es kann ein Gegenüber fehlen, das an einen gesunden Lebensstil erinnert oder daran, einen Termin beim Arzt zu vereinbaren. Auch bei einem Unfall oder plötzlicher Erkrankung kann jetzt die schnelle Unterstützung fehlen.

Nicht selten geht dem Tod des Partners eine lange Krankheitsphase voraus. Bereits die Zeit der Pflege des Zugehörigen kann zu eigener Vernachlässigung, Erschöpfung und psychischer Belastung führen. Es kann auch sein, dass die pflegende Person in dieser Zeit alle Kräfte zusammennimmt, um dieser Aufgabe nachzukommen, was später in einer umso größeren Erschöpfung resultieren kann. Bei einer schweren vorangehenden Erkrankung kann auch die Vorahnung des Verlusts bereits vor dem Tod des Partners die psychische und vielleicht sogar die physische Gesundheit negativ beeinflussen.

In einem aktuellem Projekt untersuche ich zusammen mit Michał Myck und Monika Oczkowska (beide vom Centre for Economic Analysis, Szczecin, Polen) Folgen des Partnerverlusts in Bezug auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die materielle Situation bei der Generation 50+ in verschiedenen Ländern Europas. Die Grundlage bildet eine repräsentative europaweite Umfrage: „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe" (SHARE). Die Wiederholungsbefragung fand seit 2006 etwa alle zwei Jahre statt. Bis jetzt sind Daten von fünf Erhebungswellen verfügbar, bald folgt die sechste. Für die Analyse werden Personen einbezogen, die an mindestens zwei Wellen teilgenommen haben. Davon werden zwei Beobachtungszeitpunkte verwendet unter der Voraussetzung, dass die Personen in der früheren Welle zusammen mit einem Partner in einem Haushalt lebten und in der späteren Welle entweder mit dem gleichen Partner lebten oder in der Zwischenzeit den Partner verloren haben. Die Informationen über den Tod des Partners (Zeitpunkt, Ursache, Gesundheit und Pflege im letzten Jahr etc.) wurden in einem gesonderten Interview mit einem Familienmitglied des Verstorbenen oder einer anderen nahestehenden Person erhoben.

Maja Adena ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ökonomik des Wandels. Sie forscht zum Einfluss der Medien auf Wahlverhalten, Radikalisierung und Widerstand. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Armuts- und Ungleichheitsforschung mit ihren Ursachen und Folgen. Außerdem untersucht sie Spendenverhalten. *[Foto: David Ausserhofer]*

maja.adena@wzb.eu

Es ließen sich über 2.500 Paare identifizieren, die einen Partnerverlust erlebt haben und für die SHARE ausreichend Informationen liefert. Sie kommen aus 15 europäischen Ländern (der Schweiz und den Niederlanden, Schweden, Dänemark, Deutschland, Slowenien, Österreich, Belgien, der Tschechischen Republik, Frankreich, Italien, Polen, Griechenland, Spanien, Estland) und Israel. Da der Partnerverlust in vielen Fällen kein unerwarteter Schock ist und die damit verbundene zeitliche Eingrenzung der Auswirkungen unklar bleibt, ist die Untersuchung der Folgen komplex. Deswegen haben wir angestrebt, auch den Entwicklungsverlauf zu untersuchen. Für den Zweck der Studie verfolgen wir unter anderem folgende Strategie: Für jede Person, die zwischen zwei Erhebungswellen den Partner verloren hat, suchen wir einen „statistischen Zwilling" unter denjenigen, die zu beiden Beobachtungszeitpunkten mit demselben (Ehe-)Partner in einem Haushalt lebten. Jedes „statistische Zwillingspaar" ist jeweils exakt gleich bezüglich der Merkmale Altersgruppe, Geschlecht, Land und Bildungskategorie sowie möglichst ähnlich bezüglich anderer Charakteristika. Zuletzt wird angestrebt, die gleichen Beobachtungszeitpunkte heranzuziehen.

Die meisten bisherigen Studien haben die Unterschiede zwischen der Gruppe der Verwitweten und der Vergleichsgruppe nicht ausreichend berücksichtigt. Werden die zu untersuchenden Ergebnisvariablen zwischen den Gruppen lediglich in der Postperiode verglichen, so können die Unterschiede aufgrund unbeobachteter Charakteristika sehr wahrscheinlich überschätzt werden. Ein Vergleich des Davor und des Danach kann dagegen zur Unterschätzung der Folgen des Partnerverlusts führen, falls die bereits erwähnte Vorahnung beziehungsweise Erschöpfung durch Pflegezeit eine Rolle spielen. Die SHARE-Daten erlauben es einerseits, viele relevante Informationen einzubeziehen, wie zum Beispiel die sozialen Netzwerke, die Beziehungsgeschichte und Gesundheitsaspekte aus der Kindheit. Damit können möglichst viele für die spätere Gesundheit relevante Faktoren berücksichtigt werden. Andererseits behalten wir ein spezielles Augenmerk auf die Folgen im Zeitverlauf. Die Folgen des Partnerverlusts analysieren wir insbesondere in Bezug auf die psychische Gesundheit, die Lebensqualität und das materielle Wohlbefinden.

Die Trauer äußert sich mit Symptomen, die auch für Depression typisch sind. Diese sind in der ersten Zeit nach dem Verlust normal. Manchmal aber dauert die Trauer lange und ist sehr beherrschend. Je nach Kultur, persönlicher Situation, Todesumständen und medizinischer Definition ist der Übergang zwischen der Trauer und der Depression unterschiedlich. Für die Zwecke unserer Untersuchung benutzen wir ein binäres Maß für Depression, das auf der so genannten EURO-D-Skala basiert. Dieses Maß wird aus den Antworten auf zwölf Fragen gebildet, die unter anderem Schlafstörungen, Appetitverlust, Energielosigkeit, Konzentrationsstörungen und Schuldgefühle umfassen. Eine Person wird als depressiv eingestuft, wenn vier oder mehr Symptome zutreffen.

Verglichen mit der Zeit vor dem Todesfall nimmt die Zahl derer, die vier oder mehr Depressionssymptome haben, im ersten Trauerjahr stark zu. Allerdings ist

zu betonen, dass diese Symptome zur Trauer gehören und nicht sofort mit Krankheit gleichzusetzen sind. Je nach Kultur und persönlicher Situation kann der Trauerzustand länger oder kürzer andauern. Dennoch lassen sich unter denjenigen, die an der wiederholten Erhebung im Zeitraum zwischen einem und fünf Jahren nach dem Tod des Partners teilgenommen haben, immer noch öfter Depressionssymptome als bei den gleichen Personen in der letzten Erhebung vor dem Partnerverlust beobachten.

Der zeitliche Trend, relativ zur Vergleichsgruppe, zeigt eine kleine Erhöhung der Depressionswahrscheinlichkeit bereits kurz vor dem Verlust, einen starken Anstieg nach dem Verlust und langsames Zurückkehren auf das Niveau der Vergleichsgruppe im Zeitraum von etwa fünf Jahren.

Wie beeinflusst der Partnerverlust die Lebensqualität? Die Kurzversion von CASP-19 erfasst vier Bereiche der individuellen Bedürfnisse, die vor allem im höheren Alter relevant sind: Kontrolle, Autonomie, Selbstverwirklichung und Freude und werden oft als Indikatoren für Lebensqualität herangezogen. Der zeitliche Trend deutet relativ zur Vergleichsgruppe eine deutliche Verschlechterung der Lebensqualität nicht erst um den Zeitpunkt des Verlusts herum, sondern schon in den drei Jahren zuvor und ebenso in den drei Jahren danach an.

Da ihre Erwerbsquoten und ihre Gehälter im Durchschnitt unter denen der Männer liegen, bekommen Frauen später oft niedrigere Rentenzahlungen. Da aber Frauen eine höhere Lebenserwartung haben und dazu oft die Jüngeren in der Partnerschaft sind, erleben sie ungefähr dreimal so oft den Partnerverlust wie Männer. Deshalb kann der Wegfall des Partnereinkommens, wird er durch eine Witwenrente oder andere Zahlungen nicht entsprechend aufgefangen, zu einer Verschlechterung der materiellen Situation führen. Während wir in der Vergleichsgruppe, die keinen Verlust erlitten hat, einen leicht positiven Trend im subjektiven materiellen Wohlbefinden beobachten, erklären die Frauen, die ihren Partner verloren haben, eine deutliche Verschlechterung. Diesen Effekt beobachten wir dagegen bei Männern nicht. Im Durchschnitt geben die Männer an, dass es ihnen finanziell besser geht im Vergleich zu ihrer Aussage vor dem Partnerverlust.

Den Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit habe ich bereits 2013 in einem Artikel in *Social Science & Medicine* gemeinsam mit Michał Myck analysiert. Gleichfalls auf der Basis von SHARE-Daten haben wir gezeigt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheitsverschlechterung bei älteren Menschen gibt. Gesundheitliche Rückschläge sind besonders wahrscheinlich in der Gruppe, die vier Jahre zuvor angab, finanziell nicht gut über die Runden zu kommen. In der vorliegenden Studie sehen wir, dass die subjektive Armutsempfindung bei Frauen nach dem Partnerverlust massiv zunimmt. Eine ähnliche Rolle für die Veränderungen der Gesundheit der über 50-Jährigen spielt die relative Position auf der Vermögensskala. In der vorangegangenen Studie haben wir gezeigt, dass das aktuelle Einkommen eine geringere Rolle für die gesundheitlichen Veränderungen spielt. Eine mögliche Erklärung ist, dass die finanziellen Bedürfnisse im Alter sehr unterschiedlich sind und von Faktoren wie Wohneigentum, chronischen Krankheiten, regionalen Unterschieden im Preisniveau, Unterstützung aus der Familie etc. abhängen. Der indirekte Weg vom Partnerverlust über die Verschlechterung der finanziellen Situation bis hin zu gesundheitlichen Rückschlägen könnte auch eine mögliche Erklärung für die oft lang andauernden Folgen des Partnerverlusts sein.

Des Weiteren haben wir in der vorhergehenden Studie gezeigt, dass gesunde Individuen mit finanziellen Schwierigkeiten, im Vergleich zu solchen ohne finanzielle Schwierigkeiten, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, früher zu sterben.

Es scheint so, als ob einige Paare auch über den Tod hinaus unzertrennlich wären. Die erhöhte Sterblichkeit des Partners nach dem Tod einer geliebten Person wurde in vielen Studien bestätigt. Felix Elwert hat zusammen mit Nicholas A. Christakis in einer Veröffentlichung aus dem Jahre 2006 anhand der amtlichen amerikanischen Medicare-Daten eine höhere Sterbewahrscheinlichkeit für

Menschen geschätzt, die den Partnerverlust erlebten. Diese beziffern die Autoren auf 17 Prozent höher für Witwer und 15 Prozent höher für Witwen. Sie finden auch große Unterschiede je nach ethnischer Zugehörigkeit der Paare: Weiße sind stärker betroffen als Schwarze.

Der Verlust des Partners wirkt sich auf viele Lebensbereiche aus und kann massive Beeinträchtigungen mit sich bringen: vermehrte Depressionssymptome, Reduktion der Lebensqualität und Verschlechterung der finanziellen Situation. Viele Menschen kehren nach einiger Zeit zum „normalen" Niveau zurück. Die dafür benötigte Zeit ist allerdings deutlich länger als das, was die amerikanische psychiatrische Vereinigung seit 2013 dem Trauernden zugesteht, bevor sie die Symptome als Krankheit definiert. Dem Trauernden kann bereits nach zwei Wochen mit Symptomen wie Niedergeschlagenheit, Appetitverlust, Gewichtsabnahme, Antriebslosigkeit, sozialem Rückzug und Schlafstörungen eine psychische Störung diagnostiziert werden. In den 1980er Jahren war dies noch ein Jahr, vom Jahr 2000 an zunächst zwei Monate. Wie der zeitliche Verlauf ist, scheint vom individuellen Erleben abhängig zu sein. Es zeigt sich anders für unerwartete Todesfälle als für Fälle, denen lange Krankheit und Pflegezeit vorausgehen. Auch Trauerkultur und soziales Umfeld spielen eine wichtige Rolle.

Literatur

Adena, Maja/Myck, Michał: „Poverty and Transitions in Health in Later Life". In: Social Science & Medicine, 2014, Vol. 116, pp. 202–210.

Elwert, Felix/Christakis, Nicholas A.: „Widowhood and Race". In: American Sociological Review, 2006, Vol. 71, No. 1, pp. 16–41.

Pflegebedürftig, aber selbstbestimmt
Wie Klienten ambulanter Pflegedienste ihre Autonomie bewahren

Lydia–Maria Ouart

Summary: Since the introduction of a long-term care insurance policy in Germany, elderly people who need help have been better able to afford services provided by professional care suppliers. When they interact with care workers, clients use different strategies to remain in control over their everyday life and the care situation. However, ample amounts of time are necessary to ensure that clients and providers can agree on appropriate care arrangements.

Kurz gefasst: Seit der Einführung der Pflegeversicherung können sich viele Menschen in Deutschland, die im Alter auf Unterstützung angewiesen sind, die Dienste von professionellen Pflegeanbietern leisten. In der Begegnung mit den Mitarbeiterinnen der Pflegedienste wenden die Klienten verschiedene Strategien an, um trotz Pflegebedürftigkeit selbstbestimmt über die Gestaltung ihres Alltags und der Pflegesituation entscheiden zu können. Für eine gelungene Aushandlung der pflegerischen Versorgung muss allerdings ausreichend Zeit zur Verfügung stehen.

Die Vorstellung, im Alter auf die Unterstützung anderer angewiesen zu sein, ist für viele Menschen beängstigend. Der eine schämt sich, dass er es nicht mehr schafft, sich selbstständig zu versorgen; die andere fürchtet, den Helfenden mit ihren Wünschen zur Last zu fallen. Ich habe in den Jahren 2009 bis 2011 Mitarbeiterinnen von zwei Berliner ambulanten Pflegediensten bei ihren Einsätzen begleitet. Und ihre Interaktion mit den Pflegebedürftigen beobachtet. Daneben habe ich Gespräche mit den Klienten und Klientinnen geführt. Zur Interpretation des Forschungsmaterials habe ich sozialanthropologische Theorien herangezogen. Die qualitative Analyse bietet kein repräsentatives Abbild aller Pflegesituationen in Deutschland. Vielmehr schlage ich eine mögliche Deutung der beobachteten Verhaltensweisen und der Interview-Aussagen pflegebedürftiger Menschen vor. Mich interessiert, was die Pflegebedürftigen tun, damit nicht Abhängigkeit, sondern Autonomie die Beziehungen zu den Pflegenden prägt.

Bis zur Einführung der Sozialversicherungen Ende des 19. Jahrhunderts war Altenpflege in Deutschland Sache der Familie oder wohltätiger Einrichtungen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts setzte sich die Auffassung durch, dass all jene, die Pflege benötigen, ein Anrecht auf Leistungen des Solidarsystems haben. Ein Meilenstein in dieser Entwicklung war die Mitte der 1990er Jahre eingeführte Pflegeversicherung, die die finanzielle Unterstützung für hilfebedürftige Menschen enorm erweiterte. Zuvor war es nur wenigen Menschen möglich, häusliche Hilfe privat zu beauftragen und zu bezahlen. Sobald der Unterstützungsbedarf ein solches Ausmaß annahm, dass jemand den Alltag auf Dauer nicht mehr allein bewältigen konnte und wenn Angehörige oder andere Personen die Pflege nicht leisten konnten, blieb nur der Umzug in ein Pflegeheim. Aufgrund der hohen Kosten für den Heimaufenthalt waren viele Menschen dabei auf Sozialhilfe angewiesen.

Durch die finanziellen Leistungen der Pflegeversicherung können es sich heute viel mehr Menschen leisten, professionelle Pflege in der eigenen Wohnung zu bezahlen. Die Anzahl ambulanter Pflegedienste stieg Mitte der 1990er Jahre sprunghaft an. Während 1992 in ganz Deutschland nur rund 4.000 Sozialstationen häusliche Pflege leisteten, waren es im Jahr 1997 schon 11.700. Heute gibt es in Deutschland etwa 12.700 ambulante Pflegedienste. Insbesondere in größeren Städten bieten viele Anbieter eine umfassende pflegerische Versorgung an. Auch wer keine Familie hat oder besonders viel Unterstützung benötigt, kann nun in der eigenen Wohnung bleiben.

Auch der Charakter der ambulanten Hilfe hat sich seit der Einführung der Pflegeversicherung gewandelt. Von der Entstehung erster Pflegeorden im Mittelalter bis in die 1990er Jahre beschäftigten fast ausschließlich konfessionelle und andere gemeinnützige Träger Gemeindepflegerinnen oder Fürsorgerinnen, die Menschen im Krankheitsfall zu Hause versorgten oder ihnen für eine begrenzte Zeit bei häuslichen Tätigkeiten halfen. Heute dagegen wird Pflege als Dienstleistung von wirtschaftlich eigenständigen Unternehmen angeboten. Kunden können wählen, welche Leistungen sie wann in Anspruch nehmen wollen, und bezahlen dafür. Häusliche Pflege ist kein wohltätiger Dienst mehr, sondern eine auf dem Markt angebotene Dienstleistung.

Ein Pflegedienst wird immer dann gebucht, wenn jemand es nicht mehr schafft, bestimmte notwendige Aufgaben der täglichen Lebensführung selbst auszuführen. Vertraglich wird dann festgelegt, dass der Pflegedienst zum Beispiel die Wohnung putzen oder die Mahlzeiten zubereiten soll. Diese Leistungen werden gebucht und bezahlt. Bei der Begleitung von Pflegeeinsätzen fiel jedoch auf, dass Pflegeempfänger manchmal Aufgaben, für die sie den Pflegedienst bezahlen, selbst erledigten. Ist daraus zu schließen, dass die Pflegekräfte ihren Aufgaben nicht ordnungsgemäß nachkommen und die Klienten um ihre gebuchten – und bezahlten – Leistungen bringen? Den interviewten Klientinnen zufolge ist das nicht der Fall. Aus ihren Schilderungen geht hervor, dass sie selbst diejenigen sind, die entscheiden, was genau die Pflegekräfte erledigen sollen und an welchen Stellen sie auf weitere Forderungen verzichten. Beispielsweise schildert eine ältere Dame, dass sie den Mitarbeiterinnen des Pflegedienstes beim Wohnungsputz freie Hand lässt und absichtlich nicht kontrolliert, ob sie jede Ecke gründlich reinigen. Sie kommentiert: „Dann kann ich mir keinen [Pflegedienst] nehmen. Dann muss ich's alleine machen. Klar, wenn ich denn mal denke, och Mensch, das sieht aber nicht so gut aus, na, dann mach ich's alleine. Dann krieche ich eben hin auf der Erde (lacht) und versuche wieder hochzukommen." Obwohl ihr das Hinknien Schwierigkeiten bereitet, würde sie eher selbst putzen, als die Pflegerinnen noch stärker in die Pflicht zu nehmen.

Eine andere Klientin sagt, man müsse „alles Menschenmögliche" tun, um den Pflegenden die Arbeit zu erleichtern. Denkbar wäre, dass diese Klientinnen eine für sie ungünstige Situation nur nachträglich positiv beschreiben, weil sie sich nicht trauen, dem Pflegedienst gegenüber selbstbewusst aufzutreten. Aber beide erzählen, dass sie schon Pflegekräfte abgelehnt oder sich beim Pflegedienst über Unstimmigkeiten beschwert haben. Wenn sie auf Leistungen verzichten, mit den Pflegekräften nachsichtig sind und bezahlte Aufgaben doch selbst ausführen, so ist das also eine bewusste Entscheidung der Klientinnen.

Eine weitere auffällige Beobachtung bei den Pflegeeinsätzen war, dass viele Klienten den Pflegekräften Süßigkeiten schenkten oder sie zum Kaffee einluden. In manchen Konstellationen gehörte die gemeinsame Kaffeepause zur täglichen Routine. Interessanterweise tauschen Pflegekräfte und Pflegebedürftige dabei für einen kurzen Moment die Rollen. Oft stellten Klientinnen die Tasse mit einem Kommentar auf den Tisch wie „Jetzt setzen Sie sich erst mal hin und machen Pause!" Oder sie erklärten der anwesenden Forscherin, die Pflegerin sei immer so gestresst und könne hier endlich einmal durchatmen. Indem sie den Pflegenden eine Pause nahelegen und sie mit Kaffee versorgen, leisten die Klienten selbst Fürsorge. Die Einladung zum Kaffee oder (seltener) zum Kuchenessen kam aber bei Weitem nicht in jeder Pflegesituation vor. Vielmehr haben die meisten Klienten Lieblingspflegekräfte, denen sie solche Aufmerksamkeiten zukommen lassen. Für diese Sympathie geben sie unterschiedliche Gründe an, etwa gemeinsame Interessen oder Wertschätzung für die sorgfältige Arbeit einzelner Mitarbeiterinnen. Einige der rein ökonomischen Beziehungen zwischen Leistungserbringer und Leistungsempfänger werden also um persönliche Elemente angereichert und durch Zuwendungen als besonders markiert.

Doch auch wenn viele Pflegebeziehungen um persönliche Elemente bereichert wurden, schienen sie sich fast nie auf die private Ebene auszuweiten. Nur in ganz seltenen Fällen kam es vor, dass Klienten und Pflegekräfte sich duzten, und außer der oben beschriebenen Kaffeepause schien es fast nie persönliche Kontakte zwischen ihnen zu geben. Pflegende erzählten oft, dass sie im Laufe ihres Berufslebens gelernt hätten, zu enge Beziehungen zu vermeiden, weil die emotionale Belastung und der Arbeitsaufwand sonst zu groß würden. Aber nicht nur die Pflegekräfte achteten auf die klare Trennung zwischen privater und professioneller Sphäre. Auch die Klienten waren auf Distanz bedacht. In dem Bewusstsein, dass es notwendig sein kann, die Arbeit der Pflegekräfte zu kritisieren oder Auseinandersetzungen über die getroffenen Absprachen zu führen, vermieden viele eine zu große Nähe. Eine Klientin antwortete auf die Interviewfrage, was ihr im Umgang mit dem Pflegepersonal wichtig sei: „Ich bin nicht fürs Duzen. [...] Das hab ich mal irgendwo gelesen: ‚Sie Trottel' hört sich besser an als ‚Du Trottel'. (lacht) Das fand ich gut. Ja, ein bisschen Distanz!" Die meisten Klienten betonten, dass ihnen ein gewisses Maß an Sympathie zur Pflegeperson wichtig sei.

Lydia-Maria Ouart ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe Arbeit und Fürsorge. Sie untersucht in ihrem Dissertationsprojekt, wie Erbringer und Empfänger von Pflege mit den ökonomischen Aspekten der Pflegesituation umgehen.
[Foto: David Ausserhofer]

lydia-maria.ouart@wzb.eu

Persönliche Elemente in der Beziehung zwischen Pflegekräften und Pflegebedürftigen scheinen also dazu beizutragen, dass die Pflege als gut empfunden wird. Aber die Klienten entscheiden bewusst, wie nah sie welche Pflegekräfte an sich heranlassen und wo sie die Grenze zu ihrem Privatleben ziehen.

Alle drei beobachteten Verhaltensweisen der Klienten – sich an den Pflegeaufgaben beteiligen, die Pflegekräfte umsorgen, Distanz bewahren – können als Strategien interpretiert werden, sich als selbstbestimmte Akteure zu positionieren. Die Klienten entscheiden bewusst, wie sie sich verhalten und wie sie mit der Pflegesituation und dem Pflegepersonal umgehen. Pflegebedürftige können sich also selbstbestimmt in die Beziehung zu den Pflegekräften einbringen. Eine Voraussetzung ist dafür allerdings unerlässlich: ausreichend Zeit. Zeit, um herauszufinden, mit welchen Pflegekräften man sich gut versteht, Zeit, um über Bedürfnisse und Wünsche zu sprechen, Zeit, um auch einmal gemeinsam einen Kaffee zu trinken. Das ist umso wichtiger, als sich die gesundheitliche Situation von pflegebedürftigen Menschen immer wieder ändert und die notwendigen Unterstützungsleistungen daher ständig angepasst werden müssen. Die Realität in der ambulanten Pflege sieht allerdings anders aus: Aufgrund von Personalengpässen und knappen finanziellen Mitteln ist der Zeitdruck heute fast überall sehr hoch. Ein großes Arbeitspensum muss bewältigt werden, die Pflegekräfte haben oft keine Ruhe für ausführliche Gespräche. Meine Beobachtungen zeigen deutlich den Handlungsbedarf, der hier besteht: Damit Menschen, die pflegebedürftig sind, wirklich selbstbestimmt über die Gestaltung ihres Alltags entscheiden können, muss Zeit für eine umsichtige, ruhige pflegerische Versorgung sein.

Literatur

Ouart, Lydia–Maria: „Patienten, Kunden, Auftraggeber? Die Rolle älterer Menschen mit Pflegebedürftigkeit gegenüber ambulanten Pflegediensten". In: Harm–Peer Zimmermann/Andreas Kruse/Thomas Rentsch (Hrsg.): Kulturen des Alterns. Plädoyer für ein gutes Leben bis ins hohe Alter. Frankfurt a. M./New York, NY: Campus 2016, S. 159–170.

Barrieren des Habitus Ecuadorianische Ärzte auf dem chilenischen Gesundheits-Arbeitsmarkt

Ilana Nussbaum Bitran

Summary: The Chilean health and education system protects and monopolizes the best labor market position for native physicians. Ecuadorian doctors migrate to Chile in order to find better work possibilities but are confronted not only with legal issues, but with effective subtle social barriers that deny them access to better jobs because they don't share the expected upper-class habitus. Only few Ecuadorian professionals who come from upper class families are able to overcome this situation.

Kurz gefasst: Das von großer Ungleichheit geprägte chilenische Gesundheitswesen schützt und monopolisiert die besten Stellen für einheimische Ärzte. Ecuadorianische Ärzte wandern auf der Suche nach besseren Arbeitsmöglichkeiten nach Chile aus, sind aber nicht nur mit rechtlichen Hürden konfrontiert, sondern auch mit wirksamen sozialen Barrieren, die ihnen den Zugang zu besseren Jobs verwehren, weil sie nicht den erwarteten Habitus mitbringen. Nur wenigen ecuadorianischen Fachkräften, die aus Oberschichtfamilien kommen, gelingt es, dieses Problem zu überwinden.

Die Migration von Fachkräften macht einen wichtigen Teil der weltweiten Migrationsströme aus. 2013 waren etwa 30 Prozent aller Einwanderer in die OECD-Staaten hoch qualifiziert; die Tendenz ist steigend. Fachkräftemigration im Gesundheitswesen gilt normalerweise als eine gute Strategie, um einem Fachkräftemangel zu begegnen. Dies zeigte bereits die Einwanderung von Krankenschwestern und Krankenpflegern in Staaten wie den USA, Großbritannien, Australien und Neuseeland. Doch die Zuwanderung von Ärzten stößt oft auf Abwehr. Warum? Welche Rolle spielt in dieser Situation der soziale und rechtliche Kontext?

Um diese Frage zu beantworten, nutze ich Informationen aus 17 qualitativen Interviews, die ich mit ecuadorianischen Ärzten geführt habe. Sie sind in die chilenische Hauptstadt Santiago de Chile ausgewandert, um dort zu arbeiten. Es geht dabei um die Frage, wie die Integration der Gesprächspartner verlaufen ist. Thematisiert wurde dabei, wie Arbeitsmarktstrukturen und subtile soziale Diskriminierungen die Möglichkeit ärztlicher Berufsausübung beeinflussen oder sogar ganz unterbinden. Es hat sich in dem Berufsfeld offenbar ein Habitus entwickelt, der sich gefestigt hat und dauerhaft wirkt. Dies trifft nicht nur für das medizinische Berufsfeld in Chile zu, sondern ist ein weiter verbreitetes Phänomen.

Für Migranten aus Lateinamerika war Chile in den letzten Jahrzehnten sehr attraktiv. Nach 17 Jahren Diktatur (1973-1990) erlebte das Land eine Phase wirtschaftlicher Blüte, während viele andere Länder der Region politische und ökonomische Probleme hatten. Das galt vor allem für Staaten wie Ecuador, Kolumbien, Peru und Bolivien. Arbeitskräfte aus diesen Ländern suchten nach neuen Arbeitsmöglichkeiten, gezwungenermaßen auch im Ausland.

Die Zahl der erfassten Einwanderer in Chile ist verglichen mit Ländern wie Deutschland zwar immer noch niedrig, hat sich aber in den vergangenen 20 Jahren fast verdreifacht und macht inzwischen 2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Die meisten Migranten kommen aus anderen lateinamerikanischen Ländern, hauptsächlich aus Peru (30,5 Prozent), Argentinien (16,8 Prozent), Kolumbien (8,1 Prozent), Bolivien (7,4 Prozent) und Ecuador (4,8 Prozent), und ihr durchschnittlicher Bildungsstand ist viel höher als der der chilenischen Bevölkerung. Die Ecuadorianer sind eine der am besten ausgebildeten Einwanderergruppen: 38 Prozent von ihnen arbeiten im Gesundheitswesen als Fachkräfte, insbesondere als Ärzte und Zahnärzte.

Die chilenischen Einwanderungsgesetze sind alt und überholt. Das Ausländergesetz trat 1975 während der Diktatur in Kraft und zielte darauf ab, den Staat vor „Terroristen" und anderen unerwünschten Einwanderern zu schützen, während es gleichzeitig die eigenen Bürger an der Auswanderung hinderte. Andere wichtige rechtliche Rahmenbedingungen sind die „Andrés Bello"-Abkommen zwischen elf lateinamerikanischen Staaten und Spanien sowie die Verträge zur gegenseitigen Anerkennung von Berufstiteln mit Spanien und elf lateinamerikanischen Staaten, darunter Ecuador. Diese Verträge ermöglichen Ärzten aus den Vertragsstaaten, ohne rechtliche Hürden in Chile zu arbeiten. Die Abkommen erkennen keine medizinischen Spezialisierungen oder andere nach Abschluss des Studiums erworbene Aufbauqualifikationen an. Das „Einheitliche

nationale Medizin-Examen" (auf Spanisch EUNACOM, Kosten ca. 780 €) spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Es besteht aus einem schriftlichen und einem praktischen Teil und wurde bis 2009 nur von Personen abgelegt, die in Chile studiert hatten, ist aber seitdem für alle Ärzte obligatorisch, die im öffentlichen Gesundheitssektor des Landes arbeiten wollten – im Widerspruch zu den oben genannten Abkommen.

Das chilenische Gesundheitswesen zeichnet sich durch ein hohes Maß an Ungleichheit aus. Es ist unterteilt in einen privaten Sektor mit hohem Qualitäts- und Versorgungsstandard, aber restriktiven Preisen, und einen öffentlichen Sektor mit schlechten Versorgungsleistungen und mangelnden Ressourcen, aber bezahlbaren Preisen. Die Ärzte verteilen sich ungleichmäßig auf diese beiden Sektoren, vor allem aufgrund der Einkommensunterschiede: Im privaten Sektor können sie ein bis zu neunmal höheres Einkommen erzielen. Dies führt zu einem Ärztemangel im öffentlichen Sektor, vor allem in der gesundheitlichen Grundversorgung, wo die Gehälter am niedrigsten und Infrastruktur und Ausrüstung oft mangelhaft sind.

Diese Ungleichheit findet sich auch im Bildungssystem wieder. Bis in die 1980er Jahre konnte man nur an einigen öffentlichen Universitäten Medizin studieren, und diese Laufbahn war weitgehend auf die soziale Oberschicht beschränkt. Während der Militärdiktatur in den 1980er Jahren wurden viele private Universitäten gegründet und Studiengebühren eingeführt. Dies führte dazu, dass höhere Bildung ein Massenphänomen wurde. Die Qualität der Ausbildung wurde unterdessen aber vernachlässigt; die Auswahl der Studenten wurde dem Markt überlassen. Es gab zwar mehr Möglichkeiten, medizinische (und fast alle anderen) Fachrichtungen zu studieren, doch die hohen Kosten konnten sich nur privilegierte Studenten leisten. Das Medizinstudium dauert sieben Jahre; 2012 variierten die jährlichen Kosten je nach Universität zwischen 4.570 € und 8.240 €. In Ecuador ist die Situation anders: Öffentliche Universitäten sind unentgeltlich, Privatuniversitäten viel preiswerter als in Chile, sodass auch Studenten der Mittel- und Unterschicht studieren können.

Wenn ecuadorianische Ärzte in Chile den Arbeitsmarkt betreten, sind sie zunächst mit rechtlichen Rahmenbedingungen konfrontiert. Wer über eine medizinische Spezialisierung verfügt, muss einen langen, komplizierten und teuren Prozess durchlaufen, um diese anerkennen zu lassen. Nach vielen Jahren Papierkrieg geben viele auf und arbeiten weiter im Sektor der medizinischen Grundversorgung, wo sich ihnen aber ein weiteres Problem stellt. Die gesetzlichen Bestimmungen erlauben ihnen, im privaten Sektor zu arbeiten, ohne das EUNACOM zu absolvieren, nicht aber im öffentlichen Sektor. 2013 bestanden 91,75 Prozent der Ärzte, die im Ausland studiert hatten, das Examen nicht, während nur 11,29 Prozent derjenigen, die in Chile studiert hatten, durchfielen. Dabei herrscht in der medizinischen Grundversorgung ein enormer Ärztemangel, und jede Fachkraft ist mehr als willkommen. Das rechtliche Problem wird durch befristete Verträge umgangen, und wegen der fehlenden Kontrolle ist der Spielraum groß genug, um ecuadorianische Ärzte einzustellen, die das Examen nicht bestanden haben.

Warum gehen diese Ärzte dann nicht in den privaten Gesundheitssektor, wo das Examen kein Problem darstellt? Ecuadorianische Fachkräfte (und andere Fachkräfte aus Ländern der Südhalbkugel) haben im privaten Gesundheitssektor kaum eine Chance, weil dieser de facto einheimischen Ärzten vorbehalten bleibt. Im privaten Sektor sind bestimmte Formen des kulturellen Kapitals zwingend erforderlich, und es wird erwartet, dass Ärzte und Patienten den gleichen Oberschichtenhabitus teilen. Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt ist so hart, dass in privaten Kliniken praktisch nur chilenische Ärzte arbeiten, die aus der Oberschicht stammen. Die Art des Medizinstudiums in Chile und der Auswahlprozess durch hohe Studiengebühren führen dazu, dass der Status quo erhalten wird, indem Ärzten mit ausländischem Studienabschluss der Zutritt auf den Arbeitsmarkt verwehrt wird. Ecuadorianische Ärzte, die in Chile arbeiten, kommen meistens aus der Mittelklasse ihres Landes und entsprechen nicht den sozialen Erwartungen im privaten Gesundheitssektor. Auf diese Weise können chilenische Ärzte ihren Arbeitsmarkt praktisch monopolisieren und die besten

Stellen für sich selbst und ihre Nachfolger mit identischer sozialer Position und identischem Habitus sichern.

Nur einige wenige ecuadorianische Fachkräfte steigen im Arbeitsmarkt auf und erhalten Zugang zu besseren Positionen im privaten Sektor. Wie schaffen sie das? Meistens stammen sie aus der Oberschicht ihres Landes und kommen nach Chile, um ihr Studium fortzusetzen. Dies verschafft ihnen zwei Vorteile. Erstens teilen sie bereits viele Präferenzen und Verhaltensweisen mit der chilenischen Oberschicht und haben so leichteren Zugang zu den wirtschaftlich wohlhabenden Kreisen des Gastlandes; so können sie ihr soziales Kapital erhöhen. Gleichzeitig können sie sich die Studiengebühren für ein Spezialisierungsstudium in Chile leisten und erwerben so durch chilenische Qualifikationen institutionelles Kapital. Zudem ermöglicht ihnen das Studium in Chile den Kontakt zu einheimischen Studenten, mit denen sie gemeinsam studieren und von denen sie chilenische Sitten, Bräuche und selbst den chilenischen Akzent übernehmen. Nach Beendigung des Studiums sind einige von ihnen in der Lage, eine bessere Stelle im privaten Gesundheitssektor zu finden, andere bleiben jedoch im öffentlichen Gesundheitssektor. Selbst wenn sie wertvolles soziales und kulturelles Kapital erworben haben, sind sie noch mit subtilen Barrieren auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert – wegen ihrer äußeren Erscheinung, ihres Herkunftslandes oder jedes anderen Aspekts, der verrät, dass sie nicht dazugehören.

Zusammengefasst gibt es auf dem chilenischen Arbeitsmarkt im Gesundheitswesen zwei Arten von Barrieren. Erstens schaffen die rechtlichen Rahmenbedingungen Hürden, sind widersprüchlich hinsichtlich der Anerkennung einiger ausländischer Berufstitel und machen es seit 2009 mit der Einführung von EUNACOM, das dem Geist des „Andrés Bello"-Abkommen widerspricht, fast unmöglich, ein medizinisches Spezialisierungsstudium anerkannt zu bekommen. Dieses Examen gilt als Qualitätskontrolle, funktioniert in der Realität aber zugleich wie ein Auswahlmechanismus, bei dem spezifisches, im Land erworbenes Wissen anerkannt wird und die Prüfer sich in der Praxis manchmal sogar rassistisch und fremdenfeindlich verhalten. Zweitens existieren subtile Barrieren auf der Grundlage sozialer Kategorien von Diskriminierung nach sozialer Schicht und Ethnie.

Die hier präsentierte Arbeit konzentriert sich auf eine Gruppe hoch qualifizierter Migranten in Chile und lässt wichtige Fragen über die Signifikanz und Besonderheit des geografischen und sozialen Kontexts offen. Es wäre interessant zu wissen, in welchem Ausmaß die Strategien, die hoch qualifizierte lateinamerikanische Migranten in Chile entwickeln, auf den institutionellen Rahmen des Landes zurückzuführen sind oder ob sie als ein transnationaler Prozess auf der Grundlage der Arbeitsmarktstrukturen zu sehen sind. Länderübergreifende Vergleichsstudien, die sich über mehr als ein Berufsfeld erstrecken, könnten zu einem besseren Verständnis der Wanderungsbewegungen von Fachkräften beitragen, indem sie zeigen, wie einige Arbeitsmarktstrukturen transnational wirken und bestimmte Einkommensschichten und soziale Gruppen privilegieren, und erklären, wie sie die Strategien hoch qualifizierter Migranten beeinflussen.

Ilana Nussbaum Bitran ist Doktorandin an der Universität Duisburg-Essen im Feld Makrosoziologie und transnationale Prozesse. Sie war zuvor studentische Mitarbeiterin am WZB. Sie erforscht Aufstiegsstrategien hoch qualifizierter lateinamerikanischer Migranten auf dem chilenischen und deutschen Arbeitsmarkt. *(Foto: privat)*

ilana.nussbaum@gmail.com

Literatur

Emol: 91 porciento de médicos titulados en el extranjero reprueba test Eunacom. 13.01.2014. Online: http://www.emol.com/noticias/nacional/2014/01/13/639475/un-92-de-medicos-chilenos-titulados-en-el-extranjero-reprueba-examen-para-trabajar-en-hospitales-publicos.html (Stand 23.05.2016).

Instituto Nacional de Estadísticas (INE): Censo de población y vivienda. 2012. Online: http://www.ine.cl/canales/chile_estadistico/censos/censo_poblacion_vivienda.php (Stand 23.05.2016).

Iredale, Robyn: „The Migration of Professionals: Theories and Typologies". In: International Migration, 2001, Vol. 39, No. 5, pp. 7–26.

Mutual de Seguridad: Salud ofrecerá sueldo de $3,2 millones a médicos especialistas para que se queden en consultorios. 2014. Online: http://mutual.icc-crisis.com/?p=10080 (Stand 23.05.2016).

OECD–UNDESA: World Migration in Figures. 2013. Online: https://www.oecd.org/els/mig/World-Migration-in-Figures.pdf (Stand 23.05.2016).

Valdivieso, Lucía: „Alcances y Perspectivas en torno a la Migración de Mujeres a través del Testimonio de Mujeres Ecuatorianas en Chile". In: Revista MAD, 2001, No. 4.

Der vermessene Nutzen der Forschung
Impact als neuer Faktor im britischen Evaluationssystem

Martina Franzen, Judith Hartstein und Stefan Priester

Summary: While the utility of science had been considered to be self-evident for a long time, the increased competition for public funds brings about the need to practically prove its societal benefits. For the first time, the British Research Excellence Framework 2014 bases the allocation of public research funds on the evaluation of the societal impacts of research. Despite the overall very considerable results, questions remain about the effects of such an instrument on the conduct of research. These questions concern the expectation that research, instead of solely meeting scientific standards, is supposed to be of measurable practical relevance.

Kurz gefasst: Galt die Nützlichkeit von Wissenschaft lange als selbstevident, heißt es im Zuge des Wettbewerbs um knappe Fördermittel, den gesellschaftlichen Nutzen konkret zu belegen. Das britische Research Excellence Framework 2014 hat die Vergabe öffentlicher Forschungsmittel erstmalig auch an die Bewertung des gesellschaftlichen Impacts von Forschung geknüpft. Trotz der insgesamt guten Ergebnisse bleiben Fragen nach den Auswirkungen eines solchen Instruments auf die Forschung, wenn diese nicht allein wissenschaftsspezifischen Standards genügen, sondern zugleich von messbarer und nachweisbarer praktischer Relevanz sein muss.

Im Zuge der leistungsbasierten Mittelallokation wächst die Erwartung an Wissenschaft, den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Forschung konkret unter Beweis zu stellen. Vorreiter bei der *Impact*-Messung für die Vergabe öffentlicher Mittel ist Großbritannien. Dessen nationales Forschungsrating zielt darauf ab, staatliche Forschungsausgaben so effektiv wie möglich zu gestalten. In wiederkehrenden Assessments werden deshalb die Forschungsleistungen aller Hochschuleinrichtungen evaluiert und nur die am besten bewerteten Einheiten mit staatlichen Zuwendungen bedacht – bis zur nächsten Evaluationsrunde, in der die Karten neu gemischt werden.

In den vergangenen drei Jahrzehnten britischer Forschungsevaluation ist das Verfahren Runde um Runde modifiziert worden. Dabei wurde stets das Ziel verfolgt, ein möglichst transparentes, auf Leistungsgerechtigkeit ausgelegtes Verfahren zu schaffen, das der wissenschaftlichen Diversität Rechnung trägt: Eingeführt in der Ära Thatcher 1986 unter der Bezeichnung *Research Selectivity Exercise* und weitergeführt als *Research Assessment Exercise*, erlebt das Forschungsrating nun unter der neuen Bezeichnung *Research Excellence Framework* (REF) in seiner siebten Runde eine gravierende Änderung: Erstmalig wurde mit dem REF 2014 nicht mehr allein die wissenschaftliche Relevanz, sondern der gesellschaftliche Nutzen auf Basis von narrativen *Impact Case Studies* einer vergleichenden Bewertung unterzogen.

Die Einführung des *Impact*-Elements in das nationale Forschungsrating hatte in der Vorbereitungsphase bereits Kontroversen in der Wissenschaft ausgelöst. Die Hauptkritikpunkte zur Neuausrichtung bezogen sich auf vier Aspekte: Erstens würde die langfristige Wirkung von Wissenschaft gering geschätzt zugunsten des Kriteriums kurzfristiger Nutzenmaximierung. Zweitens werde Grundlagenforschung zugunsten anwendungsorientierter Forschung strukturell benachteiligt. Drittens würden kleinere gegenüber größeren Forschungseinheiten potenziell ungleich behandelt. Viertens entstünde ein systematischer Nachteil für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Um diesen Einwänden zu begegnen, wurde *Impact* bewusst breit gefasst und schließt neben den ökonomischen Auswirkungen auch den politischen, kulturellen und sozialen Nutzen wissenschaftlicher Forschung mit ein.

In einer Pilotstudie, an der sich 23 Hochschuleinrichtungen in fünf Fachgebieten in den Jahren 2009 und 2010 beteiligten, wurde die Bewertung des *Impacts* erprobt. Auf Basis der Ergebnisse wurden einige Verfahrensänderungen vorgenommen, um den oben genannten möglichen Verzerrungen entgegenzuwirken. Im Zentrum der Diskussionen stand in den jeweiligen Begutachtungspanels die fachspezifische Operationalisierung der beiden Bewertungsdimensionen des *Impacts*: Reichweite und Signifikanz. Die Erhebung des *Impacts* erfolgte in Form von Fallstudien (*Case Studies*). Dabei handelt es sich um vierseitige narrationsbasierte Darstellungen, die durch ein Formular strukturiert und standardisiert sind: Im ersten Teil wird die zugrunde liegende Forschung präsentiert, der zweite Teil beschreibt den konkret erzielten *Impact* und listet Belege auf, die die Qualität hinsichtlich der Bewertungsdimensionen von Reichweite und Signifikanz untermauern sollen. Genau hierin

zeigen sich deutliche Unterschiede, die in den jeweiligen Bewertungen zum Ausdruck kommen.

Das REF-Verfahren sieht des Weiteren vor, dass jede teilnehmende Hochschuleinrichtung mindestens zwei *Impact Case Studies* (Anzahl in Relation zum Personalschlüssel) und ein sogenanntes *Impact Template* einreicht, das weniger die Inhalte, sondern vielmehr die (zukünftigen) Strategien zur Erreichung von *Impact* zur Darstellung bringt. Beide Dokumenttypen, *Impact Case Studies* und *Impact Template*, werden einem Rating durch wissenschaftliche Experten und vereinzelte Anwender unterzogen. Mit einer Gewichtung von 4:1 werden die Bewertungen der *Impact Case Studies* und des *Impact Templates* zu einer Note zwischen eins und vier Sternen zusammengefasst.

Für die Verteilung der Zuwendungen auf Basis der Leistungsmessung wird das neu eingeführte *Impact*-Element nur mit 20 Prozent gewichtet. Den Schwerpunkt der Leistungszurechnung bilden auch im REF 2014 die wissenschaftlichen *Outputs*, die mit 65 Prozent in die Gesamtbewertung eingehen. Das dritte Element des Verfahrens ist das sogenannte *Environment*-Profil, das zum einen die Strategien umfasst, mit der eine Einrichtung ihre Forschungsleistung optimiert, und zum anderen die konkreten Arbeitsbedingungen der Forscherinnen und Forscher zum Gegenstand hat und zu 15 Prozent in der Gesamtwertung berücksichtigt wird.

Zum Verständnis des Verfahrens sollen die Bewertungsmechanismen am Beispiel der *Unit of Assessment* „Sociology" genauer erläutert werden. In dieser haben 29 verschiedene Hochschuleinrichtungen insgesamt 100 *Impact Case Studies* eingereicht. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die im REF vorgenommene Klassifizierung nach *Units of Assessment* nicht einer strikten disziplinären Logik folgt, sondern zahlreiche thematische Überlappungen aufweist. Die erzielten Ratingergebnisse für das *Impact*-Element für die „Soziologie" verteilen sich dabei wie folgt:

Ratingergebnisse für das Impact-Profil der Soziologie im REF 2014

Grades	Results
4 Outstanding impacts in terms of their reach and significance.	43.2 %
3 Very considerable impacts in terms of their reach and significance.	39.4 %
2 Considerable impacts in terms of their reach and significance.	13.6 %
1 Recognized but modest impacts in terms of their reach and significance.	3.3 %
U/C The impact is of little or no reach and significance; or the impact was not eligible; or the impact was not underpinned by excellent research produced by the submitted unit.	0.5 %

Wie aus der Tabelle der Ratingergebnisse ersichtlich wird, sind über drei Viertel der Einreichungen im Bereich Soziologie in Bezug auf den *Impact* mit den beiden bestmöglichen Bewertungen versehen worden. Bezogen auf die Grundgesamtheit der Einreichungen in den Facheinheiten rangiert die Soziologie damit im Mittelfeld. Vergleicht man die erzielten Ergebnisse mit den anderen *Units of Assessment* desselben *Main Panels C* (Sozialwissenschaften) liegt die Soziologie leicht über dem Durchschnitt. Zwar fällt die Streuung der Noten zwischen den Bewertungseinheiten äußerst gering aus, doch selbst minimale numerische Differenzen erfahren eine soziale Dynamik durch öffentliche Rankings. Die in Bezug auf den *Impact* vorderen Plätze unter den Einreichungen für die Soziologie im REF 2014 nehmen die Universitäten von York, Cardiff und Lancaster ein, das Schlusslicht bilden in absteigender Reihenfolge die Universitäten Queen's Belfast, Abertay und Winchester.

Diese Rangfolge deckt sich in etwa mit den Evaluationsergebnissen für den wissenschaftlichen *Output*: Mitglieder der sogenannten Russell Group, einem Zusammenschluss der selbst ernannten 24 führenden Universitäten des König-

Martina Franzen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik. Die Soziologin forscht über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, speziell über wissenschaftliche Bewertungspraktiken und neue Inklusionsformen im (digitalen) Wandel.
[Foto: David Ausserhofer]

martina.franzen@wzb.eu

reichs, befinden sich eher an der Spitze und alle anderen eher am unteren Ende des allgemeinen Qualitätsprofils. Was den gemessenen *Impact* betrifft, durchbrechen nur Lancaster und Queen's Belfast (Russell Group) dieses Muster, indem sie hier unerwartet hohe beziehungsweise niedrige Werte erzielen. Lassen diese Ergebnisse nun den Schluss zu, dass die Bewertung von Forschung nach wissenschaftsexternen Relevanzkriterien am Ende zu den gleichen Resultaten führt?

Zur Interpretation des *Impact*–Assessment ist aus wissenschaftssoziologischer Perspektive zunächst empirisch zu klären, um welche Arten von *Impact* es sich konkret handelt. Wurde in den Leitlinien des REF-Verfahrens der Begriff von *Impact* bewusst auf alle gesellschaftliche Sphären ausgedehnt, zeigen sich in den einzelnen *Units of Assessment* doch gewisse Konzentrationseffekte eines bestimmten *Impact*-Typs. In der Soziologie ist *societal impact* wenig überraschend die dominante Ausprägung von *Impact*. Auffällig ist in dieser *Unit of Assessment* vor allen Dingen, dass *technological impact* so gut wie keine Rolle spielt, obwohl dieser Typ von *Impact* im Gesamtverfahren überaus prominent vertreten ist und in circa einem Fünftel aller *Case Studies* im Zentrum steht.

Seitens der Politik wurden die *Impact*-Messungen als großer Erfolg gewertet, bildeten sie doch scheinbar den insgesamt großen Wirkungsradius wissenschaftlichen Wissens jeder Fachkultur in den jeweiligen Sektoren ab. Die Ergebnisse der soziologischen Forschungseinheiten scheinen diesen generellen Befund zu bestätigen. Der verschwindend kleine Anteil von 0,5 Prozent der Einreichungen, die als nicht bewertbar eingestuft wurden, scheint zunächst dafür zu sprechen, dass das Verfahren tatsächlich alle relevanten Leistungen soziologischer Forschung adäquat zu erfassen vermochte.

Allerdings zeigt das Beispiel der Soziologie auch, welche Spannungen zwischen Verfahrens- und disziplinärer Logik im Zuge der Evaluation von *Impact* auftreten können. So kommt bereits das entsprechende Begutachtungspanel 23 in seinem Überblicksreport zu dem Schluss, dass soziologische Forschungseinheiten trotz der hohen Relevanz, die diese Disziplin insbesondere für langfristige gesellschaftliche Veränderungen hat, in den *Case Studies* kurzfristige Auswirkungen der eigenen Forschung in den Vordergrund stellen.

Die Krux der *Impact*-Messung besteht vor allem darin, überzeugende Evidenzen beispielsweise in Form von Patenten, klinischen Richtlinien, Videos oder, empirisch am meisten verbreitet, *testimonials* für die erzielte gesellschaftliche Wirkung zu erbringen. Die unterschiedliche Häufigkeit, mit der bestimmte Typen von *Impact* im gesamten Assessment der REF wie auch in einzelnen *Units of Assessment* vertreten sind, ist ein weiterer Hinweis darauf, dass das Verfahren möglicherweise die Einreichung bestimmter, in ihrer Kausalität gut darstellbarer Formen gesellschaftlichen Nutzens präferiert. Die konkrete Bewertungspraxis ist zudem gekoppelt an die Aktivitäten, die zur Erreichung des *Impacts* geführt haben. Zufällige *wissenschaftliche Breitenwirkung*en, wenn zum Beispiel ein spezielles Thema im politischen Diskurs kurzzeitig aufflammt, erhalten mit Blick auf die Pilotstudienergebnisse kaum die Bestnote. Und obwohl sich zwischen Verbreitungsstrategien oder Policy-Engagement und erzieltem gesellschaftlichem *Impact* empirisch nicht unbedingt ein direkter Zusammenhang zeigt, unterstellt das Aufbaumuster der Fallstudien eine solche Linearität.

Dieses Modell ist gerade auf die Sozialwissenschaften nicht immer übertragbar, wie sich beispielhaft an einem prominenten *Impact*-Erfolg der jüngeren deutschen Soziologie, Ulrich Becks 1986 publizierter „Risikogesellschaft", aufzeigen lässt. Beck postuliert hier einen Bruch der Moderne, weg von der Industrie- und hin zur Risikogesellschaft. Soziologische Zeitdiagnosen dieser Art versprechen in der Regel einen hohen Absatz, der über die Grenzen der Fachgemeinschaft hinausgeht. Für den weltweiten Erfolg der „Risikogesellschaft" kam jedoch ein weiterer Umstand hinzu, der sich nicht antizipieren ließ: Mitten in der Drucklegungsphase ereignete sich die atomare Katastrophe von Tschernobyl. Eine so enorme Verbreitung des Reflexionswissens, das Beck dem öffentlichen Diskurs bot, hätte nicht zuvor strategisch geplant werden können. Vielmehr war es die besondere „diagnostische Sensibilität", wie es der Münchner Soziologe Armin

Nassehi einmal ausdrückte, die Becks Monografie zu einem zentralen Bezugspunkt öffentlicher Debatten und die „Risikogesellschaft“ zu einem geflügelten Wort werden ließ.

Ohne Frage stellt dieser Fall eine besondere Breitenwirkung soziologischer Forschung unter Beweis. Ob dem REF-Verfahren gemäß jedoch hinreichend Belege für einen „outstanding impact“ hätten angeführt werden können, zum Beispiel ein messbarer Effekt auf die politische Entscheidungsfindung, ist dagegen fraglich. Ein Blick in die im REF-Verfahren eingereichten Fallstudien im Bereich „Soziologie“ suggeriert die Dominanz eines bestimmten Forschungstypus. Legt man zwecks Klassifizierung der Soziologie das Vier-Felder-Schema von Michael Burawoy an, so scheint sich das Gros der *Impact Case Studies* im Feld der Angewandten Soziologie („Policy“) zu konzentrieren, wohingegen die Felder der Öffentlichen Soziologie, der Kritischen Soziologie und der Professionellen Soziologie unterrepräsentiert sind. Zu vermuten ist, dass sich in anderen Fachgebieten eine ähnliche Verteilung von eingereichten Forschungstypen konstatieren lässt.

Eine Klassifikation der Case Studies im REF-Verfahren eröffnet nun die Möglichkeit, noch einen Schritt weiterzugehen und zu fragen, wie sich die Orientierung am *Impact* auf die epistemische Diversität selbst auswirkt. Für die weitergehende Reflexion des Verfahrens der *Impact*-Messungen stellt sich somit eine generelle Frage: Können die beschriebenen Prozeduren, die darauf abzielen, einen ebenso eindeutigen wie in den Details nachprüfbaren Kausalzusammenhang zwischen Forschung und Praxis zu konstruieren, wirklich der langfristig wirkenden Forschung gerecht werden, die ja von Erkenntnisinteresse geleitet wird?

Und schließlich: Welche organisatorischen Anpassungsleistungen und welche fachlichen Selektionseffekte zeichnen sich in der hochschulinternen Governance ab, wenn es darum geht, den *Impact* von Forschungsleistungen in den Hochschuleinrichtungen systematisch zu erhöhen? Mit diesen Fragen werden wir uns im von der Mercator Stiftung geförderten Forschungsprojekt „Wissenschaft und Gesellschaft: ‚Research Impact‘ als Governance-Instrument von Forschung“ näher beschäftigen. Die vorliegenden rund 7.000 *Impact Case Studies* liefern für die empirische Beantwortung dieser Fragen reichhaltiges Material, das es mithilfe einer Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden der Textanalyse zu erschließen gilt.

Literatur

Burawoy, Michael: „For Public Sociology. American Sociological Association Presidential Address 2004“. In: American Sociological Review, 2005, Vol. 70, No. 1, pp. 4–28.

Digital Science: The Societal and Economic Impacts of Academic Research. International Perspectives on Good Practice and Managing Evidence. Digital Research Reports: March 2016.

Research Excellence Framework 2014: Search REF Impact Case Studies. Online: http://impact.ref.ac.uk (Stand 13.05.2016)

Research Excellence Framework 2014: Overview report by Main Panel C and Sub-panels 16 to 26, UOA 23, pp. S. 91–95. Online: http://www.ref.ac.uk/media/ref/content/expanel/member/Main%20Panel%20C%20overview%20report.pdf (Stand 11.05.2016).

Stefan Priester ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik im Projekt Wissenschaft und Gesellschaft. ‚Research Impact‘ als Governance-Instrument der Forschung.
[Foto: Martina Sander]

stefan.priester@wzb.eu

Judith Hartstein ist Studentin im Masterstudiengang Wissenschaftsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bis Mitte März 2016 war sie Praktikantin in der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik.

hartstej@hu-berlin.de

Konferenzberichte

Karlsruher Quellen

Florian Meinel und Sinthuja Shanmugaratnam

Tagung „Das Bundesverfassungsgericht und die Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik. Zur Geschichte der Karlsruher Republik“ am 7. und 8. April 2016 im WZB, organisiert von Christoph Schönberger (Universität Konstanz) und Florian Meinel (Humboldt-Universität zu Berlin) in Zusammenarbeit mit dem Center for Global Constitutionalism des WZB

„Über dem Bundesverfassungsgericht wölbt sich nur noch der blaue Himmel.“ Das alte Sprichwort zeigt, welche Rolle das Gericht in der öffentlichen Meinung der Deutschen spielt. Die Institution prägt den politischen Diskurs wie die verfassungsrechtliche Entwicklung der Bundesrepublik. Doch woher kommt ein so großes Vertrauen gegenüber einem Gericht, dessen Richterinnen und Richter nicht einmal vom Volk direkt gewählt werden?

Dieser und anderen Fragen widmete sich eine von Florian Meinel (Humboldt-Universität zu Berlin) und Christoph Schönberger (Universität Konstanz) organisierte Tagung zur Entstehung und Geschichte des Bundesverfassungsgerichts. Ein schöner Zufall wollte es, dass die Tagung im großen Saal A 300 des WZB stattfand – in jenem Saal also, der ursprünglich mit dem Bismarck‘schen Reichsversicherungsgericht eine Institution beherbergte, der die Verrechtlichung des entstehenden Sozialstaats anvertraut war.

Zu Beginn der Tagung, an der auch mehrere Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts teilnahmen, wurde aus geschichtlichem Blickwinkel beleuchtet, was von einer Historisierung des Bundesverfassungsgerichts zu erwarten ist. Sowohl unter den Referenten als auch unter den überaus lebhaft diskutierenden Teilnehmern herrschte jedoch im Grundsatz schnell Einigkeit, dass eine auf die Institution fixierte geschichtliche Betrachtung nicht ausreicht. Vielmehr sei eine sozial- und gesellschaftswissenschaftliche Kontextualisierung erforderlich, um das Gericht und seine Entstehung ganzheitlich verstehen zu können.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde beispielsweise dargelegt, dass eine Auseinandersetzung mit der persönlichen Herkunft und den politischen Ansichten der Richterinnen und Richter sowie mit deren beruflichen Erfahrungen einen zusätzlichen Ausgangspunkt dafür liefern könnte, bestimmte Positionen und Entscheidungen des Gerichts zu untersuchen. Ein weiteres zentrales Thema der Diskussionen war die Rolle des Gerichts in politischen Prozessen. So war das Bundesverfassungsgericht in vielen Fällen ein Motor der Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft und ihres politischen Systems, indem es mit zentralen Entscheidungen gesellschaftliche Veränderungen in die Wege leitete, insbesondere auf den Feldern der Meinungs- und Pressefreiheit, der Gleichberechtigung der Geschlechter oder des Versammlungsrechts. Andere sahen das Gericht stattdessen als eine Institution, die weniger Gesellschaft gestaltete, sondern sich entsprechend der politisch-sozialen Lage ausrichtete und gerade deshalb ihre Entscheidungen durchsetzen konnte. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch keineswegs eine kritiklose Entwicklung durchlaufen. So gab es durchaus Phasen, in denen es als „undemokratisch“ und „bremsend“ galt. In einzelnen Fällen, zum Beispiel beim Kruzifix-Urteil von 1995, kam es gar zu offenem Widerstand einzelner gesellschaftlicher Gruppen gegen Urteile des Gerichts.

Betont wurde auch der Aspekt, dass die Rechtsprechung des Gerichts nicht immer konsistent war und wohl auch einem gewissen gesellschaftlichen Druck folgte. Auch deshalb sollte es zukünftig in der Forschung neben der Betrachtung der Leitentscheidungen auch auf jene Urteile ankommen, die bisher eventuell übergangen oder schlichtweg vergessen wurden. Eine weitere Methode, sich der geschichtlichen Entwicklung der Rechtsprechung zu nähern, sind Fallstudien zu einzelnen paradigmatischen Entscheidungen, die von zwei Referenten der Tagung anhand des Feldmühle-Urteils von 1962 und des Urteils zur Wiedereingliederung der NS-Beamten von 1953 durchgeführt und vorgestellt wurden.

Am Ende der Tagung wurden die Herausforderungen einer Auseinandersetzung mit der Verfassungsrechtsprechung des Gerichts zusammenfassend festgehalten. Die Tagung hat wesentlich dazu beigetragen zu identifizieren, welche Bedeutung das Bundesverfassungsgericht in der politischen Kultur der Bundesrepublik eingenommen hat. Sie war ein erster Schritt auf dem vielversprechenden Weg, die Entstehung, die Arbeitsweise und die Entscheidungen des Gerichts näher zu erforschen.

Arbeit im Umbruch

Christine Gerber, Grzegorz Lechowski, Valentina Mählmeyer, Axel Schröder

34. International Labour Process Conference (ILPC) vom 4. bis 6. April 2016 am WZB, organisiert von Martin Krzywdzinski (WZB), Kendra Briken (University of Strathclyde), Abigail Marks (Heriot-Watt University) und Shiona Chillas (St Andrews University)

Unter dem Titel „Working Revolutions: Revolutionising Work" fand die International Labour Process Conference zum ersten Mal in Deutschland statt. Mehr als 300 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus über 30 Ländern, darunter China, Indien, Südafrika, USA und Australien, diskutierten ein breites Spektrum von Fragen: Wie verändert sich Arbeit in der Digitalisierung? Welche Handlungsmöglichkeiten haben Gewerkschaften in einer globalisierten Arbeitswelt? Wie kann der Prekarisierung von Arbeit entgegengewirkt werden? Wie hängt Arbeitsqualität mit Klimawandel und Umweltschutz zusammen? Unter welchen Bedingungen arbeiten Migrantinnen und Migranten? Wie ändern Austeritätsmaßnahmen in Europa Arbeitsbedingungen und Ungleichheit?

Zu den zentralen Veränderungskräften in der Arbeitswelt zählt die Digitalisierung. Zum Auftakt der Konferenz arbeitete Martin Krzywdzinski (WZB) heraus, dass die neuen digitalen Technologien zwar verbesserte Arbeitsbedingungen und Effizienz versprechen, zugleich aber in vielen Bereichen Qualifikationen zu entwerten drohen und neue Überwachungsmechanismen etablieren. Phoebe Moore (Middlesex University) hob die Gefahren der Überwachung und des Zugriffs auf Daten über Gesundheit und Körper der Beschäftigten hervor: Die aus dem Freizeit- und Sportbereich stammenden Wearables und Tracking-Geräte (zum Beispiel Smart Watches) werden auch in Unternehmen immer mehr genutzt. Paul Thompson (University of Stirling) und Paula McDonald (Queensland University of Technology) vertraten die These, dass digitale Technologien die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben grundlegend verändern. Immer mehr Unternehmen überprüfen bei der Rekrutierung die Social-Media-Aktivitäten von Bewerberinnen und Bewerbern – eine Praxis, die vielen Bewerbern bewusst ist. Sie steuern ihre Social-Media-Aktivitäten daher strategisch unter dem Aspekt der Selbstvermarktung. Weitere Beiträge thematisierten die Entwicklung der Crowdwork und die damit verbundenen Prekarisierungsgefahren und die Arbeitsbedingungen in der Softwareindustrie.

Ein weiteres breit diskutiertes Thema war die Veränderung der Arbeitswelt durch Globalisierungsprozesse und die Möglichkeiten der Gestaltung dieser Prozesse. In der Tradition der Labour-Process-Theorie hoben viele Beiträge hervor, dass die Verlagerung in Niedriglohnländer oft mit besonders prekären Arbeitsbedingungen einhergeht; das Interesse der Analyse galt Ansätzen des lokalen Widerstands gegen ausbeuterische Praktiken und der Basisorganisierung der Gewerkschaften. Mike Fichter (FU Berlin/Global Labour University) und Kirsty Newsome (University of Sheffield) argumentierten jedoch, dass die Fokussierung auf den lokalen Arbeitsprozess und Widerstand weder im Hinblick auf gewerkschaftliche Strategien noch aus analytischer Sicht befriedigend ist. Nötig sei vielmehr eine Analyse der Machtverhältnisse in der gesamten Wertschöpfungskette von den Leitunternehmen bis zu den abhängigen Auftragnehmern, die zudem auch die Unterschiede der Regulierung in den Standortländern berücksichtige. Erst auf der Grundlage einer solchen Analyse können lokale Arbeitsbedingungen und Arbeitskonflikte verstanden und sinnvolle Handlungsansätze entwickelt werden.

Prozesse der Prekarisierung der Arbeit wurden in einer Vielzahl von Beiträgen behandelt. Dabei dominierte die These, dass politische Deregulierung ein Haupttreiber der Prekarisierung ist. So beobachtete Paul Lewis (University of Birmingham), dass die in vielen OECD-Ländern implementierten Flexicurity-Strategien das Versprechen der Kombination von „flexibility" und „security" nicht einlösen, sondern eher den Prekarisierungstrend verstärken. Charikleia Tzanakou (University of Warwick) beschrieb, wie Veränderungen der Regulierung in Großbritannien zu einer Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch eine neue Welle der Selbstständigkeit geführt haben, die rund 40 Prozent des Beschäftigungswachstums seit 2010 ausmacht. Ein Symposium diskutierte die zu positive Bewertung des deutschen „Arbeitsmarktwunders": Es beruhe zu großen Teilen auf atypischen Beschäftigungsverhältnissen und der Ausweitung des Niedriglohnsektors.

Das Thema Prekarisierung wurde auf unterschiedliche Weise auch von den beiden Keynote-Lectures der Konferenz aufgegriffen. Joanna Biggs, Journalistin der *London Review of Books*, stellte ihr Buch vor, das Interviews über die Arbeitssituation von Beschäftigten in Großbritannien versammelt. In den Gesprächen dominiert die Erfahrung der Unsicherheit, aber auch der Entleerung der Arbeitsinhalte. Jutta Allmendinger (WZB) thematisierte die Ungleichverteilung von Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen in Deutschland und die daraus entstehenden Einkommensungleichheiten, die sich im Rentenalter noch verschärfen.

Personen

Gäste

Cristina Ares Castro-Conde, Universität Santiago de Compostela, Spanien, wird von August bis Oktober 2016 Gast in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung sein. Ziel ist die Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des DFG-Projekts „Manifesto Research on Political Representation" (MARPOR), insbesondere zum Thema: „Party Programs and Parliamentarians in Latin America".

Anna Barbuscia, Ph.D.-Kandidatin an der Oxford University und dem Nuffield College, ist von Mitte März bis Ende Juli Gast in der Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit. Anna Barbuscia hat einen Master of Science in Economic and Social Sciences von der Bocconi-Universität

[Foto: Martina Sander]

Anna Barbuscia

in Mailand (Italien). Ihre Dissertation beschäftigt sich mit den Ergebnissen assistierter Reproduktionstechnologien in europäischen Ländern.

Frederik Beck, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, ist seit Februar 2016 für ein Jahr Gast der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Sein Forschungsprojekt trägt den Titel „Demokratie in harten Zeiten. Die demokratische Legitimität von Entscheidungen in wirtschaftspolitischen Krisen".

Björn Bremer vom European University Institute in Florenz, Italien, ist von Mitte Juni bis Ende September 2016 Gast der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit politischen Konflikten über makroökonomische Politik im Kontext der europäischen Wirtschaftskrise, insbesondere mit der Reaktion von sozialdemokratischen Parteien auf diese Krise.

María Angeles Davia Rodríguez, Associate Professor in Angewandter Ökonomie an der Universidad de Castilla-La Mancha (Spanien), ist im August 2016 Gast der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Der Schwerpunkt der Arbeitsökonomin liegt auf Mikro-Analysen von Arbeitsmarktprozessen in Spanien und anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, speziell mit Blick auf die Situation Jugendlicher.

Im Juli 2016 wird ***Grzegorz Ekiert*** Gastwissenschaftler in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung sein. Er ist Professor of Government an der Harvard University und dort Direktor des Minda de Gunzburg Center for European Studies sowie Senior Scholar der Harvard Academy for International and Area Studies.

Xiu Gao, Sozialwissenschaftlerin und Doktorandin im Marie-Curie-Programm CAPACITIE (Cutting-Edge Approaches for Pollution Assesment in Cities) an der Universität York, ist im Juni und Juli 2016 Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik. Sie wird während ihres Gastaufenthalts zum Thema „End User and New Pollution Strategies" arbeiten.

Dr. ***Alexander Hasgall***, Historiker und Philosoph an der Universität Genf, ist von Juni bis August 2016 Gast in der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik. Er ist wissenschaftlicher Koordinator des Programms „Performances de la recherche en sciences humaines et sociales" an der Universität Genf und arbeitet während seines Gastaufenthalts zu Fragen der Qualitäts- und Leistungsmessung in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Professor ***Gregory Jackson***, Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe an der Freien Universität Berlin, forscht seit April 2016 für zwei Jahre als Einstein Research Fellow in der Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik. Sein Forschungsthema ist der Zusammenhang zwischen Corporate Governance, also dem Ordnungsrahmen zur Leitung und Kontrolle eines Unternehmens, und der Entstehung sozialer Ungleichheit.

Matthias Kranke vom Department of Politics and International Studies der University of Warwick (Großbritannien) ist von Juli bis September Gastwissenschaftler der Abteilung Global Governance. In seinem Promotionsprojekt beschäftigt er sich mit der Zusammenarbeit von Internationalem Währungsfonds und Weltbank.

T***omislav Maršić***, Diplom-Politologe an der University of

Heidi Hilzinger verabschiedet sich vom WZB

„Dem Redaktör ist nichts zu schwör", so sagt man. Auf das WZB übertragen hieße das: „Der Lektorin ist nichts zu schwer." Das reimt sich nicht besonders gut, trifft aber auf Heidi Hilzinger, die sich jetzt aus dem WZB verabschiedet, hundertprozentig zu. Sie war lange mit dem Lektorat von sozialwissenschaftlichen Manuskripten aus dem WZB befasst, aus denen lesbare Bücher werden sollten – in der WZB-Buchreihe der edition sigma. An alle von ihr betreuten WZB-Veröffentlichungen legte sie hohe Qualitätsmaßstäbe an, die sie konsequent angewandt und beharrlich verteidigt hat. Wichtigste Frage an die Autoren und Autorinnen war: „Versteht man das wirklich als interessierter Leser, was willst du uns damit eigentlich sagen?" Auch wenn im ersten Augenblick die präzisen handschriftlichen Anmerkungen bei den Verfassern sozialwissenschaftlicher Elaborate nicht immer gut ankamen, am Ende des Lektorats stand doch immer die Erkenntnis: Der Text hat erheblich gewonnen, selbst ich verstehe ihn jetzt besser! Auch in ihrer Funktion als Mitglied und zeitweise Vorsitzende des Frauenausschusses in den 1990er Jahren hat Heidi Hilzinger die Texte eben dieses Ausschusses konsequent bearbeitet und dann in einer Fassung veröffentlicht, die viel Resonanz erzeugte. Nun verlässt Heidi Hilzinger, die in den letzten Jahren den jährlich publizierten WZB-Bericht betreut hat, mit dem Abschluss ihres Berufslebens das WZB. Sie hinterlässt viele Spuren bei allen, die von ihr lernen konnten. Vielleicht hat sie jetzt Lust selber zu schreiben – für ein Probelektorat stünden wir zur Verfügung.

Heidi Hilzinger [Foto: Udo Borchert]

Ariane Berthoin Antal und Dagmar Simon

Oxford, Department of Politics and International Relations, ist seit April für drei Monate Gast der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und arbeitet unter anderem mit den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des MARPOR-Projekts zusammen. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit dem Thema „Controlling the Party or Controlling the Media? How Intra-Party Dynamics Moderated, and Reinforced, Particularism in Croatia, 2000-2014".

Thomas Meyer vom Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien wird im August und September 2016 Gast in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung sein. Während seines WZB-Aufenthalts beschäftigt er sich mit dem Thema: „Political Parties and the Democratic Linkage: Die Wirkung von Parteien in repräsentativen Demokratien".

Cas Mudde, Associate Professor an der School of Public and International Affairs der University of Georgia (Athens, USA) und Forscher am Center for Research on Extremism an der Universität Oslo (Norwegen), ist im Juni und Juli 2016 Gast der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Er arbeitet (gemeinsam mit Sivan Hirsch-Hoefler) an einem Buch, das am Beispiel der israelischen Siedlungsbewegung den Erfolg sozialer Bewegungen analysieren und erklären will.

Professorin für Public International Law ***Phoebe Okowa*** vom Department of Law der Queen Mary University of London ist im Juni Gast des Center for Global Constitutionalism. Sie wird während ihres Aufenthalts zu natürlichen Ressourcen und Konflikten arbeiten und an der vom Center veranstalteten ICON-S Conference „Borders, Otherness, and Public Law" (17. bis 19. Juni 2016) teilnehmen.

Die Arbeits- und Industriesoziologin ***Sabine Pfeiffer*** verbringt im August und im November dieses Jahres Gastaufenthalte in der Projektgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. In dieser Zeit wird die Professorin zusammen mit Martin Krzywdzinski zum Thema Digitalisierung der Industriearbeit forschen. Schwerpunkte sind der Einsatz von Wearable Computing in der Fertigung sowie die Kooperation im Rahmen des Promotionskollegs „Gute Arbeit".

Dr. ***Tiina Ristikari*** vom finnischen National Institute for Health and Welfare ist von August bis Dezember 2016 Gast bei der Forschungsprofessur Übergänge ins Erwachsenenalter. Gemeinsam mit Professorin Ingrid Schoon wird sie an einer finnisch-deutsch-britischen Studie zur geistigen Gesundheit in der Phase des Erwachsenwerdens arbeiten.

Claudia Ritzi, die im letzten Jahr als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung tätig war, wird in Kooperation mit der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg der Demokratieabteilung verbunden bleiben. Sie wird regelmäßig als Gast in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am WZB sein und zu den Themen „Demokratische Legitimität" forschen.

Professor ***Jonas Tallberg***, Politikwissenschaftler an der Universität in Stockholm, ist weiterhin bis April 2018 als WZB-Fellow mit der Abteilung Global Governance verbunden.

Professor ***Wolfgang Wagner***, Vrije Universiteit Amsterdam (Niederlande), Department of Political Science, ist im Juli Gast der Abteilung Global Governance. Seine Forschung umfasst unter anderem die Politisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Rolle politischer Parteien bei Entscheidungen zu Militärmissionen.

Ramsey Wise, Doktorandin an der Bremen International Graduate School of Social Sciences der Universität Bremen, ist von Juli bis Dezember Gast der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Nach einem Master in Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin arbeitet Wise an einer Doktorarbeit über atypische Beschäftigung im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

Professor ***Klaus Dieter Wolf*** von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/Main, der bereits im April 2016 zwei Wochen als Gast in der Abteilung Global Governance am WZB war, ist im Sommer erneut für drei Monate Gastwissenschaftler in dieser Abteilung. Während seiner Zeit am WZB wird er am Abteilungsprojekt „Contested World Orders" mitarbeiten.

Dr. ***Hannah Zagel*** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin und ab März 2016 für vier Jahre assoziiertes Mitglied der Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit. Sie absolvierte ihren Ph.D. in

(Foto: Martina Sander)

Hannah Zagel

Social Policy an der University of Edinburgh (Schottland) und war Postdoc in Hamburg und Bremen. Ihre Forschungsinteressen umfassen Familienstrukturen und -dynamiken, Sozialstruktur und soziale Ungleichheiten sowie Wohlfahrtsstaaten.

Berufungen

Professorin ***Jeanette Hofmann***, Leiterin der Projektgruppe Politikfeld Internet, hat einen Ruf der Freien Universität Berlin für eine gemeinsame Sonderprofessur des WZB mit der FU im Bereich Internetpolitik am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften erhalten.

Pieter de Wilde, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Global Governance und dort im Brückenprojekt „Die politische Soziologie des Kosmopolitismus und Kommunitarismus" beschäftigt, hat zum Herbst 2016 einen Ruf zum Associate Professor an die Universität Trondheim in Norwegen erhalten.

Promotionen

Mareike Bünning, Mitarbeiterin in der Projektgruppe der Präsidentin, hat im Februar 2016 ihre Dissertation zum Thema „Parental Leave for Fathers: Consequences for Men's Work and Family Life" an der Humboldt-Universität zu Berlin erfolgreich verteidigt.

Julia Pohle, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Projektgruppe Politikfeld Internet, hat am 16. Februar 2016 ihre Dissertation „Information for All? The Emergence of UNESCO's Policy Discourse on the Information Society (1990-2003)" an der Vrije Universiteit Brussel erfolgreich verteidigt.

Ehrungen / Preise

Emanuela Struffolino, Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit, wurde für ihren Artikel „Self-Reported Health Among Lone Mothers: Do Employment and Education Matter?" vom Journal Population mit dem 2015 Young Author Prize ausgezeichnet.

Personalien

Liv Bjerre, bisher wissenschaftliche Mitarbeiterin der Nachwuchsgruppe Einwande-

rungspolitik im Vergleich, wird am 1. Mai 2016 in die Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung wechseln und hier ihre Dissertation zu den Auswirkungen von Immigrationspolitiken auf unerwünschte Immigration abschließen.

Die Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe Einwanderungspolitik im Vergleich unter der Leitung von Prof. Dr. ***Marc Helbling*** endete im April 2016 nach fünfjähriger Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Marc Helbling hat seit April 2015 eine Professur an der Universität Bamberg inne. Er wird für zwei Jahre als WZB-Fellow in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung forschen und hier insbesondere den Themenbereich Migration und Migrationsströme vertreten und zu Einstellungen zu Muslimen und Flüchtlingen arbeiten.

Alice Hohn leitet seit März 2016 das neue Büro für Personalentwicklung und Forschungsförderung am WZB, das alle wissenschaftlich und wissenschaftsunterstützend arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Fragen rund um Entwicklung und Weiterbildung betreut. Zuvor war sie leitende Referentin für Forschungs- und Karriereförderung. Zwischen Januar 2012 und Dezember 2013 war sie als Referentin für internationale Angelegenheiten tätig.

Werner Krause ist seit Februar wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Vorher hat er Sozialwissenschaften und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie in Mexiko-Stadt (UNAM und CIDE) und New York (The New School for Social Research) studiert. Seine Hauptforschungsinteressen liegen in den Bereichen politischer Wettbewerb, rechtsextreme Parteien, Wahlverhalten und quantitative Methoden.

Dr. ***Christian Kreuder-Sonnen*** wechselte zum 1. April 2016 auf eine Postdoc-Stelle am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Lehrstühle der Professoren Rittberger, Zangl, Knill und Fischer wird er neben Forschung und Lehre des Instituts zunächst die Beantragung eines Drittmittelprojekts bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützen. Christian Kreuder-Sonnen ist für ein Jahr Gast der Abteilung Global Governance.

Tanja Kromer arbeitet seit April als Referentin für Kompetenzentwicklung im Büro für Personalentwicklung und Forschungsförderung. Nach ihrem Studium der Psychologie war sie in der freien Wirtschaft als Personalberaterin und -managerin tätig. Bis März 2016 hat sie in der Personal- und Organisationsentwicklung beim Forschungszentrum Jülich (Standort Berlin) gearbeitet.

Laura Menze, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe Nationales Bildungspanel, ist ab Juli 2016 in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt beschäftigt.

[Foto: David Ausserhofer]

Laura Menze

Im DFG-Projekt „New Opportunities or Reinforced Disadvantage“ forscht sie zur Bedeutung von berufsvorbereitenden Maßnahmen für den Zugang von gering qualifizierten Jugendlichen zur beruflichen Ausbildung.

Alexander Petring, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, hat zum April 2016 zum SPD-Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus gewechselt, wo er im Bereich „Forschung und Strategie“ tätig ist.

Friederike Römer, bisher wissenschaftliche Mitarbeiterin der Nachwuchsgruppe Einwanderungspolitik im Vergleich, wechselt nach Beendigung der Nachwuchsgruppe im April in die Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik. Sie wird hier ihre Dissertation zum Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaat und Migration fertigstellen.

Dr. ***Julia Schmid*** wird von Mai 2016 bis März 2017 das Büro für Personalentwicklung und Forschungsförderung kommissarisch leiten. Zuvor war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Verhalten auf Märkten tätig. Sie wurde 2011 an der Technischen Universität Berlin promoviert.

Tim Seitz arbeitet seit Anfang April in der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist dort in das Projekt EU-REF Forschungscampus Mobility2Grid eingebunden. Zuvor studierte er Wissenschaftsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Institut d'études politiques de Paris sowie Soziologie an den Universitäten Freiburg und Basel. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich Science and Technology Studies, soziologischer Theorie und qualitativer Methoden.

Am 1. Juni 2016 hat ***Yoon Jin Shin*** J.S.D. ihre Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Center for Global Constitutionalism und bei der Forschungsprofessur Global Public Law aufgenommen. Außerdem betreut sie vom WZB aus in den kommenden zwei Jahren das Global Constitutionalism Journal als Managing Editor. Yoon Jin Shin, die zuvor Richterin in Südkorea war und zum Thema „Menschenhandel“ an der Yale Law School promoviert hat, kommt von der New York University School of Law ans WZB. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der transnationalen Menschenrechte und der Berücksichtigung des Rechtsstatus von Migranten im Verfassungsprozess. Am WZB wird sie ihren Fokus auf die Entwicklung des Verfassungsrechts in Südkorea, Taiwan und Hongkong legen.

Ausschreibung A.SK Social Science Award 2017

Zum sechsten Mal schreibt das WZB den A.SK Social Science Award aus. Der mit 100.000 Euro dotierte Preis wird alle zwei Jahre vergeben und gehört zu den höchstdotierten internationalen Auszeichnungen in den Sozialwissenschaften. Ausgezeichnet wurden bisher der britische Ökonom Sir Anthony Atkinson (Oxford), die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum (University of Chicago), die gemeinnützige Organisation Transparency International (Berlin), der britische Ökonom Paul Collier (Oxford) und die französisch-amerikanische Ökonomin Esther Duflo (MIT). Die Preisträger werden von einer international besetzten Jury unter Vorsitz des Bielefelder Wirtschaftshistorikers Werner Abelshauser ausgewählt.

Bis 1. Oktober 2016 können Nominierungen für den A.SK Social Science Award 2017 eingereicht werden. Alle Informationen finden sich unter dem Link www.wzb.eu/ask2017.

Nachgefragt bei Markus Konrad: Was treibt ein Data-Scientist?

Was ist Data Science? Data Science verbindet Statistik und Informatik. Sie kennen diese Amazon-Empfehlungen: „Sie haben das gekauft, Sie interessieren sich auch dafür." Das ist ein klassisches Beispiel unserer Arbeit: Wir analysieren große Datenmengen und leiten daraus Schlussfolgerungen ab. **Was machen Sie am WZB?** Hier gibt es statistisch versierte Forscher, meine Expertise wird also eher im Bereich der Informatik gebraucht. Ich erschließe Datenquellen, füge sie zusammen, mache sie auswertbar und setze sie visuell um. **Welche dieser Aufgaben mögen Sie persönlich am liebsten?** Das Visualisieren. Es freut mich, wenn aus abstrakten Daten übersichtliche Formen werden. **Wie sieht Ihr Arbeitsalltag aus?** Ich schreibe Programmskripte, die Daten verknüpfen und so aufbereiten, dass sie für die Forschung nutzbar sind. Und ich berate bei Fragen: Wie kann ich mein Vorhaben automatisieren, welche Software nehme ich dafür? Was lässt sich vielleicht gar nicht vernünftig automatisieren? **Woran arbeiten Sie konkret?** Ich unterstütze ein Projekt, das untersucht, ob nach 1989 in Ostdeutschland Privatschulen dort gegründet wurden, wo öffentliche Schulen geschlossen wurden. Ich werte dafür große Datenquellen aus, ermittle Geokoordinaten, berechne Entfernungen. Für ein anderes Projekt überführe ich Forschungsdaten in eine Datenbank und bereite sie in einer interaktiven Website auf. **Wie wird man Data Scientist?** Ich habe Informatik studiert, aber das hätte auch Mathematik oder Statistik sein können. Die Stelle am WZB fand ich interessant: Hier kann ich mit Sozialwissenschaftlern, Politikwissenschaftlerinnen, Ökonomen zusammenarbeiten. So werfe ich immer neue Blicke über den Tellerrand der Informatik.

Markus Konrad ist als Data Scientist in der IT-Abteilung des WZB zuständig für Datenaufbereitung, -analyse und -visualisierung.

[Foto: Martina Sander]

Die Fragen stellte Gabriele Kammerer.

Veranstaltungen

8. Juni 2016

The Uneven Revolution: Wage Impact of Housework and Childcare among Wives and Husbands

Lecture by Lynn Prince Cook. A critical but rarely explored barrier to achieving the "revolution" of egalitarian divisions of unpaid household work may be the wage penalty for domestic tasks predicted by feminist and economic theory. By pooling 2010-12 American Time Use Survey data and using unconditional quantile regression, we reveal that effects vary with the type of domestic task and across husbands' and wives' hourly wage distributions. Each additional hour of routine housework that wives perform on employment days predicts a significant four to five percent wage penalty at all wage levels. Yet we also found threshold effects, in that wives' routine housework penalty becomes significant only after exceeding 1.5 hours per employment day. Threshold effects do not substantially alter low-wage wives' predicted dollar penalty, but indicate high-wage wives incur no wage penalty whatsoever. At the same time, only the highest-wage husbands incur a significant wage penalty for each additional hour of routine housework. Greater time in childcare on employment days has no significant impact on either parent's wages. We conclude potential for greater domestic equality varies with the type of task and across the wage distribution. Relative housework equality has peaked for the highest-wage individuals, but there are no significant wage penalties for low- and moderate-wage husbands' greater housework time, or all fathers' greater time in daily childcare. ***Veranstalter:*** *WZB;* ***Informationen bei: Manuela Ludwig, E-Mail: manuela.ludwig@wzb.eu***

Stimmt die Kasse? Je mehr Hausarbeit Frauen leisten, desto weniger Geld verdienen sie im Job. *[Foto: picture alliance/Bildagentur-online]*

16. Juni 2016

Das Finanzregime als „vierte Gewalt"

Vortrag von Joseph Vogl, WZB-Reihe „Great Crisis of Capitalism". Die Neuzeit hat nicht nur souveräne Staatsapparate, international operierende Handelskompanien, einflussreiche Finanziers und dezentrale Märkte hervorgebracht. Es hat sich auch ein spezifischer Machttypus formiert, der weder durch politische Strukturen noch durch ökonomische Strategien hinreichend beschreibbar ist. Er konstituiert sich allein über das Ineinanderwirken beider Pole. Von der Integration privater Gläubiger in die Politik frühneuzeitlicher Staaten über die Entstehung von Zentralbanken und öffentlichem Kredit bis hin zum gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus lässt sich ein Typus ökonomischen Regierens verfolgen, der sich schließlich gegen die Demokratisierung politischer Macht immunisierte. ***Veranstalter:*** *Dr. Dieter Plehwe, WZB;* ***Informationen bei Marion Obermaier, Stefanie Roth, E-Mail: buero.usp@wzb.eu***

22. und 23. Juni 2016

12th International German Socio-Economic Panel User Conference

The 12th International German Socio-Economic Panel User Conference (SOEP 2016) has invited researchers of all disciplines (e.g., economics, sociology, demography, geography, political science, public health, and psychology) to present and discuss their work with SOEP data. The scope of the conference is as comprehensive as the SOEP data themselves, including analyses on fertility and childhood development, on personality, health and well-being, and on employment and income dynamics. A special focus in this year's conference is on education and social mobility and on demography and social mobility. Two internationally renowned scholars (Richard Breen, University of Oxford and Vida Maralani, Yale University) focus their keynote addresses around these topics. ***Veranstalter:*** *German Institute of Economic Research (DIW Berlin) and WZB;* ***Informationen bei www.diw.de/soep20***

24. Juni 2016

Forschungskarrieren in Wirtschaft und Wissenschaft – zwischen wissenschaftlicher Exzellenz und ökonomischer Relevanz Metaforum

Die Debatte über Karrieren in der akademischen Wissenschaft wird seit Jahren intensiv geführt. Dem deutschen Wissenschaftssystem werden eklatante Mängel attestiert: prekäre Beschäftigungsverhältnisse, zu wenige Professuren als Endposition und eine Alternativlosigkeit beruflicher Entwicklungspfade für den sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs auf dem „Königsweg" zur Professur an einer Universität. Hinzu kommt ein Reputationssystem, das Übergänge aus der Wirtschaft in die akademische Wissenschaft mit Ausnahme weniger Disziplinen erheblich erschwert. Auf dem Metaforum werden aktuelle Entwicklungen von Forschungskarrieren in der Privatwirtschaft und im Wissenschaftssystem diskutiert. Hierzu soll vor allem der Austausch gefördert werden. ***Veranstalter:*** *Dr. Dagmar Simon, WZB, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V., Fraunhofer Center for Responsible Research and Innovation (CeRRI);* ***Informationen bei: Bettina Kausch, E-Mail: bettina.kausch@wzb.eu. Veranstaltungsort: Allianz Forum, Pariser Platz 6, 10117 Berlin, Konferenzraum 4022***

30. Juni 2016

(De-)zentrale Energiewende – Wirklichkeiten, Widersprüche und Visionen Jahreskonferenz

des Leibniz Forschungsverbunds Energiewende. Die entscheidenden Fragen zur Neuausrichtung des deutschen Energiesystems stellen sich zurzeit im Spannungsfeld zwischen zentralisierten und dezentralisierten Strukturen. Verschiedene Systemeigenschaften müssen auf lokaler, regionaler, nationaler wie europäischer Ebene neu ins Verhältnis gesetzt werden. Dies gilt für Fragen der Marktgestaltung wie der Neuausrichtung räumlicher Zusammenhänge sowie für Verteilungsfragen: Welche funktionalen Bezüge sind für verschiedene Energiemärkte sinnvoll? Welche Akteure sind in diese Märkte (nicht) integriert? Welche Handlungsräume und lokalen Identitäten können durch Dezentralisierung entstehen oder auch eingeschränkt werden? Was aus ökonomischer Sicht sinnvoll oder technisch realisierbar erscheint, mag Fragen der räumlichen Entwicklung oder des sozialen Zusammenhalts zuwiderlaufen (und umgekehrt). Die Jahreskonferenz des Leibniz-Forschungsverbunds Energiewende will Herausforderungen identifizieren, die sich im Spannungsfeld zwischen zentralen und dezentralen Strukturen in der Praxis ergeben, und Möglichkeiten diskutieren, diesen auf technischem, politischem, regulatorischem und zivilgesellschaftlichem Wege zu begegnen. ***Veranstalter:*** *Dr. Weert Canzler, Leslie Quitzow (beide WZB);* ***Informationen bei Leslie Quitzow, E-Mail: leslie.quitzow@wzb.eu***

11. und 12. Juli 2016

Courts, Tribunals and Public Reason in Global Legal Space Conference

The conference seeks to explore the distinctive justificatory role that public reason - as opposed to either legalistic authority based reasons or reasons related to distinctive religious traditions - does in fact play and should play in the justification of decisions by international and domestic constitutional courts. ***Veranstalter:*** *Professor Mattias Kumm (WZB), Silje Langvatn (University of Oslo), Professor Wojciech Sadurski (University of Sydney);* ***Informationen bei: Hilde Ottschofski, E-Mail: hilde.ottschofski@wzb.eu***

Im Namen des Volkes. Urteilsverkündung im Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. *[Foto: picture alliance / dpa]*

14. und 15. Juli 2016

Matching Markets: Combining Theory and Applications Workshop

Matching theory has matured to a point where matching theorists are able to make policy suggestions for real-life markets. The theory is supplemented by experiments and empirical analyses examining how to operate such markets. The workshop will bring together leading economists from North America, Europe, and Japan to present and discuss their latest research. It will also strengthen the mutual interaction between theory, experiments, and empirical researchers in matching. Finally, the workshop aims to further strengthen the field of matching market design and experimental economics in Berlin, promoting the local researchers of the field and identifying new research perspectives. ***Veranstalter:*** *Inácio Bó, Rustamdjan Hakimov, Professorin Dorothea Kübler (alle WZB);* ***Informationen bei: Jennifer Rontganger, E-Mail: jennifer.rontganger@wzb.eu***

Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer und Paul Stoop

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Wissenschaft als Beruf

„Ich will nicht mit Mitte vierzig Nachwuchs sein", stellte **Peter Ullrich** klar. Der Soziologe und Kulturwissenschaftler, Mitarbeiter am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin und ehemaliger Gastwissenschaftler am WZB, vertrat die Initiative „Für gute Arbeit in der Wissenschaft" auf einem Podium mit Vertretern von Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Medien. Es ging um akademische Berufschancen, und das am häufigsten benutzte Wort war: prekär. „Alle betonten übereinstimmend, die aktuellen Strukturen seien nicht haltbar", schreibt Eva-Christina Edinger in ihrem Konferenzbericht auf dem Internetportal *Soziopolis*. Das Podium war Teil der zweitägigen Konferenz „Soziologie als Beruf – wissenschaftliche Praxis in der soziologischen Reflexion", zu der die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) im Februar ans WZB eingeladen hatte. Steigender Wettbewerbsdruck, die Unterfinanzierung der Hochschulen und der anhaltende Abbau unbefristeter Stellen – angesichts dieser Rahmenbedingungen war die Tagung auch ein politisches Statement. „Ohne gute Arbeitsbedingungen gibt es keine gute wissenschaftliche Arbeit", zitiert die abschließende Pressemitteilung der DGS ihren Vorsitzenden Stephan Lessenich. Zwei Jahre nach ihrer Gründung hat die Initiative „Für gute Arbeit in der Wissenschaft" ihr Anliegen in der Fachgesellschaft der Soziologen verankert. Im Mai und Juni 2016 schreibt die Initiative turnusgemäß den Blog der DGS, *SozBlog*. Stolz verweist Peter Ullrich hier darauf, dass inzwischen auch andere Fächer das Engagement der Soziologen aufgreifen: Politik-, Erziehungs-, Medienwissenschaftler, Germanisten. Hoffnung macht ihm „die gruppenübergreifende Solidarität, die Politisierung neuer Arenen für diese Auseinandersetzung, die Erhöhung des Organisierungsgrads und die Wiederanhebung des Anspruchsniveaus" junger Wissenschaftler.

Ostermärsche auferstanden?

Ob nicht die Tatsache, dass nach langer Zeit einmal wieder die Auswirkungen eines Krieges in Deutschland massiv zu spüren sind, zu einem Revival der Friedensbewegung und ihrer Protestformen führen könnte, wollte die *Deutsche Presseagentur* zu Ostern wissen. Ein großer Aufschwung stehe nicht bevor, antwortete WZB-Protestforscher **Dieter Rucht**. Tatsächlich geben das auch die Zahlen nicht her: 300.000 Menschen seien 1968 gegen Atombewaffnung und Vietnam-Krieg auf der Straße gewesen, schätzt Rucht. Für 2016 wurden 10.000 Ostermarschierer bundesweit erwartet. Politisches Engagement drücke sich heute anders aus, in Internet-Petitionen oder ehrenamtlichen Aktionen. Aber völlig überholt seien Demonstrationen deshalb nicht: „Straßenproteste werden nicht durch Mausklicks ersetzt." Zumal das Internet dabei helfen könne, schnell viele Menschen zu mobilisieren.

Mitbestimmung

Fast auf den Tag genau der vierzigste Geburtstag: Mitte Mai 2016 nahm am WZB eine internationale Konferenz die Unternehmensmitbestimmung unter die Lupe. Anfang Mai 1976 war dieses zentrale Element des auch im Ausland stark beachteten „deutschen Modells" Gesetz geworden. Damals beschloss der Bundestag, dass die Aufsichtsräte von Kapitalgesellschaften mit über 2.000 Beschäftigten paritätisch mit Vertretern von Kapitaleignern und Arbeitnehmern besetzt sein müssen. Welche wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen hatte das Mitbestimmungsgesetz? Wie kann Mitbestimmung zu nachhaltiger Unternehmensführung beitragen? Mit diesen Fragen befassten sich auf Einladung von WZB und Hans-Böckler-Stiftung Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Vorgestellt wurde dabei auch der MB-ix. Was heißt wie eine Comic-Figur, ist durchaus ernst zu nehmen: Der von den WZB-Forschern **Sigurt Vitols** und **Robert Scholz** entwickelte Index soll die Stärke der Mitbestimmung in Unternehmen messen. *Planet Labor*, die nach eigenen Worten weltweit einzige Informations- und Beobachtungsplattform zu Fragen von Arbeitsrecht und industriellen Beziehungen mit Sitz in Paris, widmet der Konferenz eine ausführliche Besprechung. Mitbestimmung habe das Potenzial, in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung zu einem wichtigen Instrument des Personalmanagements zu werden, lautete der Tenor.

Vorlese

„Familie“ ist das Schwerpunktthema des nächsten Hefts der *WZB–Mitteilungen*, das im September erscheint. Es geht unter anderem um Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Geschlechtergerechtigkeit, Pflege.

Bedrohte Art: Volksparteien

Wolfgang Merkel hat Dinosaurier entdeckt. In einem Meinungsbeitrag für den Berliner *Tagesspiegel* sagte der Direktor der Demokratie-Abteilung am WZB den großen Volksparteien, die die deutsche Nachkriegsdemokratie dominiert haben, das Schicksal der frühzeitlichen Riesen voraus, wenn sie sich nicht rasch neu aufstellten („Das Zeitalter der Volksparteien ist vorbei“, 17. März 2016). Die Sozialdemokratie, die den Umfragen zufolge besonders von der Abkehr früherer Wähler betroffen ist, sieht er in einer schwierigen Situation angesichts neuer gesellschaftlich-politischer Konfliktlinien. Die beiden entgegengesetzten Fliehkräfte, denen die SPD ausgesetzt ist, beschreibt er als „ökologisch-kosmopolitanen Trend“ (Kosmopolitismus) auf der einen und die „Tradition der sozialen Verteilungsgerechtigkeit, die man die kommunitäre Seele der Partei nennen könnte“ (Kommunitarismus) auf der anderen Seite. „Kosmopoliten wollen offene Grenzen, liberale Zuwanderung, kulturelle Vielfalt sowie eine globale Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt“, erläutert er den neuen Gegensatz. „Kommunitaristen bevorzugen solidarische Gemeinschaften, kontrollierte Grenzen, befürworten eine Beschränkung der Zuwanderung, beharren auf kultureller Identität des Hergebrachten und legen Wert auf den sozialen Zusammenhalt in vertrauten Gemeinschaften.“ Der SPD empfiehlt Merkel in dieser schwierigen Situation, zwar weiterhin kosmopolitische Offenheit zu praktizieren, sich aber gleichzeitig wieder verstärkt Verteilungsfragen zuzuwenden, „nicht nur in der Sozial-, sondern auch in der Wirtschafts- und Steuerpolitik“.

Nicht zu lang, nicht zu kurz

Eine Pause im Job und für eine begrenzte Zeit Arbeit in der eigenen Familie – das ist für Mütter häufig ein Karrierekiller. **Lena Hipp**, Leiterin der WZB-Nachwuchsgruppe Arbeit und Fürsorge, forscht unter anderem über Karriereverläufe. Bisher legte die Forschung Müttern nahe, die Pause im Beruf so kurz wie möglich zu halten, um den Schaden an der Karriere möglichst gering zu halten. Die aktuelle Forschung macht die Sache aber nun noch komplizierter, wie Hipp der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* berichtete („Was Mami schafft“, 31. März 2016): „Neuere Forschungsergebnisse suggerieren, dass sehr kurze Babypausen für Frauen ebenfalls nicht so vorteilhaft sein müssen.“ Frauen, die als sehr karriereorientiert angesehen würden, hätten das Image der Kaltherzigkeit: „Sie entsprechen nicht dem Mutterideal, und das senkt wiederum ebenfalls ihre Chancen am Arbeitsmarkt.“ Frauen können also kaum eine richtige Entscheidung treffen. Die kurze wie die lange Babypause können das Ende des beruflichen Aufstiegs bedeuten.

Ein Karriereverlauf

Von 1972 bis 1974 war der junge Ökonom **Alexander Van der Bellen** wissenschaftlicher Mitarbeiter des WZB. Gerade erst war das Internationale Institut für Management und Verwaltung (IIVM) gegründet worden, als eines von drei WZB-Instituten in West-Berlin. Als Forscher am IIVM veröffentlichte Van der Bellen unter anderem ein Discussion Paper mit dem Titel „Formale Ansätze zur allgemeinen und kollektiven Präferenztheorie. Pfad-Unabhängigkeit und andere Kriterien für Auswahlfunktionen, unter besonderer Berücksichtigung kollektiver Entscheidungsregeln“. Kurz vor Drucklegung dieser WZB-Mitteilungen traf Österreich unter Berücksichtigung kollektiver Regeln eine wichtige Entscheidung. Eine hauchdünne Mehrheit zeigte in der Stichwahl eine Präferenz für Van der Bellen, den ehemaligen Vorsitzenden der österreichischen Grünen. Van der Bellen wird nun Präsident der Republik Österreich.

Mitlese

Die Juni-Ausgabe der vom WZB mit herausgegebenen Zeitschrift *Leviathan* befasst sich unter anderem mit dem Thema Salafismus und Jugend. **Rauf Ceylan** beschreibt die Situation von eingewanderten Jugendlichen, die weder im Wohnland noch im Herkunftsland ihrer Eltern eine Chance auf Beteiligung an der Macht haben. Das Herkunftsland sei doppelt abhängig: von den westlichen Wirtschaftszentren wie von der chinesischen Marktmacht. Diese islamische Jugend könne nicht den Weg gehen, den die soziologische Theorie als Weg zur Moderne nach den Entwicklungsstadien Agrargesellschaft – Industriegesellschaft – Dienstleistungsgesellschaft einst als Muster ausgegeben hatte. Die Jugend sei dem Herkunftsland entfremdet, während Integration, die Beteiligung an Herrschaft im Wohnland nicht stattfinde. Hoffnung auf Beteiligung an der Macht und auf Gestaltungsmöglichkeiten böten dagegen die salafistischen Utopien.

Vorgestellt
Publikationen aus dem WZB

Kleiner „Stups“, große Folgen Robert Lepenies, Magdalena Malecka

Oft reicht ein „Stups“, um Menschen dazu zu bringen, gesünder zu essen oder ehrlich ihre Steuern zu zahlen – wie das geschickte Arrangement von Speisen in der Mensa oder eine Umformulierung im Anschreiben des Steuerbescheids. „Nudging“ nennt man das auch. Dabei werden Erkenntnisse aus der Psychologie und Verhaltensökonomie genutzt, um menschliches Verhalten zu steuern. Damit verbunden ist die Hoffnung auf wirkungsvolles Regieren. Doch Vorsicht beim Einsatz von Nudges, sagen die Autoren. Ihr Argument: Die meisten Nudges sind nicht Teil eines Rechtssystems und unterhöhlen das normative Prinzip der kollektiven demokratischen Selbstgesetzgebung. Nudges beeinflussen das Verhalten häufig unbewusst, ohne dass Handlungsgründe gegeben werden. Dies steht im Gegensatz zu herkömmlichen Rechtsnormen, die angefochten, diskutiert und rückgängig gemacht werden können. Die Autoren regen eine kritische Reflektion darüber an, wann eine wissenschaftliche Erkenntnis verlässlich genug ist, um wichtige gesellschaftliche Entscheidungsarchitekturen danach auszurichten. Als Kompromiss fordern sie, Nudges durch Rechtsnormen zu flankieren, und diskutieren Absicherungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Verfallsdaten für Nudges, ein Nudge-Zentralregister sowie Kennzeichnungspflichten. ***Robert Lepenies/Magdalena Malecka: „Nudges, Recht und Politik: Institutionelle Implikationen“. In: Zeitschrift für Praktische Philosophie, 2016, im Erscheinen.***

Ab und zu braucht jeder einen sanften Stups. Nudging heißt stupsen auf Englisch und ist zunehmend auch in der Politik gefragt. Das Problem: Nudges beeinflussen das Verhalten von Menschen häufig unbewusst und entziehen sich einer demokratischen Kontrolle, wie A.SK Fellow Robert Lepenies und Magdalena Malecka (Universität Helsinki) darlegen. *[Foto: picture alliance / AP Images]*

Neue Arbeitswelten in den BRIC-Staaten Ulrich Jürgens, Martin Krzywdzinski

Die Industrie der BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt. Vor allem internationale Firmen haben die dortigen „Welten der Arbeit“ für die Beschäftigten stark verändert. Gleichzeitig sind auch diese Unternehmen mit für sie neuen kulturellen und sozialen Bedingungen in diesen Ländern konfrontiert. Am Beispiel der Personalsysteme und Arbeitsorganisation in der Autoindustrie zeigen die Autoren, wie sich die Situation der Beschäftigten in den BRIC-Staaten unter den Bedingungen der Globalisierung entwickelt. Ihre Analyse nimmt mehrere Aspekte in den Blick: Untersucht wird zum einen der Einfluss lokaler Strukturen und Gegebenheiten auf die Umsetzung und Anpassung globaler Managementkonzepte. Auf der anderen Seite geht es um die Frage, ob die BRIC-Standorte von den Unternehmen vor allem als Niedriglohnwerke genutzt werden, oder ob die Strategie im Vordergrund steht, durch Investitionen in Qualifikationen, Entwicklungswege und den Aufbau von Interessenvertretungsmöglichkeiten dauerhafte Strukturen zu schaffen. ***Ulrich Jürgens/Martin Krzywdzinski: New Worlds of Work. Varieties of Work in Car Factories in the BRIC Countries. Oxford/New York, NY: Oxford University Press 2016.***

Deutsch lernen: am besten gleich nach der Ankunft

Jutta Höhne, Ines Michalowski Wie wichtig ist es für Migranten, die nach Deutschland kommen, rasch Deutsch zu lernen? Der Zeitpunkt der Teilnahme an Sprachkursen ist entscheidend, machen die beiden Autorinnen in ihrem Beitrag deutlich. Mit Daten aus dem Six Country Immigrant Integration Comparative Survey untersuchten sie die Langzeiteffekte des Timings von Sprachkursen unter Marokkanern und Türken, die als Gastarbeiter nach Deutschland kamen. Das Ergebnis: Die Teilnahme an Sprachkursen in den ersten vier Jahren nach der Einwanderung hat nachhaltig positive Auswirkungen auf die Sprachkenntnisse und die sozialen Kontakte von Migranten. Vor allem Sprachkurse in den ersten 24 Monaten haben einen signifikant positiven Effekt. Wer erst später Deutsch lernt, tut sich schwer, rudimentär erworbene Sprachkenntnisse zu verbessern. ***Jutta Höhne/Ines Michalowski: „Long-term Effects of Language Course Timing on Language Acquisition and Social Contacts: Turkish and Moroccan Immigrants in Western Europe". In: International Migration Review, 2016, Vol. 50, No. 1, pp. 133–162.***

Studieren im Ausland – sozial höchst selektiv

Nicolai Netz, Claudia Finger Immer mehr junge Menschen in Deutschland studieren. Doch wer von ihnen studiert eine Zeit lang im Ausland, wie es erklärtes Ziel des Bologna-Prozesses ist? Setzt sich die für das deutsche Bildungssystem oft monierte soziale Ungleichheit auch in Bezug auf Auslandsmobilität fort? Der studienbezogene Auslands-Aufenthalt gelingt häufiger Studierenden aus höheren sozialen Schichten. Das machen die Autoren in ihrer Studie zur Entwicklung sozialer Ungleichheit bei der Mobilität von Studierenden zwischen 1991 und 2012 deutlich. Die soziale Selektivität nahm vor allem von 1991 bis 2003 zu und ist seitdem kaum mehr zurückgegangen. Bezeichnend ist, dass Studenten aus höheren sozialen Schichten im Durchschnitt etwas länger ins Ausland gehen und hierbei häufiger durch Stipendien unterstützt werden. ***Nicolai Netz/Claudia Finger: „New Horizontal Inequalities in German Higher Education? Social Selectivity of Studying Abroad between 1991 and 2012". In: Sociology of Education, 2016, Vol. 89, No. 2, pp. 79–98.***

Mehr Parteien, flexibleres Wahlverhalten

Harald Schoen, Bernhard Weßels Zum zehnten Mal liegt ein Band „Analysen aus Anlass der Bundestagswahl" vor, der Vergleiche zu vergangenen Wahlen zulässt und neue Entwicklungen aufdeckt. Die Bundestagswahlen 2013 sind durch „Kontinuität des Wandels" gekennzeichnet, wie die beiden Herausgeber in ihrem Beitrag schreiben. Wichtigste Zäsur war, dass zum ersten Mal die FDP nicht in den Bundestag gewählt wurde. Zudem sind seit 1949 nicht mehr so viele Parteien zur Wahl angetreten wie 2013. Vor allem setzte sich eine Entwicklung fort: Das Wahlverhalten wird zunehmend flexibler und das Parteienangebot wächst, auch wenn andere als die etablierten Parteien 2013 den Einstieg in den Bundestag verpasst haben. Der Band informiert in 21 Kapiteln unter anderem über Wahlverhalten in Ost und West, die Bedeutung der Finanzkrise für die Wählerentscheidung, den Einfluss des Geschlechts auf das Wahlverhalten und die Determinanten der Wahlenthaltung. ***Harald Schoen/Bernhard Weßels (Hg): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer VS 2016.***

Väter und Elternzeit Mareike Bünning

Elternzeit zu nehmen, ist für viele Väter seit der Reform im Jahr 2007 selbstverständlich geworden, wenn sich auch die meisten Männer auf zwei Vätermonate beschränken. Die Autorin hat untersucht, was nach der Elternzeit kommt: Wie intensiv beteiligen sich die Väter an der Kinderbetreuung und im Haushalt? Wie sieht das Verhältnis der unbezahlten zur bezahlten Arbeit aus? Das Ergebnis zeigt: Väter kümmern sich auch nach kurzen Elternzeiten intensiver um ihre Kinder als vorher. Anders sieht es bei der Hausarbeit aus. Hier erhöhen Männer ihr Engagement nach der Elternzeit seltener. Ihre intensivere Mitarbeit im Haushalt behielten sie nach der Elternzeit nur dann bei, wenn diese länger als zwei Monate gedauert hatte oder ohne den Partner genommen worden war. ***Mareike Bünning: „What Happens after the ‚Daddy Months'? Fathers' Involvement in Paid Work, Childcare, and Housework after Taking Parental Leave in Germany". In: European Sociological Review, 2015, Vol. 31, No. 6, pp. 738–748.***

Weitere Publikationen unter: www.*wzb.eu/de/publikationen*

Zündstoff Wissenschaft Migrationsforschung in der politischen Debatte

Gabriele Kammerer und Kerstin Schneider

Am 22. März 2016 kommen in Brüssel 35 Menschen bei Anschlägen ums Leben, über 300 werden verletzt. Die Medien legen sich schnell fest: Drahtzieher sind belgische Muslime mit Verbindung zum sogenannten Islamischen Staat. Am selben Morgen gibt das WZB eine Presseinformation zum Thema „Muslime auf dem Arbeitsmarkt" heraus. Vorgestellt wird eine Studie von Ruud Koopmans, dem Direktor der Forschungsabteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Mangelnde Sprachkenntnisse, traditionelle religiöse Wertvorstellungen und fehlende interethnische Kontakte behinderten die Beteiligung von Muslimen am Arbeitsmarkt weit mehr als ethnische Diskriminierung durch Arbeitgeber, lautet sein Fazit. Integration in den Arbeitsmarkt verlange also kulturelle Assimilation.

Die Reaktion der Medien auf diese Pressemitteilung ist verhalten – kaum ein Leitmedium berichtet ausführlich. Tagesthema sind die Anschläge. Und obwohl die hohe Arbeitslosenquote und die mangelnden Perspektiven der Muslime im Brüsseler Stadtteil Molenbeek, zu dem die Terroristen Verbindungen hatten, in vielen Artikeln erwähnt werden, ist heute nicht der Tag sozialwissenschaftlicher Analysen. Im WZB aber wird der Zusammenhang von Aktualität und Forschung diskutiert: Zwei junge Forscherinnen kritisieren den Zeitpunkt der Veröffentlichung. Warum gibt man am Tag der Brüsseler Anschläge eine Studie heraus, die Öl ins Feuer gieße, indem sie den Integrationswillen der Muslime infrage stelle?

Solchen Fragen muss sich Öffentlichkeitsarbeit in der Wissenschaft stellen. Wie gehen wir in Zeiten politischer Polarisierung mit der Veröffentlichung wissenschaftlicher Studien um – ob aus der Migrations-, der Bildungs-, der Demokratie-, der Geschlechterforschung? Wie stark soll sich Wissenschaft am politischen Diskurs beteiligen? Welchen Einfluss hat das politische Tagesgeschehen auf den Zeitpunkt einer Veröffentlichung? Nehmen wir Rücksicht auf das politische Echo, das bestimmte Thesen haben könnten? Sind solche Rücksichten Zeichen von Verantwortungsbewusstsein oder schaden sie der Wissenschaft?

Drei Wochen nach Brüssel wurde Ruud Koopmans Studie ausführlich in der *Neuen Zürcher Zeitung* vorgestellt. Redakteur Martin Beglinger fragte nach: Warum werden Koopmans Studien in deutschsprachigen Medien selten rezipiert? Werden sie „fast schon totgeschwiegen", wie es der Schweizer Journalist formuliert? „Es gibt ein selektives Schweigen in der Presse", bestätigt Koopmans. „Die meisten Menschen wollen unbequeme Fakten nicht hören" – mit diesem Befund, der dem Artikel die Überschrift gibt, meint Ruud Koopmans allerdings nicht nur Presse und Öffentlichkeit, sondern auch seine eigenen Fachkollegen: „Ich stelle eine extreme Intoleranz in der Integrationsforschung gegenüber abweichenden Meinungen fest und, schlimmer noch, ein totales Desinteresse an Forschungsbefunden, die nicht in das eigene Denkschema passen", wird er in der Schweizer Tageszeitung zitiert. Doch mit diesem Artikel ändert sich die Lage: Das Stichwort „totgeschwiegen" bedient offensichtlich einen Reflex. Jetzt werden die Medien wach: Ein großes Interview mit der *FAZ* folgt, die *Welt* greift die Studie auf, der Publizist Roland Tichy erwähnt sie in seinem politischen Blog *Einblick*. Am 8. Mai ist der Migrationsforscher Ruud Koopmans Gast in der Talkshow von Anne Will in der ARD.

Es stellt sich heraus, dass Mitdiskutantin Frauke Petry, Chefin der Alternative für Deutschland, Koopmans Arbeiten kennt. Dass der Forscher den fundamentalistischen Islam scharf kritisiert, dass er die Bedeutung von Assimilation für den Erfolg von den Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt betont und dafür plädiert, ein dauerhaftes Bleiberecht an Integrationsleistungen zu knüpfen – manche seiner Forschungsergebnisse werden von den Rechten in sozialen Medien wie Twitter als Untermauerung für ihr einseitiges Weltbild genommen. Differenzierungen in den Studien werden ignoriert. Ruud Koopmans weiß das. „Unerwünschtes Lob", wie er es in einem Interview in den *WZB–Mitteilungen* einmal genannt hat, muss er in Kauf nehmen.

Ähnlich sieht das Marc Helbling, Leiter der WZB-Nachwuchsgruppe Einwanderungspolitik im Vergleich und Professor in Bamberg: Die

Angst vor möglicher Instrumentalisierung dürfe nicht dazu führen, dass man sich selbst zensiert. Man solle den Einfluss der eigenen Arbeit aber auch nicht überschätzen, fügt der Migrationsforscher nüchtern hinzu: „Rechtspopulisten konstruieren ihre Argumente ohnehin – entweder sie fühlen sich dabei von der Wissenschaft bestätigt, oder aber sie werfen uns Verzerrung oder Verschweigen vor." Die Vermittlung der eigenen Ergebnisse an die Öffentlichkeit findet Helbling allerdings schwierig. Journalisten fragen nach Zahlen und Thesen – wenig Raum bleibt für Details der Messung oder der Gewichtung. „Da muss man schon sehr sicher sein, dass die eigenen Ergebnisse robust sind. Erst einmal suche ich jedenfalls die innerwissenschaftliche Diskussion."

Die Diskussion im wissenschaftlichen Umfeld allerdings ist auch kein Spaziergang, gerade wenn es um Migration geht. Die Kontroverse zwischen jenen, die quantitativ und empirisch arbeiten, und jenen, die eher qualitativ-normativ vorgehen, nimmt an Schärfe zu. Ähnlich wie im Deutschen Presserat gibt es auch unter Wissenschaftlern in letzter Zeit Diskussionen darüber, ob man Kategorien wie „Migrationshintergrund" überhaupt verwenden solle. Marc Helbling verweist hier auf das Beispiel Frankreich, wo Daten zu Migranten kaum vorhanden seien. Aber was wäre dann Migrationsforschung? Die Aufgabe seiner Zunft sieht Marc Helbling vielmehr darin, selbst keine Pauschalisierung vorzunehmen und die Öffentlichkeit immer wieder damit zu konfrontieren, dass die Dinge nicht so einfach sind, wie sie in manchen Schlagzeilen scheinen.

Eine weitere Aufgabe beschreibt Sarah Carol, bis 2015 am WZB und jetzt Professorin an der Universität Köln: Migrationsforscher müssten sich viel häufiger die Frage stellen, wen sie mit ihren Forschungsergebnissen erreichen. „Es wird mehr über als mit den Migranten diskutiert", sagt die Sozialwissenschaftlerin. Die Debatten laufen vor allem in deutschen Medien und richten sich an die deutsche Mehrheitsgesellschaft, die aus den Studien ihre Einstellungen formiere. Migranten hätten oft nur eine passive Rolle, analysiert Carol – und leitet daraus einen klaren Auftrag ab: „Wir sollen mehr Kontakte zu migrantischen Medien aufbauen und diese nutzen."

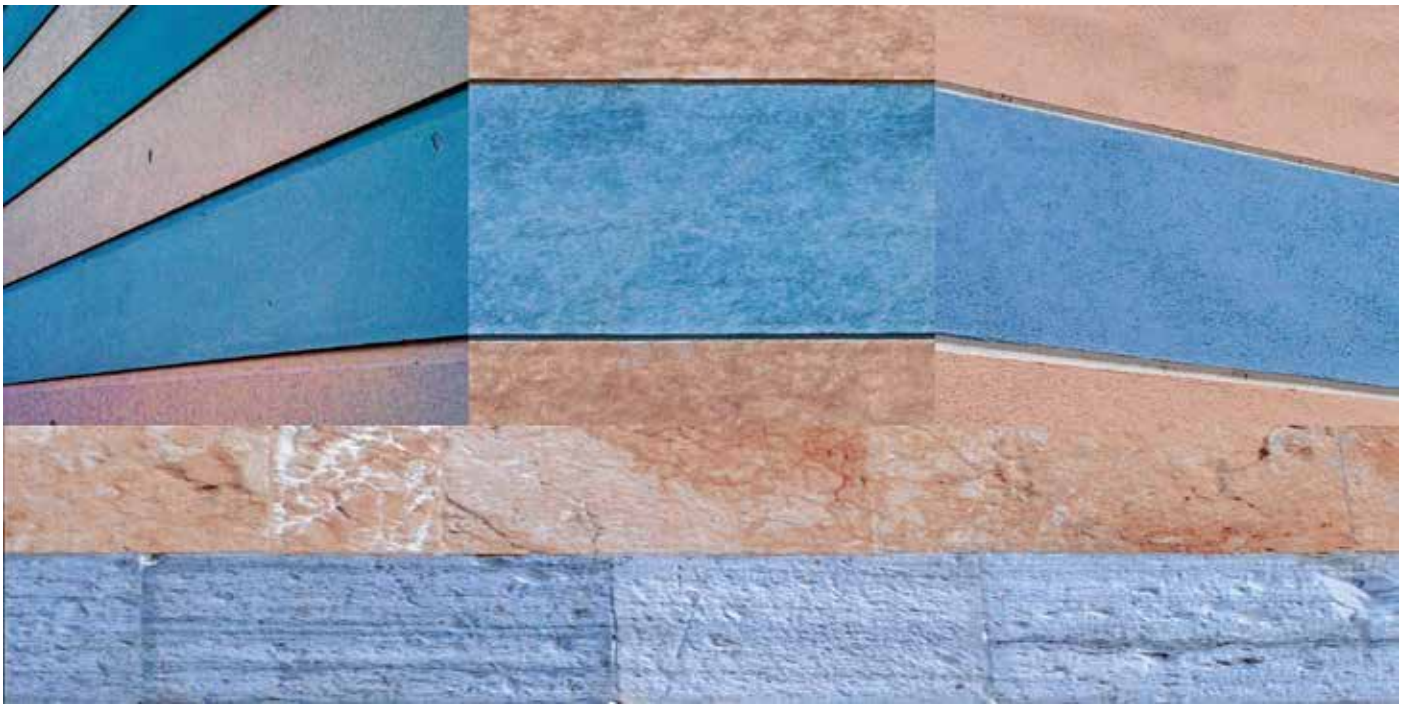
Einem „migrantischen Medium" steht Ekrem Şenol vor: Er ist Chefredakteur des Online-Magazins *MiGAZIN*, einem Fachmagazin für Migration und Integration, das über Studien des WZB in diesem Bereich regelmäßig berichtet. Er sieht einen anderen Grund dafür, dass neue Ergebnisse nicht immer den Weg in die Öffentlichkeit finden. 2008, als das *MiGAZIN* online ging, habe die Redaktion noch händeringend Studien über Migranten gesucht. Heute ist das anders, sagt Şenol: „Die Migrationsforschung ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Es gibt mittlerweile den gläsernen Migranten." Er konstatiert eine gewisse Ermüdung in der Szene: „Viele Studienergebnisse können nicht mehr überraschen, weil viele Aspekte schon untersucht wurden." In seiner Redaktion werde immer über den richtigen Zeitpunkt einer Veröffentlichung diskutiert, wobei vieles von der Nachrichtenlage und dem beherrschenden Tagesthema abhängt. Ebenso wichtig sei aber die Reputation der Autoren und der Institute. Er sieht die Wissenschaft in der Pflicht. Es geht nicht, dass man mit Boulevardmedien kooperiere, um Schlagzeilen zu generieren. „Es gibt Medien, die kein Interesse haben, neue Erkenntnisse der Migrationsforschung sachlich zu vermitteln."

Kluge Strategien in der Medienarbeit und umfassende Reflexion über mögliche Auswirkungen, günstige Zeitpunkte, gefährliche Zuspitzungen von Veröffentlichungen – die Anforderungen an verantwortliche Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation sind hoch. Zumal all diese Überlegungen wiederum nicht dazu führen sollten, dass die Forschung sich ihre Agenda von der Nachrichtenlage bestimmen lässt.

Gabriele Kammerer (links) und Kerstin Schneider arbeiten als Medienreferentinnen im Informations- und Kommunikationsreferat des WZB.
[Foto: Martina Sander]

gabriele.kammerer@wzb.eu

kerstin.schneider@wzb.eu



„Sie schlendern durch Vernissagen, schlagen sich in Clubs die Nächte um die Ohren, lesen Nachrichten und Blogs und kommen irgendwann zu einem Ergebnis", schreibt die Tageszeitung Die Welt. Und zwar nicht über einen Geheimagenten, sondern über die Trendscouts des Pantone Color Institute. Jedes Jahr verkündet das amerikanische Farbkarten–Imperium einen Ton zur „Farbe des Jahres". Die Überraschung 2016: Zum ersten Mal errang eine Mischung von zwei Farbtönen den Titel: das kühle „Blau Serenity" und das zarte Rosa „Rose Quartz" . Ob die Pantone–Kundschafter auch die WZB–Neubauten von Stirling, Wilford & Associates vor Augen hatten, wissen wir nicht. Mit der offiziellen Urteilsbegründung im Ohr erscheint der moderne Teil des WZB aber in einem ganz neuen Licht: „Da die Verbraucher Achtsamkeit und Wohlbefinden als Gegenmittel gegen die modernen Belastungen sehen, stehen einladende Farben, die psychologisch unsere Sehnsucht nach Beruhigung und Sicherheit erfüllen, immer mehr im Vordergrund. Serenity und Rose Quartz zeigen zusammen eine inhärente Ausgewogenheit zwischen einem wärmeren umfassenden Rosé–Farbton und dem kühleren ruhigen Blau. Sie spiegeln sowohl Beziehung und Wohlbefinden als auch ein beruhigendes Gefühl von Ordnung und Frieden wider." Übrigens erinnert die Blau–Rosa–Kombination nicht nur an das WZB. Überall in Europa wurde schon lange mit ganz ähnlicher Farbgebung gearbeitet, hier dokumentiert von links oben im Uhrzeigersinn: das Akademische Gymnasium in Graz (Österreich), das WZB selbst, das Tourismusbüro in Gambarogno (Schweiz) und unten der Broletto im italienischen Como aus dem Jahr 1215. *[Fotos: Adelheid Scholten, Paul Stoop (3), Collage: Kognito Gestaltung]*